Ehrenbeleidigungs-Proceß

Fiegl contra Foller.

1891.

Druck und Verlag von Ferdinand Berger in Horn, Niederösterreich.

Am 10. und 11. Juni 1891 fand vor dem Schwurgerichte zu Wiener-Neustadt die Hauptverhandlung über die von Prof. Fiegl gegen die Herren Adolf Foller, Stadtbaumeister in Baden, und Johann Kraupa, Optiker in Baden, erhobene Ehrenbeleidigungsklage statt.

Incriminirt waren zwei, gegen Prof. Fiegl, anläßlich dessen letzter Candidatur in dem Reichsrathswahlbezirke Baden-Bruck a. d. Leitha, verbreitete, mit Adolf Foller gezeichnete Druckschriften, zu deren Verfassung und Verbreitung er sich bekannt hatte.

In denselben wurden namentlich nachstehende Stellen incriminirt:

1. In jener mit der Aufschrift: „An die geehrten Herren Reichsrathswähler der Städte Baden &c." die Stelle, in welcher es heißt:

„Professor Fiegl ist dem nationalen Programme untreu geworden und hat seine schriftlich abgegebene ehrenwörtliche Erklärung, durch die er sich seinerzeit verpflichtete, im Abgeordnetenhause nur jenem Parteiverbande bleibend beizutreten, den Schönerer bilden oder dem dieser beitreten werde, gebrochen."

2. In der zweiten Druckschrift aber mit der Aufschrift: „Offener Brief an Herrn Professor Josef Fiegl, Reichsrathscandidat" die Stelle, in der es heißt:

„Einen Gegner in unqualificirbarer Weise angreifen und persönlich dafür eintreten, daß derselbe nicht entgegnen darf, ist eine **Feigheit**, welche Sie sich zu Schulden kommen ließen."

Demgemäß beantragte er einige Zeit vor der Verhandlung durch seinen Vertheidiger zur Erhärtung der Wahrheit seiner Behauptungen die Vernehmung von mehreren (13) Zeugen und Verlesungen, wogegen der Privatkläger den Gegenbeweis zu führen erklärte und seinerseits eine Reihe von Zeugen führte.

Sämmtlichen Anträgen wurde stattgegeben.

Bei der Schwurgerichtsverhandlung führte Herr Landesgerichtsrath Göschl den Vorsitz, der Privatkläger war mit seinem Vertreter Dr. Robert Pattai erschienen, die Vertheidigung der Angeklagten, von denen jedoch Herr Kraupa zur Verhandlung nicht persönlich erschienen war, führte Dr. Vincenz von Berger.

Die Geschwornenbank bestand aus den Herren: Wilhelm Rothermann, Kaufmann; Franz Dozkal, Gastwirth; Josef Kindler, Hausbesitzer; Ottokar Byloff, Ingenieur und Hausbesitzer; Josef Gugler, Kaufmann; Franz Krennthaler, Gypswerkbesitzer; Carl Goldbacher, Tischler; Josef Lasnansky, Kaufmann; Leopold Brandstätter, Gastwirth; Georg Hirt, Fleischselcher; Carl Graf Götzen, Fabriksbesitzer; Ignaz Knorr, Fabriksbeamter.

Nach Aufruf der Sache gibt zunächst der Angeklagte Adolf Foller über Aufforderung des Präsidenten sein Nationale ab.

Nach der Beeidigung der Geschwornen erklärt sich der Vertheidiger Dr. v. Berger damit einverstanden, daß die Verhandlung in Abwesenheit des zweiten Angeklagten Josef Kraupa durchgeführt werde.

Hierauf werden die Zeugen vorgerufen. Als solche sind vorgeladen:

a) Von Seite des Privatklägers: Franz Säxinger, Schriftsteller in Wien; Reichsrathsabgeordneter Fürnkranz; Ernst Vergani, Herausgeber des „Deutschen Volksblattes"; Prof. Vincenz Pammer; Professor Franz Uhl; Professor Julg; Professor Lechner; Landtagsabgeordneter Loquai; Reichsrathsabgeordneter Polzhofer; Professor Schnarf; Gemeinderath Weitmann; Eisenbahnbeamter Zaunschirm und der Privatkläger selbst.

b) Von Seite des Angeklagten: Anton Sperlbauer; Landtagsabgeordneter Carl Türk; Med. Drd. Herzog; Josef Himmelbauer; Löblich; Wurz; Josef Härdtl, Bürgerschullehrer; Ferd. Krautmann, Bürgerschullehrer; Rudolf Sommer, Beamter; Reichsrathsabgeordneter Prof. Kaiser; Appreteur Potschka; Lehrer Friepeß; Dr. Pattai.

Viele derselben sind beim Aufrufe nicht zugegen, darunter die Reichsrathsabgeordneten Friedrich Kaiser und Fürnkranz.

Von Professor Kaiser war ein Entschuldigungsschreiben eingelaufen, worin derselbe ersucht, mit Rücksicht darauf, daß er am 10. Juni im Abgeordnetenhause im Club für Agrarreformen ein Referat zu erstatten habe und die Vorladung, obwohl vom 5. Juni datirt, ihm erst am 9. Juni zugestellt wurde, sein Ausbleiben für entschuldigt halten zu wollen.

Vom Reichsrathsabgeordneten Fürnkranz war ein Schreiben unter Anschluß eines ärztlichen Zeugnisses eingelaufen des Inhaltes, er sei in Folge einer durch einen Sturz erlittenen Verletzung des rechten Fußes bettlägerig, daher außer Stande zu erscheinen.

Zeuge Sommer entschuldigt sein Fernbleiben durch Dienstesrücksichten.

Dr. Pattai behält sich eventuelle Anträge vor.

Hierauf fragt der Vorsitzende, ob mit Rücksicht darauf, daß mehrere von den Zeugen nicht anwesend sind, mit der Verhandlung vorgegangen werden soll, oder ob hinsichtlich des Ausbleibens irgend welche Anträge gestellt werden.

Dr. v. Berger erwidert hierauf: „Ich beantrage, daß mit der Verhandlung vorgegangen werde und erkläre zugleich auf die Aussage des Zeugen Sommer zu verzichten, nachdem ihn dienstliche Rücksichten entschuldigen und es ihm unmöglich sein dürfte, den nöthigen Urlaub zu bekommen.

Was den Zeugen Kaiser anbelangt, beantrage ich dessen Vorladung für morgen, da ich nicht in der Lage bin, auf dessen Zeugenschaft zu verzichten."

Bezüglich der andern von Seite des Geklagten geführten Zeugen bemerkte Dr. v. Berger noch, daß dieselben am nächsten Tage erscheinen dürften, da es ihnen bekannt sei, daß die Verhandlung 2 Tage dauern werde.

Dr. v. Berger bemerkte sodann: „Bezüglich der Vorkehrungen des hohen Gerichtshofes hinsichtlich der Zeugen erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß unter den vorgeladenen Zeugen auch der Herr Privatkläger und dessen Vertreter sich befinden. Nach den Bestimmungen der Strafproceßordnung ist es zweifellos, daß über Widerspruch von Seite der angeklagten Partei, deren Anwesenheit bei dieser Verhandlung nicht zulässig wäre, und bitte ich daher, der Herr Präsident möge zunächst diese Frage zur Erörterung bringen.

Der Präsident entgegnet hierauf, daß er zunächst das Formelle erledigen wolle, und richtet hierauf die übliche Ermahnung an die Zeugen, sich ihre Zeugenpflicht vor Augen zu halten.

Die Zeugen, mit Ausnahme des Privatklägers und seines Vertreters treten ab, worauf die Anklageschrift verlesen wird.

Dr. v. Berger ersucht hierauf nochmals, daß vorerst die von ihm angeregte Frage zur Erledigung komme.

Präsident: „Wenn ich recht verstanden habe, meinten Herr Vertheidiger, daß es nicht angehe, daß Herr Fiegl und dessen Vertreter in ihrer Eigenschaft als Ankläger und Vertreter desselben während der ganzen Verhandlung hier anwesend seien. Wollen Sie dies etwa näher ausführen?"

Dr. v. Berger: „Ich wollte nur die Anregung geben, daß, was diese beiden Zeugen betrifft, Stellung genommen werde, denn der Herr Privatkläger und sein Anwalt können nicht so ohne weiters anwesend bleiben; geschähe dies ohne oder gegen unsere Zustimmung, so würde ein Nichtigkeitsgrund gesetzt sein.

Nach § 241 St.-P.-O. haben die Zeugen nach geschehener Ermahnung abzutreten und nach § 246 sind die Zeugen einzeln vorzurufen.

Nur bezüglich des Anklägers kann eine Ausnahme stattfinden.

Dies gilt aber nicht für dessen Vertreter, der keine besondern Befugnisse hat.

Wir sind aber vollkommen damit einverstanden, daß der Privatkläger und sein Vertreter hier anwesend bleiben, wenn sie es mit ihrer Pflicht als Zeugen in Einklang zu bringen vermögen, was mir allerdings schwer zu sein scheint.

Der Zeuge soll objectiv und unbefangen sein; der Privatkläger ist Partei und sein Anwalt ist eben Vertreter der Partei; die dürfen daher auch subjectiv sein, ja sie müssen es sein.

Wenn die Herren aber glauben, sich aus der offenbar vorhandenen Pflichtencollision herauszuhelfen, so kann es uns recht sein.

Ich erkläre sonach ausdrücklich damit einverstanden zu sein, daß der Privatkläger und dessen Vertreter während der ganzen Verhandlung hier anwesend seien."

Dr. Pattai: „Ich hätte in keiner Beziehung etwas darauf zu erwidern, aber mit Rücksicht auf die Gleichstellung der Parteien vor dem Gesetze, erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß dieser Vorgang als ein auffälliger bezeichnet wurde, der schwer in Einklang zu bringen sei mit den Aufgaben und Pflichten, die einerseits der Privatankläger und dessen Vertreter, anderseits der Zeuge hat — nur mit Rücksicht auf diese

Andeutung — wie gesagt — will ich mir erlauben, ein paar ganz kleine Ausführungen anzubringen, daß dieser Vorgang, der durchaus keine Richtigkeit begründet, im Gesetze vollkommen gerechtfertigt ist.

Schon aus den Bestimmungen der Strafproceßordnung geht hervor, daß der Privatbetheiligte das Recht habe, bei der ganzen Verhandlung anwesend zu sein, und wird in der ganzen juristischen Welt nicht bestritten, daß er das Recht habe zugegen zu sein.

§ 50 St.-P.-O. bestimmt ausdrücklich, daß der Privatankläger und der Privatbetheiligte, sowie deren gesetzliche Vertreter das Recht haben, ihre Sache persönlich zu führen oder sich eines Rechtsbeistandes zu bedienen.

Wenn der Privatkläger die Berechtigung hat, sich einer Assistenz zu bedienen, so ist doch ganz klar, daß diese die gleichen Rechte hat, wie der Privatkläger; die beiden haben die Acten zusammen durchgearbeitet und geht es nicht an, das juridische und das sachliche Moment von einander zu trennen.

§ 241 St.-P.-O. kennt keine Einschränkung der Rechte des Privatklägers und besagt ausdrücklich: „Ausnahmsweise kann der Vorsitzende verfügen, daß der Privatankläger oder Privatbetheiligte, wenn er als Zeuge zu vernehmen ist, sich aus dem Saale entferne."

Es ist der Antrag auf diese ausnahmsweise Verfügung nicht gestellt worden; ich finde es aber begreiflich, daß der Antrag nicht gestellt wurde.

Wir stehen nicht vor einem Processe, in dem es sich um Raubmörder handelt, sondern wo es sich um gebildete Leute handelt, weshalb nicht die geringste Gefahr der Verletzung der Zeugenpflicht vorliegen könne.

Ich habe die wenigen Worte nur aus dem Grunde vorzubringen geglaubt, um zu zeigen, daß es nicht ein ausnahmsweiser Zustand ist, sondern nur ein Zustand, wie er dem Gesetze, der langjährigen Uebung und der Natur der Sache entspricht.

Prof. Fiegl fügt noch bei, er nehme gerne davon Act, daß der Vertheidiger ihn seines Vertreters nicht berauben wolle, auf dessen Vertretung er aus dem Grunde nicht verzichten konnte, weil gerade Dr. Pattai die Vorgänge in der Partei genau kenne.

Präsident zu Dr. v. Berger: „Haben Sie noch etwas zu bemerken?"

Dr. v. Berger: „Durch meine Erklärung ist die Sache vollkommen erledigt und jedes weitere Wort wäre daher von Uebel."

Es beginnt nun das Verhör des Angeklagten.

Präsident: „Fühlen Sie sich schuldig? Haben Sie die beiden Schriftstücke selbst verfaßt?"

Angeklagter: „Ich erkläre, daß ich die beiden Druckschriften selbst verfaßt habe und die volle Verantwortung auf mich nehme, bekenne mich aber nicht schuldig."

Präsident: „Sind Sie selbst Wähler?"

Angeklagter: „Ja."

Präsident: „Welchem politischen Vereine gehören Sie an?"

Angeklagter: „Ich gehöre dem von Ritter von Schönerer gegründeten „Deutschen Volksverein" als Mitglied an."

Präsident: „Wie lange kennen Sie den Herrn Privatkläger?"

Angeklagter: „Seit dem Jahre 1886 oder 87, zu welcher Zeit ich in Baden mit ihm bekannt geworden bin.

Er ist Professor am Gymnasium in Mariahilf, aber ich habe — da er Reichsrathsabgeordneter war, sehr oft mit ihm als Parteigenosse verkehrt.

Ich habe mein möglichstes gethan, um ihn überall zu unterstützen, habe Versammlungen einberufen, alle Arbeiten auf mich genommen, überhaupt ihn nach meinen Kräften in jeder Weise unterstützt.

Ich war auch Obmann des politischen Wählervereines in Baden und hatte als solcher auch die Pflicht, mit dem Reichsrathsabgeordneten zu verkehren und ihn über alle Fragen im Laufenden zu unterhalten. Dann begannen Angriffe von der deutschnationalen Partei gegen Prof. Fiegl. Es hieß, Fiegl sei unverläßlich, er habe sich geändert.

Fiegl, der stets in persönlichem Verkehre mit uns war, hat diese Anschuldigungen entkräftet oder doch zu entkräften gesucht.

Ich gestehe offen, daß ich mit den Spitzen der Partei ursprünglich nicht im Verkehre war.

Ich habe daher nur ihm geglaubt, ich meinte, es geschähe ihm Unrecht und habe ihn sogar gegen Schönerer, resp. Krautmann in Schutz genommen.

Nachdem ich mich jedoch in den Kreisen der nationalen Partei eingehender informirt habe, bin ich zur Ueberzeugung gekommen, daß er nicht mehr auf dem Standpunkte steht, auf dem er gestanden ist, als er gewählt wurde.

Ich mußte mich von ihm abwenden, und zum Schlusse gelangte der Gegensatz zu dem Culminationspunkte, der eben Gegenstand der heutigen Verhandlung ist."

Präsident: „Auf Grund welchen Programmes ist Fiegl gewählt worden?"

Angeklagter: „Auf Grund des Linzer Programmes."

Präsident: „Welche Bestimmungen enthält dasselbe?"

Angeklagter: „Dasselbe enthält 13 Punkte, welche unter anderm die Sonderstellung Galiziens, die Nichtwählbarkeit der Staatsbeamten und Priester betreffen. Von diesen beiden Punkten hat der Privatkläger den einen gar nicht anerkannt und an den anderen immer herumgenörgelt.

Außerdem verlangte unser Führer Schönerer ein selbstloses, strammes Vorgehen in politischer Beziehung, und das war dem Herrn Prof. Fiegl, dem damaligen Abgeordneten, nicht gegeben. Er hat sich bei verschiedenen Veranlassungen zurückgezogen; ich glaube wohl aus Besorgnis für die eigene Person, es könnte ihm schaden.

Außerdem hat er mit den clericalen Bestrebungen geliebäugelt und sich dem Fürsten Lichtenstein anzuschließen gesucht, was mit unseren Principien nicht im Einklange stand.

Die unmittelbare Veranlassung des Conflictes war eine in meinem Verlage erschienene Druckschrift, die nicht incriminirt ist, um deren Verlesung ich jedoch ersuche."

Es wird hierauf die Flugschrift: „Fiegl, der Anwalt des Peterspfennigs" verlesen.

Foller (fortfahrend): „In der Versammlung des Badener Wählervereines vom 14. Februar d. J. bezeichnete Prof. Fiegl diese Flugschrift als lügenhaft, als eine feige, hinterlistige, weil anonyme Verdächtigung.

Ich ersuchte den Vorsitzenden der Versammlung, Professor Pammer, einen Freund Fiegl's, um das Wort. Als mir dasselbe ertheilt wurde, stand ich auf, um das weitere darzulegen. In dem Momente, als ich die Sache selbst berühren wollte, raunte Fiegl, der neben dem Vorsitzenden saß, demselben zu: „Entziehe ihm das Wort."

Ich appellirte an die Versammlung, indem ich erklärte, ich erwarte von dem Gerechtigkeitsgefühle der Versammlung, daß auch ich gehört werde, da ich als Obmannstellvertreter des Vereins doch eher das Wort ergreifen darf, als der Gast, der mich angreift.

Das Wort wurde mir nicht mehr ertheilt, hauptsächlich weil Fiegl selbst aufgestanden ist und die Versammlung bat, sich mit einem „Lügner" nicht weiter einzulassen.

Die Versammlung zollte Professor Fiegl Beifall, und so habe ich keinen anderen Ausweg zu meiner Rechtfertigung gewußt, als die Verfassung der Flugschrift.

Präsident: „Der Herr Privatkläger behauptet dagegen in einer Eingabe, daß damals in der Wählerversammlung Debatten in dieser Richtung nicht mehr zugelassen werden durften."

Angeklagter: „Es wäre ganz gut möglich gewesen — weil es so Usus ist — mich zur Erklärung der Sache reden zu lassen. Insbesondere deshalb, weil der Candidat der deutschnationalen Partei — Himmelbauer — nicht erscheinen konnte, andererseits aber Fiegl anwesend war.

Nachdem Himmelbauer nicht anwesend war, war ich der Einzige, der die Principien unserer Partei vertreten hat."

Präsident: „Da soll eben die Debatte bereits geschlossen gewesen sein, und sollten nur noch Interpellationen zugelassen werden, Sie werden hören, daß der Vorsitzende gar nicht berechtigt war, Ihnen das Wort zu ertheilen; die Debatte war ja bereits geschlossen."

Angeklagter: „Die Debatte war nicht geschlossen, weil sie noch gar nicht eröffnet war. Der Herr Privatkläger hat die Flugschrift besprochen, er versuchte, die Vorwürfe derselben zurückzuweisen und griff mich als Verleger, und als ich bekannte, daß ich für den Inhalt der Druckschrift eintrete, auch persönlich an.

Wenn Professor Pammer sich strenge auf die Tagesordnung stützt, die ja schließlich dem Vorsitzenden eine derartige Gewalt in die Hand gibt, daß er nur den Redner reden lassen kann, der ihm angenehm ist, so will ich nur darauf hinweisen, daß wenn ich den Vorsitz führte

und er uns angriff, ich ihm oft achtmal das Wort ertheilte und ihn stundenlang reden ließ.

Diesen Gegensatz will ich hiemit hervorgehoben wissen."

Es werden nun die incriminirten Flugschriften zur Vorlesung gebracht.

Präsident: „In wie weit ist Professor Fiegl seinem Programm untreu geworden? Er hat sich ursprünglich zum Programm Schönerer bekannt?"

Angeklagter: „Der Herr Privatkläger war im Jahre 1883 und 1884 Vorstand des von Schönerer gegründeten deutschnationalen Vereines" (Prof. Fiegl macht eine abwehrende Bewegung).

Angeklagter zu Fiegl: „Ja, Sie waren es — die Zeugen werden es Ihnen auch sagen — (fortfahrend) oder doch Mitglied der Partei, lange vorher schon, bevor er candidirte; Schönerer hat ihn bestimmt, in Baden zu candidiren, weil die Aussichten für ihn günstig und die Möglichkeit vorhanden war, daß er gewählt werde.

Darauf haben wir, die der Partei angehörten, die Wahl unterstützt, und mit unserer Hilfe ist er auch gewählt worden. Nach einiger Zeit zeigte es sich, daß er schwankend sei, daß man sich nicht ganz auf ihn verlassen könne."

Der Angeklagte erwähnt beispielsweise, man habe Professor Fiegl im Februar 1888 die Erklärung gegen die confessionelle Schule zur Vorlesung bringen lassen, um seiner sicher zu sein, worauf der Präsident bemerkte, „da hat er ja doch das gethan, was Schönerer wollte."

Angeklagter: Der Hauptpunkt aber, auf den sich die Beweisführung stützen wird, ist das Verhalten des Herrn Privatklägers im Jahre 1889 anläßlich der Wehrgesetzdebatte. Der Abgeordnete Türk hatte nämlich, als in der Debatte das Bündnis zwischen Oesterreich und Deutschland zur Sprache kam, am Schlusse seiner Rede gesagt: „Gott behüte Deutschland davor, daß es jemals auf Oesterreichs Hilfe angewiesen sei, es würde eine laue oder gar keine Hilfe erhalten." — Abgeordneter Türk hat damit hingewiesen auf den Gegensatz zwischen der äußeren Politik und dem Streite der Parteien im Innern; es sei die Macht des Staates nicht so consolidiert, daß derselbe eine exacte Hilfe leisten könnte. Die Obmänner der verschiedenen Clubs traten der Aeußerung Türk's entgegen und stellten dieselbe als eine unpatriotische Kundgebung hin, obwohl früher Plener und die liberalen Zeitungen dasselbe gesagt haben.

Abgeordneter Fiegl, der in den Nebenräumen des Abgeordnetenhauses weilte, glaubte, als er von den Vorgängen in der Sitzung hörte, ebenfalls hineingehen und eine Erklärung abgeben zu müssen.

Der Herr Reichsrathsabgeordnete Dr. Pattai stand neben ihm und sagte: „Thun Sie das nicht, Sie reißen sonst den Verband auseinander." Trotzdem aber ging Fiegl hinein und gab die Erklärung gegen Türk ab. —

Er behauptete, Türk habe seine persönliche Ansicht an Stelle der Meinung des Verbandes gesetzt, wir behaupten aber heute, daß man infolge seiner Erklärung erst recht den Vorwurf machte, daß wir hochverrätherische Tendenzen verfolgen."

Präsident: „Wenn man die Sache objectiv nimmt, könnte man sagen, daß Türk durch seine Rede dem Vereine geschadet hat.
Sind infolge dieser Türk'schen Rede und der weiteren Rede Fiegl's Mitglieder aus dem Vereine ausgetreten?"

Angeklagter: „Aus dem deutschnationalen Vereine? — Nein."

Präsident: „Man müßte schließen, daß gerade infolge dieser Affaire mehrere aus dem Vereine ausgetreten sind."

Es wird hierauf die Rede Türk's sowie die Erklärung Fiegl's in der Wehrgesetzdebatte aus dem stenografischen Protocolle verlesen.

Präsident: „Was ist weiter geschehen?"

Angeklagter: „Abgeordneter Türk hat in seiner bekannten, entgegenkommenden Weise sich herbeigelassen, eine Erklärung abzugeben, die die Sache verkleistern sollte. Die Parteigenossen haben sich dann gar nicht ausgekannt. Später ist Fiegl wegen seines Auftretens gegen Türk aus dem deutschnationalen Vereine ausgeschlossen worden."

Präsident: „Was sagen Sie dazu, wenn ein Mitglied eines Vereines die Aeußerung eines anderen Mitgliedes abzuschwächen sucht, weil es der Ueberzeugung ist, daß diese Erklärung für den Verein böse Folgen hätte? Es sind ja doch verschiedene Ansichten, der eine ist schärfer, der andere milder in seiner Auffassung. Wäre das schon ein Wortbruch?"

Angeklagter: „Fiegl hat keine ehrenwörtliche Erklärung abgegeben, daß er Türk nicht entgegentreten würde. Das hatte man gar nicht erwartet; aber aus dem ganzen geht hervor, daß Abgeordneter Fiegl damals die Pflicht gehabt hätte, Türk in Schutz zu nehmen und zu unterstützen."

Präsident: „Nehmen wir an, der eine oder der andere hätte factisch hochverrätherisch gepredigt. Ist da nicht ein Mitglied des Vereines berechtigt oder verpflichtet, im Interesse des Vereines entgegenzutreten, um die Sache wieder gut zu machen und läge darin ein Wortbruch in ehrenrühriger Weise? Das wird gewiß nicht im Interesse des Vereines liegen; glauben Sie, daß dann nicht ein anderes Mitglied verpflichtet wäre, dem Betreffenden entgegenzutreten, um dem Vereine nicht zu schaden?"

Angeklagter: „Ich beantworte die Frage im allgemeinen, wie sie gestellt wurde. Angenommen es würde Jemand etwas sprechen, was seine Anhänger von dem gesetzlichen Wege abzudrängen vermöchte, so hat ein Anderer wohl das Recht zu sagen: Wir befinden uns auf gesetzlichem Boden — du bist zu weit gegangen!"

Präsident: „Wenn nun ein Mitglied des Vereines bemerkt, daß eine Aeußerung dem Vereine schaden könnte, und es tritt dasselbe entgegen, so kann es ja dem Vereine nur nützen und nicht schaden — sollte man meinen!"

Angeklagter: „Wir sind eine Partei, die gewohnt ist, ihrer Gesinnung offen Ausdruck zu geben."

Präsident: „In der Flugschrift „Offener Brief" wird sich darauf bezogen, daß Sie bei der Sitzung vom 14. Februar d. J. nicht mehr zum Worte gelassen wurden und zwar deswegen nicht, weil Professor

Fiegl dem Vorsitzenden zugeflüstert haben soll, er soll Sie nicht reden lassen. Worin liegt da die Feigheit, doch nicht im Zuflüstern?"

Angeklagter: „Fiegl konnte ja Furcht vor meiner Entgegnung haben, nachdem er mich in maßloser Weise angegriffen. Ich bitte, sich das vor Augen zu halten.

Ritterlich wäre es gewesen, wenn er mir selbst das Wort verschafft hätte. Ich hätte im umgekehrten Falle jedenfalls das gethan."

Präsident: „Das Material liegt mir nicht vor, ich weiß nicht, was die Zeugen sagen werden. Aber der Vorsitzende Pammer soll die Debatte bereits geschlossen haben; es war nur abzustimmen, die Debatte war zu Ende. Nur die Interpellationen waren noch zulässig.

Ueberhaupt will ich mich weiter nicht darauf einlassen; wenn der Zeuge Pammer vernommen werden wird, dann werden Sie Gelegenheit haben, sich zu äußern.

Welche Stellung hat die Partei gegen Fiegl eingenommen?"

Angeklagter: „Ich kann nur von meinem persönlichen Standpunkte sprechen. Die Partei hat ihn aus ihren Reihen gestrichen; ich aber war damals für ihn eingetreten."

Präsident: „Wie war die Stellung des deutschnationalen Vereines gegen Fiegl nach der Wehrgesetzdebatte?"

Angeklagter: „Der Verein war sein Gegner. Infolge seiner unzuverlässigen Haltung wurde Fiegl aus dem Vereine ausgeschlossen."

Präsident: „Was für einen Beschluß hatte der Verein gefaßt?"

Angeklagter: „Es wurde Fiegl das Mißtrauen ausgesprochen."

Präsident: „Was ist weiter geschehen? Ist nicht der Deutschnationale Verein aufgelöst worden? Wissen Sie, warum?"

Angeklagter: „Es waren mehrere Facta angeführt, wie ich es seinerzeit gelesen. Ich glaube, daß die Affaire Fiegl der Grund der Auflösung des Vereines war."

Präsident: „Meinen Sie damit das Verhalten Fiegl's, Türk's oder des Vereines überhaupt?"

Angeklagter: „Ich glaube, daß dadurch, daß Fiegl dem Abgeordneten Türk entgegengetreten, die Aeußerung des letzteren zu einer Bedeutung gekommen ist, die sonst nicht in die Worte hineingelegt worden wäre."

Präsident: „Da muß ich auf das bereits Gesagte zurückkommen, daß gerade dadurch dem Vereine nur Nutzen erwachsen konnte. Da könnte man sagen, nur der eine oder der andere spricht in einer Weise, die wir nicht goutiren können, aber andere Mitglieder sind in dieser Richtung ganz das Gegentheil.

Was ist weiter geschehen? Ist Professor Fiegl im Vereine geblieben, oder ist er ausgetreten?"

Angeklagter: „Er ist geblieben."

Präsident: „Hat damals nicht auch Dr. Pattai in dieser Richtung Einfluß in die Sache genommen?"

Angeklagter: „Ja, er hat eine Rede gehalten, in der er die Bestrebungen der Schönerer-Partei als unpraktisch darstellte. Er sagte, die Partei nehme einen Standpunkt ein, mit dem sie nichts erreichen

könne, so lange sie in der starren Opposition beharre, und daß sie unpatriotisch sei."

Präsident: „War Pattai Vereinsmitglied?"

Angeklagter: „Zu jener Zeit nicht. Er hielt solange zu Schönerer, bis er gewählt worden ist; dann hat er sich der Partei nicht angeschlossen."

Präsident: „Ist Fiegl aus dem Verbande ausgetreten?"

Angeklagter: „Nein, Türk ist aus dem Verbande ausgetreten, und die anderen haben sich ihm angeschlossen."

Präsident: „Gibt es nicht einen anderen Grund, warum man damals schon gegen Fiegl aufgetreten ist? Schönerer soll eine Aeußerung gemacht haben gegen Fiegl?"

Angeklagter: „Schönerer hat öfters Aeußerungen gegen Fiegl gemacht."

Präsident: „Als Schönerer freigelassen wurde, haben ihn die Gesinnungsgenossen erwartet: Ist damals Professor Fiegl mitgewesen? Hätte er damals nach dem Vereinsbeschlusse die Verpflichtung gehabt, Schönerer zu erwarten?"

Angeklagter: „Gewiß. Schönerer hat durch seine Frau an die Herren Abgeordneten Fiegl, Vergani, Türk, Kaiser und Ursin die Bitte gelangen lassen, ihn vom Gefängnisse abzuholen, resp. ihn zur angegebenen Zeit zu erwarten, und der Herr Privatkläger hat den Standpunkt eingenommen, man soll nicht hingehen, wenigstens nicht corporativ, sondern nur einzelne Herren.

Türk und Vergani haben nachgegeben."

Präsident: „Ist Fiegl das übel genommen worden?"

Angeklagter: „Ja."

Präsident: „Und finden Sie darin Grund, zu sagen, er sei vom Programme abgewichen?"

Angeklagter: „Das gewiß nicht, aber ich möchte das erklären von einem rein psychologischen Standpunkte. Fiegl wird durch die Mühe Schönerer's gewählt und erlangt ein Mandat. Er hat durch unseren Führer Schönerer das Mandat erlangt; denn wir haben ihn gar nicht gekannt. Wenn nun Fiegl, der sein Mandat Schönerer verdankte, dem er auch sonst in der Partei viel verdankt — denn Schönerer unterstützte ihn, lieferte ihm das Material, damit Fiegl wieder von sich hören lassen konnte — so ist es sonderbar, wenn nun Fiegl sagt: „Ich bin Gymnasialprofessor, mir kann das schaden, ich will ihm diese Ehre nicht erweisen." Da kann man die Person von der Politik gar nicht trennen."

Präsident: „Ich glaube, daß, wenn einzelne Mitglieder etwas unternehmen auf eine Weise, die ich nicht näher erörtern will, so konnte das dem Vereine schaden. Ist das Vereinsmitglied verpflichtet, durch Dick und Dünn zu gehen, wenn der Obmann etwas wünscht?"

Angeklagter: „Das nicht, es steht ihm ja frei, auszutreten."

Präsident: „Nun, Schönerer war damals nicht der Vertreter der Partei, die Herren hatten jeden Monat einen anderen Obmann.

Sie selbst sind Mitglied eines Vereines. Sie haben dieselben Gesinnungen, allein es kommen Ausschreitungen einzelner Mitglieder vor

— wenn Sie nun da sagen, das können wir nicht thun, wir schaden da unserer Sache, haben Sie da das Ehrenwort gebrochen? Sie finden, daß dem Vereine durch das Auftreten einzelner Mitglieder unendlich geschadet wird . . ."

Angeklagter: „Nein."

Präsident: „Nun werfen Sie aber Fiegl vor, daß er gerade aus dem Grunde, weil er in der Wehrgesetzdebatte Türk entgegengetreten ist, das Wort gebrochen habe. Wenn ein Vereinsmitglied findet, daß der Verein mit diesem Vorgehen absolut nichts erreichen kann, er muß sich ruiniren und von selbst aufgeben, kann man da, wenn ein Vereinsmitglied nicht mitthun will, wenn es aus dem Verbande tritt, kann man da sagen: das betreffende Mitglied habe das Ehrenwort gebrochen?"

Angeklagter: „Ich fasse die Sache so auf: Ich bin als Mitglied eines Vereines verpflichtet, dem Führer, dem ich mich angeschlossen habe, zu folgen. In dem Momente, wo ich nicht in der Lage bin, dem Führer zu folgen, so trete ich aus. Der Herr Privatkläger hätte in diesem Falle dasselbe thun sollen. Er hätte sagen sollen: „Ich trete aus, meine Gesinnung entspricht dem nicht mehr!"

Präsident: „Hat sich Professor Fiegl einem anderen Programme angeschlossen?"

Angeklagter: „Ja, direct an Dr. Pattai."

Präsident: „Ist Dr. Pattai Obmann eines Vereines?"

Angeklagter: „Das ist mir nicht bekannt."

Präsident: Wenn Dr. Pattai nicht Obmann eines Vereines, nicht eine maßgebende Persönlichkeit ist, wie können Sie sagen, daß sich Fiegl dem Pattai angeschlossen hat?"

Angeklagter: „Der Herr Privatkläger verkehrte fortwährend mit Dr. Pattai, bezog sich in seinen Reden in den Versammlungen auf ihn. In zwei Versammlungen, die derselbe abhielt, war Dr. Pattai, wenn ich nicht irre, selbst zugegen und unterstützte Professor Fiegl. In diesem Sinne kann ich sagen, daß die Herren ganz einer politischen Meinung sind."

Dr. v. Berger zum Angeklagten: „Herr Foller! Sie haben gesagt — wie ich glaube, haben Sie das nicht ganz klar gemacht — daß Fiegl seinerzeit eine Erklärung bezüglich des Liechtenstein'schen Schulantrages abgegeben hat. War sie für oder gegen denselben?"

Angeklagter: „Sie war gegen den Schulantrag."

Dr. v. Berger: „Und später — sagen Sie — hat sich Professor Fiegl mehr oder minder den Clericalen angeschlossen. Sie haben das in der Broschüre: „Fiegl, der Anwalt des Peterspfennigs" dargelegt. Ist Ihnen weiter etwas bekannt über die Branntweinsteuer-Debatte, wo es sich um die 20 Millionen-Begünstigung für die Polen handelte? Wie hat sich da Fiegl verhalten?"

Angeklagter: „Er hatte eine Unterredung mit dem Fürsten Liechtenstein. Zeugen dafür sind aber — wie ich glaube — nicht da. Türk hat die Unterredung nur aus der Ferne beobachtet.

Fürst Liechtenstein hatte auch an Türk die Zumuthung gestellt sich der Abstimmung zu enthalten, welche Zumuthung Türk jedoch zurückgewiesen hatte.

Darauf hatte Fürst Liechtenstein eine Unterredung mit Fiegl.

Der Herr Abgeordnete Fiegl war bei der Abstimmung nicht anwesend und als ihn Türk nach dem Grunde gefragt hatte, sagte Fiegl, er sei in Baden gewesen wegen einer Privatangelegenheit."

Dr. v. Berger: „Können Sie sich nicht erinnern, daß Fiegl nach den Vorfällen im Parlamente bei Ihnen war? Was ist da gesprochen worden?"

Angeklagter: „Er sagte, er bedaure, daß dieser Zwiespalt vorgekommen sei, er werde alles aufbieten, daß die Versöhnung zu Stande komme."

Dr. Pattai: „Sie haben gesagt, daß sich Abgeordneter Fiegl zurückgezogen, als es sich um die Abholung Schönerer's aus dem Kerker handelte. Wissen Sie auch, daß Fürnkranz, Kaiser und Ursin ihn nicht abholten?"

Angeklagter gibt das zu.

Dr. Pattai: „Wissen Sie, daß es anzunehmen gewesen ist, daß es zu Excessen kommen würde?"

Angeklagter: „Die Thatsachen beweisen, daß dies nicht der Fall gewesen ist."

Dr. Pattai: „Nun, es ist zu Verhaftungen gekommen, die Polizei ist ausgerückt.

Wissen Sie, daß Fürnkranz selbst, ein alter Freund Schönerer's, dagegen war?

Ist Ihnen bekannt, daß man dann bei der „Ente" zusammen gekommen und die Freilassung Schönerer's gefeiert, und daß Fiegl auch dort war? Er hat es für zweckmäßig gehalten, ihn nicht auf der Straße zu begrüßen. —

Sie sagten, Fiegl habe mit den Clericalen geliebäugelt. Wissen Sie, daß die deutschnationale Partei öfters bei den Wahlen mit den Clericalen zusammen gegangen ist?"

Angeklagter: „Bei der engeren Wahl Vergani's — da wohl."

Dr. Pattai: „Wissen Sie, daß damals eine Gruppirung von Parteien bestand, welche sich die vereinigten Christen nannten, und daß die Deutschnationalen mit denselben gegangen sind, daß damals Lueger den Vorschlag gemacht hat, diese Gruppe antiliberale Liga zu nennen, daß aber Schönerer gesagt habe, er ziehe einen anderen Titel vor? Wissen Sie, daß die Resolution, die Fiegl im Sophiensaale gehalten hat, dahin gegangen ist, daß die Trennung der Christen von den Juden angestrebt werden müsse, aber nicht die geistliche Schulaufsicht?

Ist von diesem Standpunkte Fiegl je abgewichen?

Sie haben noch ein wichtiges Moment erwähnt, die Wehrgesetz-Debatte."

Wissen Sie nicht, daß am anderen Tage der Verband selbst eine Erklärung veröffentlichte des Inhaltes, daß weder Türk noch Fiegl im Namen der Partei gesprochen haben, daß man die Befürchtungen

Türk's theile, daß aber auch Fiegl's Aeußerung mit jener Türk's nicht im Widerspruche stehe."

Angeklagter gibt dies zu.

Dr. Pattai: „Sie waren Mitglied des Badener Wählervereines. Sie haben am 15. Juni 1889 eine Comité-Sitzung des Vereins veranstaltet und da haben Sie gesagt, daß Fiegl Sie überredet hätte, ihm ein Vertrauensvotum zu geben.

Ist das Thatsache, daß in diesem Beschlusse Fiegl das Vertrauen ausgesprochen wurde?"

Angeklagter: „Ja, Fiegl hat es selbst beantragt."

Dr. Pattai: „Am 16. Juni erschienen die „U. D. W.", in denen ein Bericht über die Versammlung des Mariahilfervereins enthalten war. Sind Sie nicht am anderen Tage mit Fiegl zusammengetroffen? Haben Sie da nicht gesagt: Nunmehr habe ich den Bericht gelesen, nun bin ich erst recht einverstanden mit dem Vertrauensvotum".

Angeklagter: „Das weiß ich nicht."

Dr. Pattai: „Fiegl hat Ihnen das in einer öffentlichen Versammlung in's Gesicht gesagt."

Angeklagter: „Davon weiß ich nichts."

Dr. Pattai: „Am 5. December 1889 kommt es wieder zu einer Ausschuß-Sitzung, und die Protokolle weisen wieder ein Vertrauensvotum aus. Nun kommt es Ende December zu einer neuen Ausschuß-Sitzung. Haben Sie da nicht den Brief Schönerers vorgelesen und nicht verlangt, Fiegl müsse fallen gelassen werden? Dabei haben Sie noch einen Ausdruck hineingelegt — Sie müssen dies selbst erzählt haben — lieber einen Juden als einen Christen?"

Angeklagter: „Der Ausdruck kommt nicht vor."

Dr. Pattai: „Und jetzt hat sich der Ausschuß umgestimmt."

Angeklagter: „Nein, so schnell nicht. Der Ausschuß ist vertagt worden. Es wurde beschlossen, die Sitzung zu vertagen, um weitere Erhebungen zu pflegen.

Ich selbst habe mich am 28. December der Abstimmung enthalten."

Dr. Pattai: „Sie haben alles, was bis zu der Zeit geschehen ist, in den Zeitungen gelesen. — Es ist kein weiteres Factum vorgekommen."

Angeklagter: „Vom allgemeinen Standpunkt sage ich, daß ich mich damals — am 28. December — der Abstimmung enthalten."

Dr. Pattai: „Und aus welchem Grunde? Weil man für ihn keine Versammlung einberufen wollte zur Ablegung des Rechenschaftsberichtes, indem man ihn fallen ließ!"

Angeklagter: „Nein, sondern um zu zeigen, daß wir uns vorläufig nicht mit ihm identificiren."

Dr. Pattai: „Aber Sie wollten ihm keine Wählerversammlung abhalten lassen."

Angeklagter: „Um $^1/_2$8 Uhr abends wurde Professor Fiegl das Vertrauen ausgesprochen, und um $^1/_2$9 Uhr abends hat Fiegl gesagt, er werde eine Broschüre schreiben, durch die manchen seine gewohnte Kost entzogen werden dürfte."

Dr. Pattai: „Hat er sie geschrieben?"

Angeklagter: „Bisher nicht."

Dr. Pattai: „Nun kommt es im Herbste 1890 zu den Landtagswahlen. Hat da Fiegl candidirt?"

Angeklagter: „Das habe ich gar nicht gewußt, sondern erst später erfahren."

Dr. Pattai: „Ist Ihnen gar nichts bekannt, daß da anonyme Flugschriften verbreitet wurden, die ganz den gleichen Wortlaut haben mit den späteren?"

Angeklagter gibt dies zu.

Dr. Pattai: „Haben Sie diese Druckschriften bei Ihren späteren benützt?"

Angeklagter: „Zum Theile ja."

Dr. Pattai: „Das ist wohl mehr als theilweise, das ist einfach abgeschrieben. Also gut, meinetwegen — Sie haben Sie benützt?" — — —

Dr. Pattai: „Fehlten bei der Abstimmung in der Branntweinsteuer-Debatte nicht auch Ursin, Vergani und Fürnkranz?

Hat Fiegl nicht in einer öffentlichen Zeitung erklärt, daß der Grund seiner Abwesenheit nicht eine Privatangelegenheit, sondern die festgesetzte Verlobung mit seiner Frau war? Haben Sie das nicht in einer Versammlung von ihm gehört?"

Angeklagter: „Das ist möglich."

Dr. v. Berger: „Ich muß noch etwas fragen bezüglich der Frontveränderung gegen Fiegl.

Wann hat Professor Fiegl die von Ihnen erwähnte Aeußerung gemacht, vor oder nach dem 28. December?"

Angeklagter: „Es war nach dem fünften."

Dr. v. Berger: „Also jedenfalls, bevor Sie den Brief Schönerers erhalten haben. Das können Sie bestimmt sagen?"

Angeklagter: „Ja."

Dr. v. Berger: „Am 28. December hat Stöckl den Antrag gegen Fiegl gestellt. Da haben sich die Deutschnationalen von Fiegl losgetrennt?"

Angeklagter: „Ja."

Dr. v. Berger: „Bei den Landtagswahlen im Herbste 1890, wer war da Candidat der Deutschnationalen?"

Angeklagter: „Stöckl."

Dr. v. Berger: „Wie hat sich Fiegl ihm gegenüber benommen?"

Angeklagter: „Vollkommen unthätig, doch hat er mit dem früheren Candidaten verkehrt, und erwiesen ist oder wird erwiesen werden durch die Zeugen, daß er im Wahlorte bei der zweiten engeren Wahl agitirt und für Stöckl nichts gethan hat."

Dr. v. Berger: „Ist Thoma vom Landesausschusse Schöffel protegirt worden? Gehört dieser der deutschnationalen Partei an?"

Angeklagter: „Nein."

Dr. Pattai: „Die Ausschuß-Sitzung des Wählervereines fand am 28. December 1889 statt und die Landtagswahlen im Herbste 1890."

Dr. v. Berger: „So sagte ich es auch."

Dr. Pattai zum Angeklagten: „Wissen Sie, daß damals Placate angeschlagen wurden, in denen Bürgermeister Thoma des Wortbruches beschuldigt wurde?

Wissen Sie, daß dieselben von Kraupa und Löblich verbreitet wurden? — daß es darin hieß: „Wählt nicht einen Wortbrüchigen?"

Angeklagter: „Das hat nur ein persönliches Interesse, Stöckl candidirte, und Thoma erklärte, er nehme ein Mandat nicht an."

Dr. Pattai: „Wenn also ein allgemein geachteter Mensch sich herbei läßt und über Betreiben seiner Freunde erklärt zu candidiren, so ist das ein Wortbruch?"

Privatkläger Prof. Fiegl: „Ich möchte den Angeklagten fragen, ob es nicht einen Unterschied gibt, wenn jemand candidirt oder wenn er erklärt: „Wenn ich gewählt werde, so nehme ich die Wahl an?

Im Anfange hat Thoma gesagt, ich candidire nicht, wenn ich aber trotzdem gewählt werde, so nehme ich die Wahl an. Anerkennen Sie den Unterschied?"

Angeklagter: „Waren Herr Professor auch unter denjenigen, die Thoma veranlaßten, zu candidiren?"

Fiegl: „Nein — obwohl Sie nicht zur Fragestellung berechtigt sind."

Präsident macht den Angeklagten aufmerksam, daß bei seiner Vernehmung Fragen nicht von ihm gestellt werden dürfen.

Es wird nun Zeuge Anton Sperlbauer, Sohn des Bahnhofrestaurateurs in Bruck a. d. Leitha, vernommen.

Dr. v. Berger verzichtet auf die Beeidigung dieses Zeugen.

Präsident zum Zeugen: „Sie werden nicht beeidet, sind aber trotzdem verpflichtet, die volle Wahrheit zu sagen."

Auf die Frage des Präsidenten: „Was sind Sie?" erwidert

Zeuge: „Ich bin im Geschäfte meines Vaters. Derselbe kann darüber, ob und wie durch Kraupa die Flugschrift verbreitet wurde, nichts angeben."

Der **Präsident** verliest hierauf die in der Voruntersuchung von Herrn Josef Kraupa abgegebene Aussage, in welcher dieser die Verbreitung zugesteht.

Es wird der nächste Zeuge Franz Säxinger vernommen, der dies bestätigt.

Es erfolgt nun die Vernehmung des Professors Josef Fiegl als Zeugen. Um die Personalien befragt, gibt derselbe an, 46 Jahre alt, katholisch, verheiratet, in Tirol geboren zu sein.

Präsident: „Sie wissen, um was es sich handelt, wollen Sie uns den Verlauf der Dinge erzählen von der Zeit, als Sie sich das erstemal um ein Mandat bewarben."

Zeuge: „Es war im Jahre 1885, als ich in die Wahlbewegung eintrat, als die Reichsrathswahlen ausgeschrieben waren, und ich bekenne ganz offen, daß ich jenes Protokoll wirklich unterschrieben habe — was mir eben von der Gegenseite vorgeworfen wird."

Präsident: „Sie haben sich an die Schönerer-Partei angeschlossen?"

Zeuge: „Ja. Ich bin jedoch mit diesem Protokolle nie in Conflict gerathen. Damals waren es hauptsächlich wirthschaftliche Fragen, die die Bevölkerung interessirten, wenn auch das nationale Programm den Einfluß der Partei erhöhte.

Als im Jahre 1884 im Herbste die Vorwürfe des „Wiener Tagblattes" wegen unpatriotischen Verhaltens auf das entschiedenste waren zurückgewiesen worden, hatte ich keinen Zweifel, mich voll und ganz dieser Partei anzuschließen.

Ich war früher schon Mitglied des „Deutschnationalen Vereines" geworden, der mittlerweile aufgelöst worden war. Damals hat er noch bestanden, jetzt hat er einen Nachfolger im „Deutschen Volksvereine" gefunden.

Ich habe aber niemals dem Vorstande angehört, sondern bin einfaches Mitglied gewesen.

Ende 1884 bin ich Mitglied geworden, nachdem mich Dr. Kautschitsch wiederholt gebeten hat, ich möge in den Verein eintreten, nachdem ich 1884 in Mariahilf für den von Schönerer empfohlenen Candidaten Dr. Pattai eingetreten bin.

Als die Wahlen bevorstanden, wurde ich von Schönerer aufgefordert, im Badener Bezirke zu candidiren.

Ich trug lange Bedenken, ob ich aus meiner Professorsstellung heraustreten sollte, obwohl mir das antisemitische Programm Schönerers nicht den geringsten Zweifel machte, aus meiner Stellung herauszutreten, da ich für Schönerer schon 1884 eingetreten bin. Ich bin deshalb zwar vielfach angegriffen worden in meiner Stellung, habe aber gerade deswegen vom deutschnationalen Vereine, dessen Obmann Schönerer damals war, ein Anerkennungs- und Dankschreiben bekommen, wo ich gleichsam belobt wurde dafür, daß ich mit Aufopferung meiner Stellung für die von ihm vertretene Sache eingetreten bin.

Endlich trat ich mit dem mir persönlich unbekannten Wählerkreise des Badener Bezirkes in Verbindung.

Da wurde ich einmal mit Herrn Wittmann, der in der letzten Zeit allerdings nicht hervorgetreten ist, aber seinerzeit im Brucker Wahlbezirke candidirt hat, zu Schönerer geladen und mir ein geschriebenes Programm vorgelegt. Ich zweifelte nicht, dasselbe zu unterschreiben, umsomehr als Wittmann sagte: „Alle Vertreter der Partei thun dies auch." Auch Wittmann unterschrieb ein vorbereitetes Protokoll, das — wie ich glaube — den gleichen Wortlaut hatte. So thaten es auch die übrigen späteren Genossen des Abgeordnetenverbandes Vergani, Kaiser, Ursin u. s. w.

Nun wurde ich — das ist richtig — wirklich in den Reichsrath gewählt mit einer großen Stimmenzahl, muß jedoch hiezu bemerken, daß der Grund hiefür nicht so sehr das persönliche Eintreten Schönerers für meine Candidatur war, als meine Uebereinstimmung mit der großen Majorität der Wählerschaft.

Schönerer hielt damals keine einzige Versammlung für mich ab, während er heuer verschiedene Wählerversammlungen gegen mich abgehalten hat.

Er war zwar wohl bereit einmal in einer Versammlung für mich zu sprechen, diese wurde jedoch verboten, so daß es nicht dazu kam.

Auch Gesinnungsgenossen, so Herr Stöckl, der heute bereits genannt worden ist, riethen mir entschieden ab, mich mit der extremen Richtung, die viele schon damals bei Schönerer bemerkten, zu identificiren, sonst gäbe es Schwierigkeiten. Da war es mir sogar lieb, daß Schönerer nicht persönlich in die Wahlbewegung eingriff, und das war — wie ich glaube — auch das Geheimniß meines damaligen Erfolges.

Schönerer gründete nun mit mir und Türk den Verband der deutschnationalen Abgeordneten, dem später die Herren Vergani, Fürnkranz, Ursin und Kaiser ebenfalls beitraten. In diesem Club kam es niemals zu Conflicten bis zur Zeit, wo Schönerer in die Haft gehen mußte wegen der bekannten Angelegenheit.

Während der Haft — dieselbe dauerte vier Monate — führte eine Art Stellvertretung Herr Krautmann, damals Obmann des deutschnationalen Vereines. Ich war in diesem Vereine auch einmal Obmann gewesen — nämlich im Jahre 1886 — aber ich bin mit Herrn Krautmann, der damals Obmann-Stellvertreter war, nicht ausgekommen und habe ein paar Monate vor Ablauf des Mandates die Stelle als solcher niedergelegt, weil ich mit Herrn Krautmann, der ein etwas temperamentvoller Herr ist, nicht auskommen konnte. Krautmann führte also das Regiment in der Zeit, und gerade sein Auftreten war es, das damals, während Schönerer im Kerker war, viel Mißstimmung hervorrief.

Krautmann maßte sich eine Art Aufsichtsstellung über den Abgeordnetenverband an; er schrieb an Fürnkranz und Ursin Tadelbriefe, weil sie nicht energisch genug für das eingetreten sind, was gewünscht wurde.

Krautmann war auch Schuld daran, daß es zum persönlichen Conflict mit Schönerer kam, der, wie wir heute Vormittag gehört haben, gewünscht hatte, daß er von sämmtlichen Abgeordneten bei der Haftentlassung abgeholt werde. Krautmann betrieb dies bei dem Verbande der Abgeordneten wiederholt auf das Nachdrücklichste.

Ich war gerade zu dieser Zeit Vorsitzender. Ich schrieb sämmtlichen Collegen und theilte ihnen alles mit. Der Verband beschloß eine Deputation an die Pforten des Kerkers zu senden, die Schönerer in unserem Namen empfangen sollte. Dieselbe sollte zwei Mitglieder stark sein. So lautete der Beschluß. Die Gründe desselben glaube ich nicht ausführlich auseinandersetzen zu sollen. Dieser Beschluß wurde auch ausgeführt, indem die Abgeordneten Türk und Vergani es übernahmen, in unserem Namen Schönerer zu empfangen.

Wir vier Uebrigen begrüßten dann Schönerer und beglückwünschten ihn zu seiner Befreiung in einem Hotel der inneren Stadt.

Er war fürchterlich aufgebracht darüber, und das war der Grund des persönlichen Conflictes. Er verkehrte auch mit der Majorität des Verbandes weiter nicht persönlich, beantwortete die Neujahrswünsche zweier Herren, die ihm trotzdem geschrieben, gar nicht, ebenso auch nicht ein Schreiben, welches wir in dem Bestreben, den persönlichen Conflict beizulegen, an ihn gerichtet haben. Dasselbe habe auch ich mitgefertigt.

Mittlerweile aber kamen verschiedene Ausbrüche gewisser Heißsporne der Partei an den Tag.

Ich hatte, wie ziemlich allgemein bekannt ist, stets der gemäßigten Richtung der Partei angehört. In jeder Partei gibt es derartige Nuancen, gibt es ein „Rechts" und ein „Links", gibt es Heißsporne und Gemäßigte. Und so kam es, daß viele unangenehme Kundgebungen erfolgten.

Türk hatte damals im Parlamente — es war im Februar oder März 1889 — die Germania irredenta proclamirt."

Präsident: „Vor der Wehrgesetzdebatte?"

Zeuge: Ja, die Aeußerung geschah in einer Parlamentsrede — ich spreche nur von öffentlichen Kundgebungen; es liegt mir ferne als ehemaligem Parteigenossen, **aus der geheimen Geschichte unserer Partei Mittheilungen zu machen, die vielleicht sehr pikant wären, mir aber durchaus ferne liegen.**

Diese Kundgebungen häuften sich. Türk sprach vom Hotel Austria, wo wir Deutsche nur zur Miethe wohnen, daß wir kein eigenes Heim in Oesterreich haben.

Diese Kundgebungen waren mir von meiner Auffassung und meinem Standpunkte aus sehr unangenehm, weil ich glaubte, daß dieselben uns schaden müssen, weil sie uns bei der Wählerschaft, die wenn auch deutsch, so doch auch österreichisch ist, schaden und uns den Boden unter den Füßen entziehen können. Ich war daher von diesen Kundgebungen unangenehm berührt.

Es kam nun der 10. April 1889 heran, wo die Wehrgesetzvorlage auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses stand.

Es handelte sich damals bei diesem Nachtrage zum Wehrgesetze um gesetzliche Bestimmungen über die Selbstverstümmelung von Rekruten.

Bei dieser Gelegenheit machte Collega Türk, ohne früher davon Mittheilung zu machen, speciell mir — mit anderen mag er vielleicht gesprochen haben, mir hat er nichts gesagt, obwohl ich damals Obmann war — (sich besinnend) Nein! damals war ein anderer Obmann....

Präsident: (unterbrechend) „Das hat nicht zur Sache gehört."

Zeuge: (fortfahrend) „Es ist übrigens auch gleichgiltig — mir scheint doch, daß Türk damals Obmann, beziehungsweise da wir dieses Wort vermieden, Vorsitzender des Vereines war — Türk hat also mir keine Mittheilung davon gemacht, daß er eine solche auffallende Aeußerung machen werde.

Bei Gelegenheit dieser gesetzlichen Bestimmung war es, wo Türk die hochpolitische Bemerkung machen zu müssen glaubte: „Gott behüte

Deutschland davor, daß es je auf Oesterreichs Hilfe angewiesen sei; es würde gar keine oder nur eine laue Hilfe erhalten."

Nun, das war eine Aeußerung, die ich allerdings gar nicht gehört habe, denn ich befand mich damals im Couloir, also bei dem Eingange in den Saal, bemerkte aber schon äußerlich eine gewaltige Bewegung.

Ich trat ein und hörte den Abgeordneten Plener, der Türk erwiderte, sowie hierauf den Landesvertheidigungsminister sprechen; dieser verstieg sich zu der Aeußerung, daß die Aeußerung Türk's eine Erniedrigung der Armee und des österreichischen Bewußtseins sei und daß der Abgeordnete sich damit abgethan habe.

Selbstverständlich mußten diese Worte einen großen Eindruck auf mich machen.

Der Aufruhr, sozusagen die Entrüstung, die allgemein war, steigerte sich noch, als die Clubobmänner Jaworski, Rieger, Coronini, das Wort nahmen. Dies hörte ich alles, und zwar sehr genau.

Ich hatte das Gefühl, Türk habe sich hinreißen lassen und es sei vielleicht möglich, mit einigen Worten die Sache zu applaniren.

Ich habe weiter den Obmann der deutschnationalen Vereinigung, Steinwender, Obmann eines Clubs, dem auch der hiesige Wiener Neustädter Abgeordnete angehört, sprechen gehört. Das ist gewiß ein deutschnationaler Mann, und auch er erklärte, die Aeußerung vom nationalen Standpunkte aus zu bedauern.

Ich hatte den Wortlaut auch seiner Rede so ziemlich gehört und fühlte, daß etwas geschehen müsse.

Ich verlangte daher das Wort zu einer thatsächlichen Berichtigung und nicht zur Abgabe einer Erklärung, ich bitte dies zu constatiren, und da sagte ich: Nach den Aeußerungen der Clubobmänner scheint die Auffassung zu herrschen, als hätte Türk in unserem Auftrage und Namen gesprochen; das ist nicht richtig, er hat nicht in unserem Auftrage und Namen gesprochen.

Es lag mir ferne, die Aeußerung Türk's zu kritisiren und zu erkären, sondern ich sagte nur: „Ich lege aber Verwahrung dagegen ein, daß man der ganzen Partei Unpatriotismus vorwerfe. Ich selbst bin auf dem Schlachtfelde gestanden und das haben auch andere gethan."

Diese Aeußerung ist mir später übel genommen worden, als ob ich mich zu salviren gewußt hätte und bei einer unpassenden Gelegenheit meinen Patriotismus betont hätte. Nun darf die Gelegenheit nicht vergessen werden, bei der ich diese Erklärung abgab; das Wehrgesetz war auf der Tagesordnung, der Landesvertheidigungsminister hat gesagt, die Armee sei beleidigt worden, und da glaube ich, ist es passend gewesen, wenn ich sagte: „Wir denken ganz gleich, wie die anderen Abgeordneten. Auch wir haben theilweise in der Armee gedient und unsere Pflicht gegen den Staat erfüllt."

Präsident: „Hat Türk noch einmal gesprochen?"

Zeuge: „Nachdem sich der Sturm der Entrüstung etwas gelegt hatte — und ich glaube durch meine Rede dazu beigetragen zu haben — verlangte Türk zu einer thatsächlichen Berichtigung das Wort. Das-

selbe wurde ihm ertheilt, freilich unter Ausrufen der Geringschätzung. Ich selbst habe dabei inzwischen gerufen: „So hören Sie doch die Erklärung an".

Türk deutete seine Worte in politischem Sinne. Er sagte, er habe die politischen Verhältnisse gemeint und auf die Unzuverlässigkeit der Politik einer Regierung hingewiesen, die sich auf die Czechen, Polen und Feudalen stütze. Er fügte dann noch einige Worte über die dynastischen Interessen dazu. Mir machte diese Erklärung einen ganz guten Eindruck. Nun war es mir darum zu thun, festzustellen, welche Stellung der Abgeordnetenverband diesen zwei Aeußerungen — der meinigen und der des Abgeordneten Türk — gegenüber einnehme.

Ich berief sofort eine Sitzung noch während der Hauptsitzung ein, und da war es der Abgeordnete Kaiser — wie wir morgen von ihm selbst hören werden, — der beantragte, man soll folgende Erklärung aufsetzen. — Ich habe das Schriftstück unter meinen Acten, von der Hand Prof. Kaisers geschrieben und von sämmtlichen Mitgliedern des Verbandes gefertigt. —

Diese Erklärung besagt Folgendes:

„Der Verband der Abgeordneten beschließt:

1. In der heutigen Sitzung hat weder Türk, noch Fiegl im Namen des Verbandes gesprochen.

2. Wir erklären hiemit, daß wir die vom Collegen Türk in seiner thatsächlichen Berichtigung — im einschränkenden Sinne — ausgesprochenen Befürchtungen sämmtlich theilen, und damit auch die Aeußerung des Collegen Fiegl im vollen Einklange stehend erachten."

Diese Erklärung wurde dem Abgeordneten Vergani, Herausgeber des „Deutschen Volksblattes", der sie auch mitunterschrieben hatte, übergeben, damit sie im „Deutschen Volksblatte veröffentlicht werde.

Nun hätte man glauben können, daß die Sache ausgeglichen und die Einigkeit vollständig wieder hergestellt sei. Wir nahmen ein ganz loyales Verhalten an und verkehrten mit einander ganz freundschaftlich wie zuvor."

Es werden nun aus dem stenographischen Protokolle der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. April 1889 die auf vorstehenden Ausführungen des Zeugen bezughabenden Stellen verlesen.

Sodann fährt der Zeuge über Aufforderung des Präsidenten in seiner Darstellung fort:

„Darauf griff der deutschnationale Verein, dessen Obmann noch immer Krautmann war, in die Sache wider alles Erwarten ein.

Es wurde in den U. D. W. und auch im D. V. eine Zuschrift des Ausschusses des deutschnationalen Vereines, gefertigt von Krautmann als Obmann veröffentlicht, des Inhaltes, daß der deutschnationale Verein, beziehungsweise dessen Ausschuß, Türk zu seiner Aeußerung in der Wehrgesetzdebatte beglückwünsche und mir seine Mißbilligung ausspreche."

Präsident: „Der Verein that dies?"

Zeuge: „Ja, im Gegensatze zu dem Beschlusse des Verbandes. Der Verband hatte sich einig erklärt, der deutschnationale Verein aber,

der sich eine Art Aufsichtsstellung über dem Verbande anmaßte, faßte den Beschluß, dem einen der Abgeordneten, die mit einander einverstanden waren, seine Beglückwünschung und dem anderen sein Mißtrauen auszusprechen.

Doch glaubte ich, die Sache sei mit dieser Erklärung abgethan, ich dachte, es gebe eben einige Heißsporne, wie Krautmann und es werde dabei sein Bewenden haben.

Wenige Wochen nach der Wehrgesetzdebatte nahm Türk in einer Sitzung und bei einer unpassenden Gelegenheit noch einmal Anlaß, auf die Wehrgesetzdebatte zurückzukommen.

Es war am 8. oder 5. Mai 1889, etwa 3 Wochen nach der Wehrgesetzdebatte.

Da sagte er: „Es ist mir neulich der Vorwurf des Unpatriotismus gemacht worden. Dieser Vorwurf war berechtigt. Ich habe keinen Patriotismus für den Staat, wohl aber Liebe und Anhänglichkeit zu meinem Volke; das genügt mir, und die Vorwürfe, die mir neulich gemacht worden sind, sind mir mit Recht gemacht worden."

Nun war wieder eine Aeußerung da, die Türk im Gegensatz zu seiner früheren Haltung setzte; denn aus seiner früheren Erklärung hatte er gleichsam alles Anstößige entfernt."

Präsident: „Was ist weiter geschehen?"

Zeuge: „Ich erwähne dies, um die Schwierigkeit meiner persönlichen Stellung darzuthun und bemerke — bevor ich auf die Frage des Vorsitzenden weiter eingehe — daß die Majorität der Abgeordneten auf meiner Seite stand.

So schrieb mir Kaiser in einem Briefe vom 31. December 1889: „Der Hauptanstoß unserer Partei — ich darf es sagen — ist der täglich mehr oder minder absichtlich unvorsichtige Türk." Kaiser wird das wahrscheinlich bestätigen."

Präsident: „Was hat der Wählerverein in Baden gethan?"

Zeuge: „Er hat sich ganz passiv verhalten. Ich habe von demselben gar nichts gehört. Mitunter bin ich in Verbindung getreten mit den Herren Wählern, und zwar berief ich zweimal eine Wählerversammlung in Mödling ein, zunächst Ende April 1889.

In dieser Versammlung habe ich am Schlusse meines Rechenschaftsberichtes, der sich hauptsächlich auf das sachliche Programm bezog, die Vorfälle im Parlamente erwähnt, worauf mir auf Antrag des Herrn Wendl, eines Verwandten Schönerer's, das volle Vertrauen ausgesprochen wurde. Ich mußte annehmen, daß die Wähler mit meiner Ueberzeugung einverstanden waren; denn die Herren hatten ja die Zeitungen gelesen.

Mit dem Wählervereine in Baden trat ich erst später in Verbindung, als ich Sommeraufenthalt daselbst mit meiner Frau nahm.

Da berief Foller selbst eine Ausschußsitzung unter Zuziehung mehrerer Vertrauensmänner der deutschnationalen Partei ein.

Ich legte die ganze Sache dar, brachte das Protokoll des Abgeordnetenhauses mit, damit dasselbe verlesen werde, sowie auch mehrere Nummern der „U. D. W.", in denen nach meiner Ansicht sehr tactlose

Aeußerungen des früheren Schriftleiters und auch Aeußerungen Schönerer's selbst im Briefkasten enthalten waren."

Zeuge erwähnt, daß schon vor der Wehrgesetzdebatte in den „U. D. W." eine Notiz erschienen sei, in welcher gesagt wurde, Schönerer habe bereits erklärt, daß er die Wahl Fiegl's weder befürworten noch empfehlen könne.

Zeuge erwähnt noch einer weiteren Notiz, wo eine von ihm in der Budgetdebatte bei dem Capitel „Erwerbsteuer" gemachte Aeußerung einer solchen Türk's gegenüber gestellt wurde.

Er, Zeuge, habe gesagt, die deutsche Bevölkerung Oesterreichs habe keine Sympathie für revolutionäre Vereine; sie wolle dem Staate die Treue bewahren, die Regierung aber habe die Pflicht, Treue mit Treue zu vergelten; sie möge daher den Bogen nicht zu straff spannen. Türk habe jedoch eine Aeußerung gemacht, in der er nicht die Treue für den Staat, sondern die Treue zu dem Volke als Pflicht eines Abgeordneten hinstellte.

Diese und ähnliche Aeußerungen — fährt Zeuge fort — legte ich den Herren Vertrauensmännern vor und diese ertheilten mir dann auf Antrag des Herrn Foller einstimmig das unbedingte Vertrauen."

Es wird hierauf das in den vorstehenden Ausführungen des Zeugen erwähnte Schreiben des deutschnationalen Vereines, sowie die Erklärung Türk's im Abgeordnetenhause vom 8. Mai 1889 verlesen, worauf der Zeuge fortfährt:

„Gleichzeitig wie ich mit der Wählerschaft in Contact trat, nahm ich auch Fühlung mit dem deutschen Bezirksvereine in Wien. Es ist dies ein kleiner Verein im Bezirke Mariahilf, der die gleiche Tendenz verfolgt wie der deutschnationale Verein. Ich habe diesen Verein selbst gegründet und war auch Obmann desselben. Ich berief eine Ausschußsitzung ein und legte den Conflict dar: Da wurde der Antrag gestellt, daß dem Abgeordneten Türk das Vertrauen ausgesprochen werde, während von anderer Seite beantragt wurde, daß mir — dem Obmanne — das Vertrauen ausgesprochen werde. Es wurde lange herumgestritten.

Ein gewisser Bartak, Lehrer Friepeß und ein gewisser Potschka nahmen Stellung gegen mich, während auf meiner Seite Prof. Schnarf und Gemeinderath Weitmann standen, die das Vertrauensvotum für mich beantragten.

Nachdem lange debattirt worden war, stellte es sich heraus, daß weder der Antrag für Türk noch jener für mich eine Majorität im Ausschusse fand.

Ich legte die Obmannstelle zurück, und der Obmannstellvertreter berief nach 2 Wochen eine Vollversammlung des deutschen Bezirksvereines ein.

Zu dieser Versammlung fanden sich einige 20 Mitglieder ein — die anderen Herren werden vielleicht die Zahl genau angeben können.

Es war sozusagen eine ganz kleine Vertrauensgesellschaft von Gesinnungs- und Parteigenossen, die viel social mit einander verkehrten und größtentheils in Mariahilf wohnten.

Nun nahm ich Gelegenheit, nachdem ich von verschiedenen Seiten aufgefordert worden war, über diesen Conflict in der Vollversammlung zu sprechen und legte meinen Standpunkt dar.

Ich sagte, daß ich den Standpunkt der Demonstrationen, den viele Heißsporne in der Partei einnehmen, nicht billige, daß ich ihn für unsere Sache schädlich halte, und wies insbesondere darauf hin, daß unser wirthschaftliches Programm darunter leiden müsse, das heiße geradezu den Wählern Sand in die Augen streuen.

Wir haben einen besseren Standpunkt — sagte ich — wie die Liberalen und doch treiben wir eine Politik, die den Deutschnationalen den Boden unter den Füßen entzieht.

Diesen Standpunkt nahm ich damals und nehme ich auch heute noch ein — Warnung vor unreifen Demonstrationen.

Ich glaube auch, daß diejenigen, welche auf diesem Standpunkte leerer Demonstrationen stehen, gar nicht weiter gehen wollen, wie etwa in Italien die Irredenta; dazu fehlt ihnen vielleicht auch der persönliche Muth. Auch ist die Möglichkeit hiezu in Oesterreich ganz ausgeschlossen — das ist meine Meinung.

Nun fand ich Zustimmung in dieser Versammlung seitens des Herrn Gemeinderathes Schnarf, der denselben Standpunkt vertrat, wie ich.

Schnarf verlas auch die Aeußerungen im Abgeordnetenhause aus dem Protokolle und wies auch — entweder war es er, oder war es ich — mir scheint, ich war es — auf den Brief Bismarck's hin, der kurz vor der Wehrgesetzdebatte an mich als Mitglied der Abgeordneten unserer Gesinnung eingelangt war.

Dieser Brief war nämlich die Antwort auf ein Beglückwünschungs-Telegramm, welches am 1. April als dem Geburtstage Bismarck's aus einer Versammlung, in der ich anwesend war, entsendet worden ist."

Zeuge erwähnt, daß ihm der Inhalt dieses Briefes nahezu wörtlich in Erinnerung sei.

„Dieser Brief, fährt er fort, wurde auch in der damaligen Versammlung mitgetheilt und sein Inhalt von Schnarf und von mir so gedeutet, daß Bismarck, der gewiß noch ein Gefühl für deutsche Kraft und Ehre habe und gewiß auch für das deutsche Volk das Beste will, darauf hinweisen will, wir sollen die deutsche Politik nicht im Gegensatze gegen die österreichischen Bestrebungen und in demonstrativem Gegensatze gegen den österreichischen Staat betreiben.

Das half nichts — trotzdem fand ich Widerspruch. Wittmann, der auch das Protokoll unterschrieben, sagte, das sei der richtige Standpunkt, daß die Wählerschaft ihre Richtung von Seite der Partei erhalte, die Partei mache Politik, die Wählerschaft habe nichts d'reinzureden.

Es wurde einige Zeit debattirt und darauf die Sitzung geschlossen.

Jedenfalls habe ich den Eindruck gewonnen, daß sich einzelne Heißsporne in diesem Vereine befinden, die Mehrzahl sich aber ruhig verhält. Der deutsche Bezirksverein hat in der Angelegenheit nichts weiter gethan.

Erst ein Jahr später im Juni 1890 wurde ich aus demselben ausgeschlossen, aber nicht aus Anlaß der Wehrgesetzdebatte, u. zw. heißt

es in dem Briefe des Obmannes Dr. Müller, datirt vom 7./2. 1890, daß ich zu Folge einer Aeußerung in einer Versammlung in Baden — nämlich am 2. Feber 1890, die dann später eine Rolle spielt — mich hinreißen ließ, mich über den Führer der deutschnationalen Partei in einer Weise zu äußern, die nicht stark genug mißbilligt werden könne.

Ich habe nämlich das nächste Jahr darauf als Beispiel, daß die U. D. W. Unwahrheiten über einzelne ihnen mißliebige Abgeordnete verbreiten, angeführt, daß in einer Notiz der U. D. W. gesagt wurde, daß Fiegl, Fürnkranz und Kaiser den Abgeordneten Pernerstorfer zum Generalredner in einer Budgetangelegenheit gewählt hätten.

Da hat der Abgeordnete Kaiser sofort einen recommandirten Brief an den Schriftleiter der U. D. W. gerichtet, worin er sagte, daß das gar nicht wahr ist.

Wir haben gar keinen Generalredner gewählt, wir haben uns an der Wahl gar nicht betheiligt, es liege ein Irrthum im stenografischen Protokolle vor. Unsere Gesinnungsgenossen haben in der Frage gar nicht gesprochen, und interessirten wir uns daher weiter nicht darum. Es war eine ganz unwichtige Angelegenheit, in der damals gesprochen wurde. Ich sagte daher: „Sehen Sie, meine Herren, so werden wissentlich Unwahrheiten verbreitet. Trotz des Briefes des Herrn Kaiser ist die Unwahrheit darin gestanden.“ Es wurde eine rüppelhafte Bemerkung über den Abgeordneten von Wr.-Neustadt gemacht und uns gesagt: „Und solche wollen deutschnationale Abgeordnete sein, die einen solchen Generalredner wählen.“

Nun rief mir Herr Iro zu:

„Das hat nicht Krautmann, das hat Schönerer geschrieben,“ worauf ich entgegnete: „Dann hat Schönerer gelogen.“

Nachdem abermals einiges aus den Acten verlesen wurde, fährt Zeuge in seiner Darstellung fort:

„Nun gieng der deutschnationale Verein, wie es scheint auf Veranlassung meiner Rede im deutschen Bezirksvereine Mariahilf — meine damalige Erklärung war in den U. D. W., wie es scheint, nach stenografischen Aufzeichnungen veröffentlicht, die Hauptsache jedoch, wie ich glaube, nicht vollständig — daran, mich auszuschließen.

Zuerst erhielt ich das consilium abeundi, d. h. man legte mir nahe, meinen Austritt freiwillig anzumelden, ohne mir den Grund anzugeben. Ich war darüber erstaunt und glaubte, darauf nicht eingehen zu sollen; ich war dies mir und meinen Wählern schuldig, die mir zum Theile — wie in Mödling — ihr Vertrauensvotum gegeben, und wollte den Herren überlassen, zu thun, was sie wollen.

Nachdem ich freiwillig den Austritt nicht vollzog, wurde ich aus dem Mitgliederverzeichnisse gestrichen und mir eine Art richterliches Decret zugestellt, wo als Hauptgründe meiner Ausschließung angegeben waren, ich hätte Schönerer nicht abgeholt und in der Wehrgesetzdebatte die Disciplin verletzt.

Dieses Decret des Ausschusses erhielt ich während einer Reise in Deutschland und meldete gegen dasselbe sofort die Berufung an die Hauptversammlung an.

Ich war der Meinung, daß die Wähler und viele gemäßigte Mitglieder in der deutschnationalen Partei auf meiner Seite stehen, denen ich es schuldig bin, den Posten nicht zu verlassen, auf den mich die Wähler gestellt haben.

Ich wollte mich daher auf die Hauptversammlung berufen. Unterdessen wurde die Minirarbeit in den „U. D. W." auf's Neue gegen mich fortgesetzt.

Eine Notiz enthielt die Bemerkung, die Debatte über meine Berufung werde so geführt werden, daß ich gar nicht zum Worte zugelassen werde.

Der deutschnationale Verein — ein freiheitlicher Verein — sollte also so weit gehen, — so wollten es die Herausgeber der „U. D. W." — daß nicht einmal eine Debatte stattfinden sollte.

Da heißt es: „Der Hinauswurf Fiegl's wird gewiß von der Generalversammlung gebilligt werden." Also eine Art Befehl wird verkündet, es werden dem deutschnationalen Vereine Verhaltungsmaßregeln gegeben.

Zu dieser Ausschließung kam es nicht, da der Verein im Jahre 1889 von der Statthalterei aufgelöst wurde; unter den Auflösungsgründen ist auch die Stellung des Vereines gegen meine Person angeführt.

Es sind schon einige Schriftstücke verlesen worden, welche den weiteren Verlauf der Dinge markiren.

Nachdem mich der deutschnationale Verein ausgeschlossen, wurde derselbe von der Statthalterei aufgelöst. Die Auflösung fand im nächsten Jahre durch das Decret des Reichsgerichtes ihre Bestätigung, u. zw. bestätigte das Reichsgericht dieselbe deshalb, weil ich und Schnarf ausgeschlossen worden waren.

Nachdem dies geschehen, trachtete Türk, wie es scheint, im Auftrage Schönerer's, mich auch aus dem Abgeordnetenverbande hinauszudrängen.

Es ist die Nummer der „U. D. W." verlesen worden, in der gesagt wird: „Es ist Hoffnung vorhanden, daß, wenn der Reichsrath zusammentritt, Fiegl aus dem Abgeordnetenclub ausgeschlossen sein wird."

Die Herren haben nicht einmal so lange gewartet.

Der Reichsrath trat später zusammen, weshalb Türk, der ungeduldig geworden war, an Ursin, dem damaligen Vorsitzenden, schrieb, er werde austreten, wenn ich nicht austrete.

Als mir das mitgetheilt wurde, meinte ich: „Ich habe keinen Grund auszutreten, ich habe mein Programm gehalten und mich nur gegen leere Demonstrationen ausgesprochen, was unserem Programme vollkommen entspricht." Ich war der Meinung, die Abgeordneten sollen, wenn der Reichsrath einberufen wird, zusammentreten und die Sache besprechen. Nun war Türk damit nicht zufrieden und stellte eine Präclusivfrist bis Ende October 1889; wenn ich bis dahin nicht ausgeschlossen wäre, so melde er seinen Austritt an.

Die Herren Collegen waren nicht dazu zu bewegen, mich auszuschließen. Fürnkranz sagte mir und schrieb es auch den anderen Herren, wenn man der Meinung sei, daß jemand etwas verbrochen habe, so müsse man ihn zuerst hören, bevor man gegen ihn vorgehe. Das

geschehe in Afrika, umsomehr soll es in Europa in einem Abgeordnetenhause der Fall sein.

Abg. Kaiser äußerte sich zu Dr. Pattai, wegen meiner Haltung in der Wehrgesetzdebatte könne ich unmöglich ausgeschlossen werden. Dieselbe sei vollkommen correct gewesen.

Türk hat die Erklärung des Verbandes allerdings mitunterschrieben, später aber fiel es ihm ein, daß ich nicht mehr mit dem nationalen Standpunkte Schönerer's einverstanden sei.

Collega Türk, derselbe, der etwas später im neugegründeten deutschen Volksverein erklärte, es genüge nicht die Zugehörigkeit zum Linzer-Programm, sondern man müsse auch bezüglich des Schulgesetzes dieselbe Auffassung wie Schönerer haben, d. h. überhaupt in allen Dingen dasselbe thun, was Schönerer will, besonders wo es sich um nationale Beziehungen handelt, verlangte meine Ausschließung aus dem Verbande. Da er aber dieselbe nicht durchzusetzen vermochte, trat er aus; ebenso Vergani, der es aus Rücksichten für das „Deutsche Volksblatt" thun mußte, die andern folgten — (lächelnd). Ich bin der einzige, der nicht ausgetreten ist, einer allein aber kann keinen Verband bilden.

Ich finde es daher eigenthümlich, daß mir der Vorwurf gemacht wird, ich hätte den Verband gesprengt.

Ich habe alles daran gesetzt, die Einigkeit zu erzielen. Die Einigkeit war auch erzielt, wenigstens nach außen.

Ich glaube, die anderen Collegen — außer Türk und vielleicht Vergani — sind deshalb ausgetreten, weil sie die vehemente Hetze, die gegen mich losgegangen war, nicht auch gegen ihre Person heraufbeschwören wollten, weil sie dem Terrorismus, den Schönerer ausübt und unter Umständen zur That macht, ausweichen wollten.

Nachdem alle ausgetreten waren, hätten ja die fünf Abgeordneten ebensogut einen neuen Verband gründen können, wie Schönerer, Türk und ich. Aber das ist nicht geschehen; die fünf Herren traten nicht zu einem Verbande zusammen, weil sie der ewigen Hetze Schönerer's und der andern überdrüßig waren.

Das ist meine Meinung, die ich, bewußt, unter dem Zeugeneide zu sprechen — als meine subjective Ansicht ausspreche.

Dann trat ich neuerdings mit dem Wählerverein in Baden in Beziehung, dem ich den Rechenschaftsbericht erstatten wollte.

Foller war noch immer Obmann und lud mich ein, der Ausschußsitzung vom 5. December beizuwohnen, wo wir das Weitere besprechen wollten, wann die Wählerversammlung zur Erstattung des Rechenschaftsberichtes abgehalten werden solle.

Da legte ich die letzten Vorgänge klar, wie es zugegangen ist, daß ich aus dem deutschnationalen Vereine ausgeschlossen und der Verband der Abgeordneten gesprengt wurde.

Ich legte auch die entsprechenden Schriftstücke vor, und da war es wieder Foller, der beantragte, man möge mir das Vertrauen aussprechen auf Grund meiner Darlegungen, indem zwar viele persönliche Zwistigkeiten vorgekommen seien, aber nichts eingetreten sei, was mein Verhältnis zu dem deutschnationalen Verbande irgendwie geändert hätte

Dieser Antrag wurde von dem Ausschusse einstimmig angenommen, und nun glaubte ich, daß mich der Wählerverein in dem schweren Kampfe den ich auszuhalten hatte, unterstützen und für mich eintreten werde, sowie ich mir auch bewußt war, an der Grundlage dieser Unterstützung, dem deutschnationalen Programme, festgehalten zu haben.

Foller kam einige Zeit darauf nach Wien.

Am 12. December schrieb er mir einen Brief, betreffend die Beiträge zum Hamerlingdenkmale, worin er sagte, daß die Wähler in Baden sich um einzelne Notizen in den „U. D. W." gar nicht kümmern.

In einer Notiz ist nämlich bemerkt worden, wenn jemand zum Denkmalfonde beiträgt, so sei das zugleich ein Protest gegen die abgefallenen Deutschnationalen Fiegl, Pattai u. s. w.

Nun meinte ich, es sei merkwürdig, daß, wenn die Badener Gesinnungsgenossen auf meinem Standpunkte stehen, sie durch Beisteuern zum Denkmalfonde und öffentlichen Ausweis der Spenden gegen mich protestiren.

Darauf hat mir eben Foller geschrieben: „Die Badener stehen auf dem sachlichen Standpunkte und kümmern sich um die Notizen in den „U. D. W." nicht. (Zu Foller) Ich habe den Brief momentan nicht in Händen, vielleicht finde ich ihn mittlerweile."

Angeklagter: „Es wäre mir selbst sehr angenehm, wenn der Brief verlesen werden würde."

Es werden hierauf mehrere Stücke aus den Acten, darunter auch das Protokoll der Sitzung vom 5. December 1889, sowie auch der inzwischen gefundene Brief Follers vom 12. December 1889 verlesen.

Aus dem Protokolle geht hervor, daß Fiegl das Vertrauen votirt wurde, in dem Briefe aber bemerkt Foller, daß er zu Fiegl halte, so lange dieser auf nationalem Boden stehe.

Präsident: „Sie werden beschuldigt, daß Sie der Partei Dr. Pattai's beigetreten sind, woraus wird das abgeleitet?"

Zeuge: „Das ist eine Beschuldigung, die wahrscheinlich aus meinem persönlichen Verkehre mit Dr. Pattai entsprungen ist.

Ich war nämlich als Reichsrathswähler von Mariahilf schon 1884 für Pattai eingetreten.

Bevor ich dazu übergehe, bemerke ich noch, daß der Brief des Herrn Foller vom 12. December 1889 datirt ist.

Daraus ergibt sich also, daß Herr Foller an diesem Tage auf dem Standpunct des Vertrauensvotums stand, wie am 5. December.

Nun aber haben wir heute von dem Angeklagten gehört, es sei mir am 5. December um $^1/_2$8 Uhr abends das Vertrauensvotum ertheilt worden, um $^1/_2$9 Uhr aber hätte sich die Sache geändert. Da hätte ich die erwähnte Aeußerung gemacht und wäre so in der Zeit von $^1/_2$8 bis $^1/_2$9 Uhr vom deutschnationalen Programme abgefallen.

Am 12. December aber schickt mir Foller diesen Brief.

Es kann also, da seitens des Herrn Foller nur eine schlechte Erinnerung oder eine Auffassung vorliegen, die ich mir nicht zu erklären vermag.

Was die angebliche Aeußerung anbelangt, so habe ich im Ausschusse nur erwähnt, wenn die Angriffe in den „U. D. W." nicht aufhören,

wenn ich fortwährend gehetzt und angegriffen werde, so werde ich genöthigt sein, den ganzen Sachverhalt zu veröffentlichen, um den Wählern Daten zu bieten, auf Grund deren sich dieselben ein Urtheil über mein Verhalten bilden können; das steht fest, daß diese Aeußerung keine solche ist, daß sie als Abfall vom Programme gedeutet werden könnte; das geht auch aus dem Briefe Follers hervor."

Zeuge kommt hierauf auf die Frage des Präsidenten zurück und führt weiter aus:

„In einer Eingabe wird unter Beweis gestellt, daß ich am Februar — 2. Februar 1890 — in einer Volksversammlung des Wählervereines in Baden mich in dem Sinne ausgesprochen hätte, daß ich das deutschnationale Programm aufgegeben und mich als Anhänger des Dr. Pattai ausgegeben hätte.

Es werden darüber Zeugen vernommen werden, welche bei dieser Versammlung zugegen waren.

Ich kann nur aus meiner Erinnerung aussprechen, daß ich eine solche Aeußerung niemals gethan habe. Ich bin auch heute kein Pattaianer, ich halte am deutschnationalen Programme fest. Bei den letzten Reichsrathswahlen habe ich den gleichen Standpunkt eingenommen wie 1885.

Meine Differenz mit Pattai betrifft zollpolitische Fragen.

Ich vertrat kleine Landstädte, die landwirthschaftlichen Interessen der Weinbauern und des Getreidebaues und bin deshalb der Meinung, daß die Bevölkerung gut fahren würde, wenn unsere landwirthschaftlichen Producte infolge einer Zollunion nach Deutschland hinausgehen würden, daher bin ich immer für die Zollunion mit Deutschland eingetreten.

Dr. Pattai vertritt die industriellen Interessen des Wiener Bezirkes Mariahilf, welcher durch die Zollunion, wie er glaubt, Schaden leiden würde."

Präsident: „Im Jahre 1890 haben Sie sich um das Landtagsmandat beworben. Erzählen Sie uns, wie es da zugegangen ist — aber in Kürze."

Zeuge: „Kurz vor dem Wahltage waren Pamphlete unter die Wähler von Bruck, Schwechat und Hainburg, die zusammen zu einem Landtagswahl-Bezirke gehören, verbreitet worden, von fast gleichlautendem Inhalte wie die eine Druckschrift, welche Foller gegen mich bei den Reichsrathswahlen unter dem Titel: „Fiegl, der Anwalt des Peterpfennigs" verbreitete.

Vom Peterspfennige war zwar in der ersten Druckschrift keine Rede, aber sonst sind ganze Absätze wörtlich gleichlautend in die spätere Flugschrift aus der früheren herübergenommen.

Diese Druckschrift war anonym unterschrieben mit „Mehrere deutschnationale Parteigenossen." Wer der Verfasser ist, ist mir nicht bekannt; der Verlag ist von der „Ostdeutschen Rundschau". Der Herausgeber derselben ist Wolf."

Präsident: „Was haben Sie dagegen gethan?"

Angeklagter: „Ich habe dagegen, soweit es möglich war, noch in den Wählerversammlungen gesprochen und noch an demselben Tage — es war blos drei Tage vor der Landtagswahl — in Schwechat, wo eine Versammlung stattgefunden hat, die Sache mündlich ausführlich auseinandergesetzt.

Auch habe ich sofort eine kurze, schriftliche Erwiderung verbreiten lassen."

(Wird verlesen.)

Zeuge fährt fort: „Bald darauf habe ich mit meinen Reichsrathswählern in Baden Fühlung genommen. Der Wählerverein hatte am 2. Februar 1890 der Leitung, an deren Spitze Foller stand, das Mißtrauensvotum gegeben, und Foller und Consorten waren infolge desselben zurückgetreten. Es wurde ein neuer Ausschuß aus Männern, die auf meiner Seite standen, gewählt. Es wurde beschlossen, eine Wählerversammlung einzuberufen, in der ich den Rechenschaftsbericht erstatten sollte. Dieselbe fand am 28. December 1890 statt.

Es hatte sich auch Dr. Pattai eingefunden. Ich habe einen eingehenden Rechenschaftsbericht erstattet.

Foller interpellirte mich zunächst über die Landtagswahl, daß ich an Stöckl undankbar gehandelt habe, daß ich ihn nicht empfohlen habe. Ich habe darauf erwidert, und die Versammlung hat mir dann mit 150 gegen fünf Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Bei der Gelegenheit gestatte ich mir, auf die Landtagswahl zurückzukommen, die heute Vormittags zur Sprache gekommen ist.

Der Herr Bürgermeister von Mödling hat zwar nicht candidirt, wurde aber als Candidat aufgestellt und sagte, er nehme die Wahl an, ohne zu candidiren, wenn er nämlich gewählt werde.

Da hat bei seiner Vernehmung der Angeklagte mich gefragt, ob ich auch Thoma empfohlen hatte. Ich sagte „Nein", denn im letzten Stadium, wo Thoma erklärte, daß er die Wahl annehme, habe ich gar nicht mit ihm gesprochen.

Früher aber bin ich wohl mit ihm in Verbindung getreten und sogar in ihn gedrungen, daß er als Candidat auftreten möge.

Er hat mir das immer abgeschlagen, obwohl der Landesausschuß Schöffel, der auch genannt wurde, selbst erklärte, daß Stöckl keine gute Wahl gewesen wäre.

Ich sollte an Stöckl undankbar gehandelt haben, der ein Jahr früher — zu Weihnachten 1889 — beantragte, daß mich der Wählerverein fallen lasse.

Am 28. December habe ich daher gesagt: „Wie sollte ich dankbar auftreten gegen Stöckl, der mich 1885 empfohlen hatte und jetzt gegen mich auftritt?"

Es wird hierauf ein Brief verlesen, in welchem sich Foller mit der Haltung des Ausschusses des Wählervereins gegen Fiegl vom 28. December 1890 nachträglich — um anderen Mißdeutungen vorzubeugen, — durchaus einverstanden erklärt."

Präsident: „Haben Sie sich auch wieder um ein Reichsraths-mandat beworben? Erzählen Sie uns den Vorgang!" —

Zeuge: „Ich hatte in allen Wählerversammlungen, die ich in sieben Städten meines Landtagswahl-Bezirkes gehalten, Vertrauensvoten erlangt, obwohl dagegen gehetzt wurde, daß ich wieder gewählt werden sollte. Bei den Reichsrathswahlen trat ich wieder als Candidat auf.

Ich meldete zunächst meine Candidatur an.

Es wurde eine Vollversammlung für den 14. Februar 1891 einberufen und die Tagesordnung festgesetzt: Anhören der Candidaten, Interpellationen, Abstimmung über die Candidatur.

Ich erstattete meinen Rechenschaftsbericht über $5^1/_2$ Jahre meiner Thätigkeit. Am Schlusse des rein sachlichen Rechenschaftsberichtes erwähnte ich, daß in der letzten Zeit wieder eine anonyme und zwar mit der Unterschrift: „Ein deutscher Michel" versehene Druckschrift in Circulation gesetzt worden sei, die ganz ähnlich lautete, wie die früher verlesene Schmähschrift.

Nun wußte ich ganz gut, daß die Wählerschaft in Baden überdrüssig ist, den alten Kohl — man gestatte mir den Ausdruck — wieder aufzuwärmen. Es waren dieselben Herren in der Wählerversammlung, die die Sache 1890 gehört hatten.

Ich habe daher ganz kurz gesagt: „Es wird wieder eine Schmähschrift verbreitet — „Ein deutscher Michel" unterschrieben, mit dem gleichen Inhalte wie die im Herbste verbreitete."

Darauf las ich die kurze Erwiderung auf die letztere vor.

Es ist nicht richtig, daß es immer meine Wähler waren, denen man die alten Sachen auftischte, sondern es waren stets Mitglieder des Wählervereines, welcher ca. 80 Mitglieder hat.

Als er die Ausdrücke anonym, verleumderisch und feige gebrauchte — fährt Redner fort — da habe Foller sich als der Verfasser bekannt und bemerkt, er sei ja unterschrieben als Verleger.

„Als Verleger war genannt: A. T o l l e r. Ich konnte nicht wissen, daß „A. T o l l e r" mit „A. F o l l e r" gleichbedeutend sei. Jedenfalls hätte ich da nicht klagen können.

Hierauf habe ich die kurze Erwiderung weiter gelesen bis zu Ende und nur noch einen Punkt widerlegt, der bei der Landtagswahl nicht in der Schmähschrift enthalten war, wohl aber bei der Reichsratswahl.

Hierauf verlangte F o l l e r das Wort. Der Vorsitzende, Obmann P a m m e r, ertheilte ihm dasselbe.

F o l l e r begann damit, daß ich eine weitgehende Erörterung vorgelesen, sein Vorgehen als feige und amonym bezeichnet habe, da unterbrach ihn der Vorsitzende und sagte:

„Auf der Tagesordnung stehen blos Interpellationen, eingehende Erörterungen sind nicht gestatttet."

Hierauf ergriff F o l l e r noch einmal das Wort und meinte als altem Vereinsmitgliede und einem der Gründer des Vereines, werde es ihm wohl gestattet sein zu erwidern; auch Professor F i e g l werde damit einverstanden sein. Darauf ergriff ich das Wort und sagte: „Das ist nicht richtig, ich bin nicht dafür, daß über die alten

Sachen noch einmal debattirt werde und lasse mich mit einem Lügner in eine Debatte nicht ein."

Präsident: „Haben Sie dem Vorsitzenden Pammer ins Ohr geflüstert, er möge Foller nicht zu Worte kommen lassen?"

Angeklagter: „Nein, ich habe laut gesagt, daß ich nicht einverstanden bin."

Präsident: „Sind die Flugschriften bald darauf erschienen?"

Angeklagter: „Bald darauf. — Ich bemerke noch, daß hierauf in der Versammlung eine Abstimmung stattgefunden hat, da der Vorsitzende darauf bestand, daß die Tagesordnung, wie sie festgesetzt und den Mitgliedern bekannt gegeben worden war, eingehalten werde, und die Versammlung hat sich dafür entschieden, daß Foller zur Tagesordnung das Wort nicht ertheilt werde."

Dr. v. Berger zum Zeugen: „Sie haben bereits erwähnt, daß Sie bei Ihrer ersten Candidatur eine Erklärung ausgestellt haben."

Dr. v. Berger verliest dieselbe und fragt, sie dem Zeugen vorhaltend:

„Ist das Ihre Unterschrift?"

Zeuge: „Ja."

Dr. v. Berger: „Nun haben Sie — ich habe es mir genau notirt — gesagt, daß Ihnen abgerathen worden sei, sich als Sie candidirten, mit der schon damals bemerkbaren extremen Richtung Schönerers zu identificiren, und daß dies das Geheimniß Ihres Erfolges gewesen sei.

Glauben Sie, daß Schönerer Ihre Wahl unterstützt hätte, wenn Sie das offen gesagt hätten? Halten Sie diese Ansicht mit dem offenen Vorgehen Schönerer's für vereinbar?"

Zeuge (zögernd): „Jawohl."

Dr. v. Berger: „Ich zweifle nicht daran, glaube vielmehr, daß dann Schönerer seine Hand sofort von Ihnen abgezogen hätte."

Zeuge: „Ich zweifle daran, Schönerer ist ein kluger Mann. Er hatte damals wenig Anhänger, er und Fürnkranz waren die einzigen Mitglieder seines Verbandes. Schönerer war daher sehr froh, einen Mann, dessen Lebensstellung einen gewissen Bildungsgang ausweist, in der Partei zu zählen.

Schönerer hat Dr. Kautschitsch wiederholt zu mir geschickt, ich möchte dem Verbande beitreten. Es war bekannt, daß ich eine mäßige Richtung verfolge.

Die Herren selbst haben mich wiederholt zu den Behörden, der Statthalterei, Polizei u. s. w. geschickt. Ich bitte nur, den Zeugen Krautmann zu fragen, ob er mir nicht selbst gesagt hat auf meine Frage: „Warum schicken Sie immer mich hin und nicht einmal einen anderen?" „Weil es bekannt ist, daß Sie ein gemäßigtes Mitglied unserer Partei sind und bei den Behörden mehr ausrichten, als die anderen"; und daraus schließe ich, daß sich das Eintreten für die Partei vereinbaren läßt mit einem gemäßigten Auftreten

Sachlich bin ich immer zum Programme gestanden. Extreme Elemente und gemäßigte Elemente sind in der Partei nebeneinander gegangen.

So wurde es immer gehalten. Nur später, bei der Verbitterung Schönerer's, ist die Sache anders geworden. Man hat die Gemäßigten aus der Partei hinauszudrängen gesucht."

Dr. v. Berger: „Maßhalten im Auftreten, in der Form, verträgt sich mit Strammheit in der Sache — denn, daß Sie als gebildeter Mann die äußere Form zu wahren wissen, ist wohl selbstverständlich; aber suaviter in modo fortiter in re heißt es, und in der Sache mußten Sie energisch sein.

Sie kennen ja den Wahlsprrch Schönerer's und unserer Partei „Durch Reinheit zur Einheit." Ich behaupte deshalb bestimmt, wenn Sie sich Schönerer gegenüber als Gemäßigten hinausgespielt hätten, würde er auf Ihre weitere Mitwirkung verzichtet haben. Denn besser offene Gegner, als laue oder halbe Anhänger.

Gehen wir nun zu Ihrem Verhalten in der Wehrgesetzdebatte über. Geben Sie zu, daß Sie durch Ihre Aeußerungen in der Wehrgesetzdebatte Türk bloßgestellt und der Partei geschadet haben?

Um Ihnen klar zu machen, von welchem Gesichtspunkte ich ausgehe, muß ich Ihnen vorhalten, daß da offenbar ein Mißverständniß eingetreten ist. Der Abgeordnete Türk sagte, er glaube nicht, daß die Czechen, Polen u. s. w. es mit dem Bündnisse mit Deutschland ehrlich meinen, daß demnach diese Herren, die für das Wehrgesetz eintreten, im gegebenen Momente von diesem Bündnisse werden nichts wissen wollen.

War da die Aeußerung Türks: „Wenn man sähe wie viele Saulusse auf einmal zu Paulusse geworden sind u. s. w. nicht zutreffend?

Sie haben sich — wie ich glaube ganz ohne Grund — auf den patriotischen Standpunkt gestellt."

Zeuge: „Aber was die Anderen gesagt haben . . ."

Dr. v. Berger: „Die Anderen haben Türk offenbar mißverstanden. Warum haben Sie Türk nicht früher gefragt, was er gesprochen und sind Ihrem Partei- und Gesinnungsgenossen nicht beigesprungen, statt ihm in die Flanke zu fallen?"

Zeuge: „Auf diese Frage erwidere ich Folgendes: Ich hatte ja die Rede Türks nicht gehört. Ich konnte daher nicht annehmen, daß derselbe etwas anderes gesagt habe, als was die Obmänner behaupteten. Ich habe ihn gefragt, aber er war zu aufgeregt und antwortete, er werde es mir später sagen."

Dr. v. Berger: „Sie protestirten gegen den Vorwurf des Unpatriotismus jedenfalls übereilt."

Zeuge: „Nein, durchaus nicht, ich stehe auf dem Standpunkte, daß ich correct gehandelt habe. Freilich habe ich nicht gewußt, daß meine Haltung zum Hebel gegen mich und zur Sprengung der ganzen deutschnationalen Organisation benützt werden wird."

Dr. v. Berger: „Ist Ihnen bekannt, daß dem Abgeordneten Rieger von seinen Wählern wegen seiner Ihnen analogen Haltung in der Wehrgesetz-Debatte ein Mißtrauensvotum zu Theil wurde?"

Zeuge: „Nein."

Dr. v. Berger: „Es hat dann der deutschnationale Verein Stellung genommen gegen Sie; haben Sie darauf geantwortet?"

Zeuge: „Nein, weil kein Grund dafür angegeben wurde — Pardon! — weil mir die Mißbilligung gar nicht zugestellt wurde. Ich habe nur in den Zeitungen gelesen, daß Türk wegen seines Verhaltens die Zustimmung, mir aber die Mißbilligung ausgesprochen wurde. Daher fand ich keinen Anlaß zu antworten. Der damalige Obmann des Vereines Krautmann wird als Zeuge dies bestätigen. Ich glaube es wenigstens."

Dr. v. Berger: „Sie haben die Aeußerung Türks im Abgeordnetenhause vom 8. März 1889 erwähnt u. zw., um gewissermaßen darauf hinzuweisen, daß Türk eine von Ihnen nicht gebilligte Haltung eingenommen habe? Haben Sie ihn darüber zur Rede gestellt, sind Sie ihm entgegengetreten?"

Zeuge: „Nein, ich habe es nicht für nothwendig gehalten, denn die ganze Welt hätte geglaubt, wir seien mit der angeblichen Aeußerung Türk's einverstanden. Es hätte geheißen: Die müssen es wissen, was er gesagt hat.

In persönliche Ansichten aber fühle ich mich nicht berufen, einem Abgeordneten dreinzureden und ihm einen Vorhalt zu machen."

Dr. v. Berger: „Sie erwähnten früher einer geheimen Geschichte der deutschnationalen Partei. Was verstehen Sie darunter?"

Zeuge: „Jede Partei hat ihre Geschichten, die nicht an die große Glocke gehängt werden."

Dr. v. Berger: „Sie meinten also mit diesem Ausdrucke nur interne Vorgänge und nicht etwa geheime Bestrebungen?"

Zeuge bejaht dies.

Dr. v. Berger: „Es ist Ihnen vorgehalten worden, daß Sie am 5. December 1889 die Aeußerung gemacht haben, Sie werden eine Broschüre herausgeben, welche Enthüllungen enthalten werde, die manchen die gewöhnte Kost entziehen würde."

Zeuge: „Das ist ganz unwahr und wurde schon im deutschen Montagblatte richtiggestellt. Es ist mir ferne gelegen zu denunciren. Als aufrichtiger Mann will ich hinzusetzen, daß Zwiespältigkeiten in Folge der Veröffentlichungen in den Briefkastennotizen der unverfälschten deutschen Worte und das Auftreten Türk's hervorgetreten sind und in Privatkreisen besprochen wurden, sehe mich jedoch nicht veranlaßt, aus freien Stücken darüber etwas zu sagen."

Dr. v. Berger: „Ich glaube, daß es klüger und besser wäre, offen zu reden und bestimmte Thatsachen vorzubringen, statt sich in allgemeinen zweideutigen Redensarten zu ergehen."

Zeuge: „Dann bitte ich, die Frage zu präcisiren."

Dr. v. Berger: „Ich habe die Frage deutlich genug gestellt: Ist es richtig, daß Sie diese Aeußerung gemacht haben?"

Zeuge: „Nein, ich habe dies nicht gesagt, das ist ganz unrichtig, Ich habe wohl von bezahlten Agenten Schönerers gesprochen und auch den Zwischenruf: „Die Schriftleiter sind bezahlt!" dazugesetzt. Es ist merkwürdig, daß in der deutschnationalen Partei Schriftsteller, die von Schönerer ein Monatsgehalt beziehen und sonst keine Existenz haben — der jetzige Schriftleiter der „U. D. W." war ja auch ein Zuckerbäcker —"

Dr. v. Berger (einfallend): „Das gehört nicht hieher."

Zeuge: „— als Obmänner und Obmannstellvertreter politischer Vereine auftreten.

So war Krautmann Obmann des deutschnationalen Vereines, Iro ist Obmannstellvertreter des „Deutschen Volksvereines". Diese sind von Schönerer aufgestellt worden."

Dr. v. Berger: „Dies ist etwas anderes, als gefragt wurde. Sie weichen meiner Frage aus. Sie haben wiederholt bemerkt, daß Sie Demonstrationen nicht billigen könnten, finden Sie denn eine Demonstration in dem Auftreten Türk's?"

Zeuge behauptet dies.

Dr. v. Berger: „Aber das berechtigt Sie nicht, zu sagen, die Partei begehe Demonstrationen."

Zeuge: „Jeder Parteigenosse muß auf die „U. D. W." schwören, sonst bekommt man nationale Geißelhiebe, es wird einem Eins hinaufgegeben, es wird gehetzt und agitirt. Die Kundgebungen sind Befehle der Parteileitung Schönerer's.

Dr. v. Berger: „Das ist wieder keine Antwort auf meine Frage. Doch gehen wir weiter. Sie erwähnten, daß Sie auf dem Standpunkte des Linzer Programmes stehen. In selbem wird eine Sonderstellung Galiziens und Dalmatiens verlangt, um uns Deutschen ein natürliches Uebergewicht zu geben. Ist das heute auch noch Ihr Standpunkt, haben Sie dies niemals als eine Utopie erklärt?"

Zeuge: „Aber nicht als meine Meinung, sondern als die des Dr. Pattai. Am 2. Februar 1890 sagte ich: „Ich stehe auf dem Standpunkte der Sonderstellung Galiziens, sowie Croatien sie Ungarn gegenüber einnimmt, dann haben die Deutschen die Majorität." Aber Dr. Pattai ist dieser Ansicht nicht, da solche staatsrechtliche Veränderungen, wie die Lockerung des Provinzverhältnisses ganz aussichtslos sind. Er meint, es gebe ein anderes Mittel, um Gutes anzustreben, nämlich das Zusammengehen mit den conservativen Gruppen, während die Anstrebung einer Sonderstellung Galiziens eine Utopie sei."

Dr. v. Berger: „War nicht Dr. Pattai früher eben anderer Ansicht?"

Zeuge: „Dr. Pattai hat vielleicht inzwischen Studien gemacht und ist zu einer nuancirteren Ansicht über diese Frage gelangt. Die Dinge ändern sich und die Menschen auch. Vielleicht hat es sich nach seiner Auffassung herausgestellt, daß staatliche Aenderungen in Oesterreich viel weniger wichtig sind, als wirthschaftliche Reformen."

Dr. v. Berger: „Sind Sie auch zu diesen nuancirten Standpunkten gelangt?"

Zeuge: „Nein, ich stehe auf dem alten Standpunkte."

Dr. v. Berger: „War Foller ein offener Gegner?"

Zeuge: „Ja, zu offen."

Dr. v. Berger: Bezüglich der Vorgänge bei der Wahlversammlung, in der Sie Foller einen Lügner nannten, frage ich, wäre es Ihnen nicht möglich gewesen, ihm das Wort zu verschaffen?"

Zeuge: „Das wollte ich gar nicht."

Dr. v. Berger: „Ich danke, ich bin vollkommen befriedigt."

Angeklagter (zum Zeugen): „Ich bitte, mir die Frage zu beantworten, ob Sie nicht bedeutenden Einfluß auf die Kundgebung in der Sitzung der Vertrauensmänner genommen haben. Haben Sie nicht an der Stylisirung dieser Kundgebung sehr bedeutend mitgearbeitet?"

Zeuge: „Insoferne habe ich daran mitgearbeitet, als der Angeklagte damals, wie mir scheint, ein Concept vorbereitet hatte. Das Concept hat nicht so gelautet, wie die nachträgliche Kundgebung."

Dr. v. Berger: „Gewiß, es war viel schärfer."

Zeuge: „Nur Einzelnes. Ich habe bei den einzelnen Punkten mich dagegen verwahrt, wenn mir etwas unrichtig schien."

Angeklagter (zum Zeugen): „Im Anschlusse an die Frage meines Vertreters erlaube ich mir, die Frage an Sie zu richten: Wie sind Sie von mir am 2. Februar 1890 behandelt worden? Haben Sie Redefreiheit genossen? War ich ein liberaler Vorsitzender?"

Zeuge: „Ja. Aber ich wüßte keinen Grund, warum Sie dies nicht hätten thun sollen."

Angeklagter: „Am 14. Februar hat sich der Vorsitzende auf die Tagesordnung berufen; warum ist von demselben Vorsitzenden in derselben Vereinsleitung die Tagesordnung in der Versammlung nicht eingehalten worden, wo Pammer seine Stelle hätte niederlegen sollen? Warum ist man da von der Tagesordnung abgegangen? Warum hat man bei der nächsten Versammlung dieselbe so genau eingehalten? War da nicht das Gefühl maßgebend, daß ich, der ich in der Versammlung acht Tage vorher als offener Gegner Ihrer Candidatur gewählt wurde, mundtodt gemacht werden sollte?"

Präsident (will den Angeklagten unterbrechen).

Angeklagter: „Ich bin mit der Frage noch nicht fertig — hatte man nicht Grund, einige Besorgnis zu hegen, daß in der Versammlung acht Tage darauf sich die Wähler wieder mit mir einverstanden erklären würden?"

Zeuge: „Darüber, warum Ihnen nicht Redefreiheit gewährt wurde, sollten Sie den Vorsitzenden, Herrn Pammer, selber fragen. Ich glaube aber, wenn Sie mich um meine Meinung befragen, dahin antworten zu können, daß dies in der Sache selbst begründet wird.

In der Versammlung vom 14. Februar 1891 handelte es sich nicht um längst abgedroschenes Stroh, sondern um eine sehr ernste Frage, um die Aufstellung des Reichsrathscandidaten.

Die Wähler haben vielfach gesagt, sie seien der ewigen Streitigkeiten müde; sie gehen in die Versammlung, weil sie sachliche Interessen besprechen wollen, weil es sich um die Reichsrathswahl handelt.

Bei der vorausgegangenen Versammlung habe es sich nur um die Vereinsangelegenheiten gehandelt.

Ich habe in derselben kein Wort gesprochen, — aber kein Wort. Ich war ganz passiv. Sie haben eine Candidatenrede gehalten für die Obmannstelle im Vereine."

Angeklagter: „Das schon, aber es war bekannt, daß ich Gegner Ihrer Candidatur sei."

Dr. Pattai (zum Zeugen): „Wieviel Stimmen haben Sie bei der letzten Reichsrathswahl erhalten?"

Zeuge: „1074".

Dr. Pattai: „Und der von Foller resp. Schönerer aufgestellte Candidat?"

Zeuge: „82."

Dr. Pattai: „Sie sind also beide zusammen unterlegen, aber Sie erhielten zwölfmal soviel Stimmen, wie Himmelbauer."

Ueber eine andere Frage des Dr. Pattai bemerkt Zeuge Stöckl, der ihm abgerathen habe, zu extrem zu sein, habe einmal die Erklärung abgegeben, er werde mit den extremen Deutschnationalen niemals durch Dick und Dünn gehen.

Dr. v. Berger beantragt die Vorladung Stöckl's und Dr. Pattai darauf hin, jene des Bürgermeisters Thoma.

Nach einigen Auseinandersetzungen werden beide Anträge zurückgezogen.

Der nächste Zeuge Gemeinderath Weitmann deponirt über die Vorgänge im deutschen Bezirksvereine in Mariahilf.

Professor Fiegl habe eine Ausschußsitzung einberufen, der er sein Verhalten in der Wehrgesetzdebatte und sein Auftreten gegen Türk, als dieser die Armee beleidigt habe, rechtfertigen wollte. Zeuge habe den in derselben gestellten Antrag Schnarf's unterstützt; Schnarf habe gesagt, man müsse den deutschen Charakter wahren, aber dem Antrage, daß Türk das Vertrauen ausgesprochen werde, der auch gestellt worden sei, dürfe man nicht zustimmen, da derselbe die Auflösung des Vereines zur Folge hätte. Man möge berücksichtigen, daß in dem Vereine viele Lehrer und Beamte seien, die ihrer Stellung verlustig werden könnten. „Es ist kein Beschluß gefaßt worden — fährt Zeuge fort — weil nach dieser Debatte zwei von den Ausschußmitgliedern ihren Austritt angemeldet haben und die Sitzung nicht mehr beschlußfähig gewesen sei. Es ist mir im Vereine sehr unheimlich gewesen, und zwar deshalb, weil es mir vorkam, als ob ich unter lauter Ausländern wäre. Ich selbst trat aus dem Ausschusse und auch aus dem Vereine gänzlich aus."

Präsident: „Was hat Schnarf bezüglich des Standpunktes Fiegl's gesagt?"

Zeuge: „Er hat dem Standpunkte des Professors Fiegl volle Anerkennung gezollt, sowie ich auch."

Dr. v. Berger (zum Zeugen): „Sie haben früher bemerkt, daß Türk die österrreichische Armee angegriffen, das war die Voraussetzung, von der Sie ausgegangen sind. Bis nun hat aber Türk über die Armee kein Wort gesprochen."

Zeuge: „Die Aeußerung war doch so — das können Herr Vertheidiger nicht bestreiten."

Dr. v. Berger hält darauf dem Zeugen die Aeußerung Türk's vor, worauf Dr. Pattai zum Zeugen bemerkt: „Sie haben halt den Sinn dieser Rede in der Weise aufgefaßt."

Dr. v. Berger (zum Zeugen): „Hat Professor Fiegl die Aeußerung so dargestellt?"

Zeuge: „Er hat gar keine Darstellung gemacht, sondern nur gesagt, daß Türk nicht im Namen des Verbandes gesprochen."

Dr. v. Berger: „Wie erhielten Sie Mittheilung von der Aeußerung Türk's."

Zeuge gibt eine undeutliche Antwort.

Präsident: „Der Herr Vertheidiger will Sie fragen, woher Sie gewußt haben, daß Türk so gesprochen hat."

Zeuge: „Es ist ja in den öffentlichen Blättern so gestanden."

Dr. Pattai: „Sie sind Vorarlberger, also gewiß ein guter Deutscher."

Zeuge: „Ich habe mich in meiner Stellung als Gemeinderath stets bemüht, das Deutschthum zu wahren."

Dr. Pattai: „Haben Sie bemerkt, daß die Schönerer-Partei in der letzten Zeit eine Wendung genommen hat, die verstimmt hat?"

Zeuge: „Ja."

Dr. v. Berger: „Ich muß bitten, auf bestimmte Thatsachen hinzuweisen."

Zeuge: „Nehmen Sie den deutschnationalen Kalender zur Hand: lauter Abbildungen von den Hohenzollern, vom Kaiser Wilhelm u. s. w., vom Kleinsten bis zum Größten!"

Foller (zum Zeugen): „Bitte das Eine zu sagen, ob Sie ein Gegner der deutschnationalen Richtung sind."

Zeuge: „Früher war ich ein Anhänger Schönerer's."

Angeklagter: „Waren Sie bei der Sitzung Schönerer's Anhänger oder Gegner?"

Zeuge: „Damals war ich weder für, noch gegen Schönerer, aber die Auslassungen (Türk's) haben mir nicht gefallen. Es ist von Schönerer selbst nichts zur Sprache gekommen, sondern es wurde nur über den Fall Türk gesprochen."

Angeklagter: „Haben Sie bezüglich des Falles Türk den Eindruck gewonnen, daß Fiegl den Standpunkt eingenommen habe, er sei Gegner Türk's oder er sei mit demselben einverstanden?"

Zeuge: „Auf mich macht es den Eindruck, daß der damalige Abgeordnete Fiegl die Aeußerung des Türk nicht auf die deutschnationale Partei als solche gemünzt wissen wollte, sondern er wollte sagen, daß die deutschnationale Partei zu solchen Aeußerungen kein Mandat habe."

Angeklagter: „Welches war der Standpunkt Fiegl's zur nackten Thatsache?; sagte er, ich bin einverstanden, oder ich bin nicht einverstanden, ich perhorrescire diesen Standpunkt?"

Zeuge: „Er hat einfach den Standpunkt gerechtfertigt, welchen ich und Schnarf geäußert haben.

Es ist der Antrag gestellt worden, dem Abgeordneten Fiegl das Vertrauen auszudrücken, womit der Gegensatz in das Licht gerückt wurde, daß man dadurch Türk das Mißtrauen ausdrückte.

Fiegl ist also auf dem Standpunkte gestanden, daß ihm das Vertrauen ausgedrückt werde und nicht das Mißtrauen."

Hierauf wird Zeuge Ferd. Loquai vernommen. Derselbe kennt Fiegl schon seit langen Jahren.

Präsident: „Was ist Ihnen über das Verhalten Fiegl's im Reichsrathe und dessen politische Richtung bekannt?"

Zeuge: „Die Haltung, welche Fiegl während der ganzen Zeit, als er im Parlamente thätig war, einnahm, war die, daß er der Richtung Schönerer's angehörte. Es gibt verschiedene Deutschnationale in Oesterreich, darunter zeichnet sich in scharfer Weise die Schönerer's aus. Dieser Richtung gehörte er an bis jetzt."

Präsident: „Es wird dem Abgeordneten Fiegl vorgeworfen, daß er wortbrüchig geworden sei und eine andere Richtung eingeschlagen habe."

Zeuge: „Davon ist mir nichts bekannt. Er hat immerwährend das Linzerprogramm aufrecht erhalten." Zeuge hat einmal in Mödling einer Versammlung beigewohnt, wo Fiegl seinen Rechenschaftsbericht erstattet habe.

Auch in dieser Versammlung hat Fiegl den Standpunkt eingenommen, den er schon in seiner Candidatenrede eingenommen hat, nämlich streng deutschnational auf Grund des Schönerer'schen Linzerprogrammes."

Präsident: „Ist ihm nicht der Vorwurf gemacht worden, daß er zur Partei des Dr. Pattai übergegangen sei?"

Zeuge: „Ja, aber er ist nie der Partei Pattai beigetreten und konnte ihr nie beitreten, denn das Linzerprogramm, zu dem er sich bekannte, enthält einen Punkt, der die Zollunion mit Deutschland verlangt. Dagegen muß sich die Partei Pattai's entschieden aussprechen.

Pattai vertritt einen an Industrie reichen Bezirk im Parlamente, der von einem solchen Abgeordneten absolut nichts wissen will."

Präsident: „Erinnern Sie sich einer Rede, die Dr. Pattai im October 1889 bei der „schönen Schäferin" gehalten hat."

Zeuge: „Das ist die sogenannte Klärungsrede. Der Inhalt dieser Rede, wegen welcher man Dr. Pattai den Vorwurf gemacht hat, daß er die Deutschnationalen Landesverräther geheißen habe, war der, daß eine Anzahl von Deutschnationalen ein solches Vorgehen beobachte, daß der Schein auf sie geladen werden könnte, daß sie Landesverräther seien und unpatriotisch vorgehen."

Präsident: „War Professor Fiegl während dieser Rede anwesend?"

Zeuge: „Daran erinnere ich mich nicht genau."

Dr. Pattai (zum Zeugen): „Der Herr Zeuge ist mit Fiegl in zweifacher Weise in Berührung gekommen. Er ist Landtagsabgeordneter von Mariahilf, wo Fiegl Wähler ist, und zugleich Hauseigenthümer in Mödling und hat daher Fiegl auch in Mödling bei den dortigen Versammlungen kennen gelernt.

Er kennt daher das politische Auftreten Fiegl's seit längerer Zeit."

Zeuge: „Ja, schon in der Zeit, bevor er in das Parlament eingetreten ist."

Dr. Pattai: „Sind nicht Fälle vorgekommen, daß Fiegl selbst mit Einsetzung seiner Stellung als Professor für die deutschnationale Partei eingetreten ist?

Ist es Fiegl zuzumuthen, daß er etwas aus Feigheit oder politischer Ueberlegtheit thut?"

Zeuge: „Man kann es doch nicht Feigheit nennen, wenn jemand das Programm, daß er aufgestellt hat, so vertheidigt, wie es Fiegl gethan."

Dr. Pattai: „Herr Zeuge sind im Sommer in Mödling wohnhaft. Was für einen Eindruck hat das Verhalten Fiegl's in der Wehrgesetzdebatte unter den Wählern gemacht?"

Zeuge: „Sie waren ganz zufrieden, standen ganz auf dem Standpunkte des Abgeordneten."

Dr. Pattai: „Hat man gesagt, er habe Türk im Stiche gelassen? wie hat man die Sache aufgefaßt?"

Zeuge: „Man faßte die Sache so auf, daß Fiegl Recht hatte, als er die Erklärung abgegeben hat."

Dr. Pattai: „Und daß er gesucht hat, Türk gegen eine zu strenge Beurtheilung zu schützen."

Dr. v. Berger: „Sie haben sich selbstverständlich an die Berichte in den Zeitungen gehalten?"

Zeuge: „Theilweise ja, theilweise aber auch an die stenographischen Berichte, die mir zugekommen sind."

Dr. v. Berger: „Jedenfalls aber richteten sich die Wähler nach den Zeitungsberichten, in denen das meiste, was über die antisemitische Partei gebracht ist, erlogen ist."

Dr. Pattai: „Es handelt sich hier hauptsächlich um antisemitische Wähler, die das „Deutsche Volksblatt" gelesen haben werden. Ist es dem Zeugen bekannt, daß das „Deutsche Volksblatt" ganz entschieden den Standpunkt Türk's vertheidigt hat?"

Zeuge: „Ja!"

Dr. v. Berger (zum Zeugen): „Enthielt das „Deutsche Volksblatt" eine wörtliche Reproduction der Rede Türk's?"

Dr. Pattai: „Ein ganzer Leitartikel war ja darin."

Dr. v. Berger: „Aber keine Mittheilungen, kein Abdruck aus dem stenographischen Protokoll?"

Dr. Pattai bemerkt zum Zeugen, daß dem Privatkläger zum Vorwurfe gemacht werde, daß er in einer Versammlung des Dr. Pattai erschien und fragt: „War es nicht üblich, daß die Versammlungen gegenseitig besucht wurden? Sind nicht oft die Deutschnationalen bei uns gewesen?"

Zeuge: „Ja, und wir bei den Deutschnationalen."

Dr. Pattai: „Kann aus dem bloßen Umstande, daß man Versammlungen einer anderen Partei besucht, gefolgert werden, daß man sich derselben angeschlossen hat?"

Zeuge: „Welchem vernünftigen Menschen wird das einfallen? Wir waren alle beim Schulverein für Deutsche."

Dr. v. Berger: „Wenn aber die Deutschnationalen gegen die Christlich-socialen sehr scharf Stellung genommen hätten, würden Sie dann einen solchen gegenseitigen Besuch bei Parteiversammlungen billigen?"

Zeuge: „Ich gehöre den Christlich-socialen nicht an und kümmere mich nicht um dieselben."

Dr. v. Berger: „Ich wollte auch nur beispielsweise darauf hinweisen.

Als nächster Zeuge wird Herr Alois August Potschka, Appreteur in Wien, vernommen.

Präsident: „Ist Ihnen bekannt, zu welchem Verein sich ursprünglich Professor Fiegl bekannt hat?"

Zeuge: „Zum Deutschnationalen der Schönerianer."

Präsident: „Ist es Ihnen bekannt, ob er in diesem Vereine geblieben, ob er ausgetreten oder ausgetreten worden ist?"

Zeuge: „Aus dem deutschnationalen Vereine? Da wurde er ausgeschlossen."

Dr. v. Berger (zum Zeugen): „Waren Sie Mitglied des deutschen Bezirksvereines?"

Zeuge: „Ja."

Dr. v. Berger: „Wer hat denselben gegründet?"

Zeuge: „Professor Fiegl."

Dr. v. Berger: „Welches Programm hatte der Verein?"

Zeuge: „Das deutschnationale Programm Schönerer's."

Dr. v. Berger: „Können Sie sich erinnern, daß Fiegl Mitglied des politischen Bezirksvereines vom VI. Bezirke war?"

Zeuge: „Jawohl."

Dr. v. Berger: „Wann und weshalb ist Fiegl ausgetreten?"

Zeuge: „Fiegl und überhaupt alle Nationalen sind ausgetreten, weil die Mehrheit eine nationale Richtung einschlug."

Dr. v. Berger: „Und dann also gründete Fiegl den deutschen Bezirksverein?"

Zeuge: „Ja."

Dr. v. Berger: „Also auf rein nationaler Basis?"

Zeuge: „Ja."

Dr. v. Berger: „Dr. Pattai trat nicht in den deutschen Bezirksverein ein?"

Zeuge: „Nein."

Dr. v. Berger: „Wie verhielt sich dieser und sein Anhang dem deutschen Bezirksvereine gegenüber?"

Zeuge: „Dr. Pattai und Vetter sind am 26. Mai 1886 in einer Versammlung beim Vogelsang über den deutschen Bezirksverein hergefallen. Dr. Pattai sprach von uns als unreifen Leuten, Buben und dgl. Wir ließen uns das nicht gefallen. Es wurde eine Flugschrift, betitelt „Unsere Abrechnung mit Pattai" ausgearbeitet, an deren Redaction Fiegl sehr lebhaft theilgenommen hat. Dieselbe wurde ausgesendet, ist aber von Dr. Pattai ohne Erwiderung geblieben. Der Inhalt . . . ."

Dr. v. Berger: „Der Inhalt ist heute für uns gleichgiltig; es genügt, daß Sie wissen, daß dieselbe deshalb gegen Pattai gerichtet war, weil er die Deutschnationalen angegriffen hat.

Hat Fiegl an der Verfassung theilgenommen?"

Zeuge: „Gewiß, er sagte noch, die Flugschrift sei zu gelinde verfaßt." Zeuge deponirt ferner über eine weitere Frage des Vertheidigers: „Fiegl hat einmal — zur Zeit der Gemeinderathswahlen — uns gegenüber verlauten lassen, daß er in eine unserer Versammlungen nicht kommen könne, weil er im katholisch-politischen Vereine am Neubau

an Stelle des Dr. Ebenhoch, der erkrankt sei, einen Vortrag halten müsse. Ich bin in ihn gedrungen, er möge das nicht thun, da er sich dadurch als Deutschnationaler schaden dürfte, da wir doch die Clericalen bekämpfen und es spanisch herauskomme, wenn Professor Fiegl für die Clericalen einen Vortrag halte. Auf meine Vorstellungen hat er dann seine Absicht aufgegeben."

Bezüglich der Ausschußsitzung im deutschen Bezirksvereine sagt Zeuge aus: „Fiegl brachte unter der Blume vor, daß der deutschnationale Verein ihn wegen seines Auftretens gegen Türk ausgeschlossen habe; er habe das nicht so ernst gemeint, u. s. w.

Ich wußte, wo er hinaus wollte und habe da den Antrag gestellt, es möge Türk das Vertrauen ausgesprochen werden."

Dr. v. Berger: „Ist für Professor Fiegl auch ein Vertrauensvotum in Antrag gebracht worden?"

Zeuge: „Das ist mir nicht mehr erinnerlich."

Dr. v. Berger: „Schnarf soll den Antrag gestellt haben."

Zeuge: „Ja, ich glaube, es waren zwei Stimmen dafür und zwei dagegen. Der damalige Vorsitzende Hellmayer hätte auch seine Stimme abgeben sollen, aber er hat es nicht gethan."

Privatkläger Professor Fiegl (zum Zeugen): „Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sagten Sie, ich wäre aus dem deutschnationalen Vereine ausgeschlossen worden und wäre an den Verein in einer Rede herangetreten, um das Vertrauensvotum zu erwirken."

Zeuge: „Ja!"

Fiegl: „Können Sie sich nicht erinnern, daß ich damals noch nicht ausgeschlossen war! Das geschah erst später, damals war mir nur die Mißbilligung ausgesprochen worden."

Zeuge: „Es ist schon zu lange her. Genau kann ich mich daran nicht erinnern."

Fiegl: „Bezüglich des katholisch-politischen Vereines am Neubau kann ich mich nicht erinnern."

Zeuge: „Aber ich, weil Sie mir selbst das Wort gaben, Sie werden nicht hingehen; Sie waren aber geneigt hinzugehen.
Sie haben mir Ihr Versprechen gegeben."

Fiegl: „Was hat der Verein am Neubau für einen Zweck gehabt? War es ein antisemitischer Verein?"

Zeuge (heftig): Sie haben überhaupt im katholisch-politischen Verein nichts zu thun gehabt als Deutschnationaler."

Präsident ermahnt den Zeugen zur Ruhe.

Fiegl: „Waren zu der Zeit antisemitische Vertreter vom Neubau im Wiener Gemeinderathe oder haben die Berathungen im Vereine den Zweck gehabt, für den Antisemitismus Propaganda zu machen?"

Zeuge: „Ich glaube, die antisemitischen Vertreter sind später gewählt worden."

Dr. Pattai: „Ist Ihnen bekannt, daß die Schönerianer bei Wahlen auch mit Clericalen Hand in Hand gingen?"

Zeuge: „Jawohl, z. B. bei Ihrer eigenen Wahl, Herr Doctor!"

Dr. Pattai (lächelnd): „Bitte, nennen Sie mir auch andere Wahlen, nicht nur meine eigene. Sind nicht bei der Wahl Ursin's förmliche Vereinbarungen getroffen worden?

Und bei den Wiener Gemeinderathswahlen?"

Zeuge: „Die haben thun können, was Sie wollten."

Dr. Pattai: „Ich erinnere noch an die Wahl Hauck's. Ist es Ihnen bekannt, daß Schnarf im Ausschusse des Bezirksvereines gewarnt habe, daß, wenn Türk das Vertrauen ausgesprochen würde, der Verein aufgelöst werden dürfte?"

Zeuge (sehr heftig): „Aber früher hat er sie nicht gewarnt, die Deutschnationalen."

Dr. Pattai: „Früher ist auch im Abgeordnetenhause noch nicht die Aeußerung von der Germania irredenta gefallen.

Sowie ich Sie früher verstand, hat Fiegl damals in der Ausschußsitzung gesagt, er habe das nicht so böse gemeint und die Auffassung Türk's unterstützt."

Zeuge: „Nicht unterstützt, aber abgeschwächt. Schön war es von ihm nicht, daß er, nachdem alle gegen Türk waren, noch den letzten Stein gegen ihn aufgehoben hat."

Präsident: „Das ist Ihre individuelle Ansicht. Mit der haben wir es nicht zu thun. Die Geschwornen werden sich selbst ein Urtheil bilden."

Dr. von Berger: „Am 8. März hat Türk im Abgeordnetenhause die erwähnte Aeußerung von der Germania irredenta gemacht ...."

Zeuge: „Das habe ich wohl in den Zeitungen gelesen, ich habe mich nicht weiter darum gekümmert und weiß nicht, was es heißt."

Dr. v. Berger: „Nun, Türk hat es auch gesagt, aber auch begründet, er sagte nämlich: Wenn den Deutschen das Recht der Selbstbestimmung und ihre nationale Sicherheit gefährdet wird, so — u. s. w."

Zeuge: „Ja, unser nationales Programm ist, unsere nationalen Grundsätze vor Allem zur Geltung zu bringen."

Präsident: „Das gehört nicht herein."

Hierauf folgt die Vernehmung des Zeugen Professor Friedrich Anton Schnarf. Derselbe gibt über Befragen des Präsidenten an:

„Ich kenne Professor Fiegl seit 10 Jahren; er hat in der ersteren Zeit Freundschaft gehabt mit Dr. Steinwender. Im Jahre 1884 hat er sich an der Wahlagitation betheiligt und sich überhaupt der antisemitischen Partei, welche damals hauptsächlich von Schönerer geführt wurde, angeschlossen. Im Jahre 1885 ist er in engere Berührung mit der deutschnationalen Partei Schönerer's getreten."

Präsident: „Wissen Sie, ob er im Vereine geblieben oder aus demselben ausgetreten und warum er ausgetreten ist?"

Zeuge: „Er ist bei dem Vereine geblieben als treuer Anhänger bis zur Enthaftung Schönerer's und zwar glaube ich meine Meinung dahin abgeben zu können, daß er als mäßigendes Element in diesem Vereine gewirkt hat. Später hat sich im deutschnationalen Vereine eine Mißstimmung gegen ihn gezeigt, als er bei der Enthaftung

Schönerer's nicht mitthun wollte, weil, wie ich damals selbst gesagt habe, und mir auch von Professor Fiegl gesagt wurde, solche unnütze Demonstrationen nicht am Platze sind und eventuell selbst seine Carriere und Stellung zu gefährden vermögen."

In Betreff der Wehrgesetzdebatte gibt Zeuge an, als er im Abendblatte die Aeußerung Türk's gelesen habe, sei ihm — er weiß nicht, wie — zu Muthe geworden.

Präsident: „Sie haben diesbezüglich nachträglich in einem Vereine gesprochen?"

Zeuge: „Ja, im Deutschen Bezirksvereine Mariahilf. Ich war Mitglied des Deutschnationalen Vereines und Ausschußmitglied des Deutschen Bezirksvereines, dessen Vorstand ich früher war."

Präsident: „Ist nun in einer Sitzung nicht von einem Vertrauens- oder Mißtrauensvotum bezüglich des einen oder des anderen Vereinsmitgliedes die Rede gewesen?"

Zeuge: „Gewiß, und zwar ist von mir selbst der Antrag gestellt worden, es möge Professor Fiegl das Vertrauen ausgesprochen werden. Fiegl hatte die Sitzung einberufen, um sich zu überzeugen, ob er noch das Vertrauen genieße. Ich fand das begreiflich und hätte an seiner Stelle auch das gethan.

Der Antrag für das Vertrauensvotum ist von mir selbst gestellt worden. Es wurde einige Zeit debattirt, bis ein Ausschußmitglied, das bis dahin geschwiegen hatte, die Debatte abschneiden wollte mit den Worten: „Ich werde den Knoten durchschneiden" und beantragte, es möge der Antrag ohne Debatte zur Abstimmung gebracht werden, daß Türk das Vertrauen votirt werde.

Das Vertrauensvotum für Fiegl blieb mit zwei Stimmen in der Minorität. Ueber den anderen Antrag wurde nicht direct abgestimmt, weil dann einige Herren erklärt haben, daß, wenn ein solches Vorgehen beliebt würde, wenn einem Manne wie Fiegl, der so Vieles geopfert, der so treu zu der Partei gestanden sei, weil er in patriotischer Weise gehandelt habe, das Mißtrauensvotum gegeben werden sollte, sie in dem Vereine nicht länger verbleiben würden."

Zeuge erwähnt noch, es seien in dem Briefkasten der „U. D. W." verletzende Angriffe auf ihn enthalten gewesen, und erwidert auf die Frage des Präsidenten, warum Fiegl aus dem Deutschnationalen Vereine ausgeschlossen wurde:

„Meines Wissens, weil er Schönerer nicht bei der Enthaftung abholen wollte und weil er die Einigkeit in der Partei gestört hat."

Präsident: „War sein Verhalten in der Wehrgesetz-Debatte nicht auch ein Grund dafür?"

Zeuge: „Ich kann mich daran nicht erinnern."

Präsident: „Und warum wurden Sie ausgeschlossen?"

Zeuge: „Weil ich die Keckheit gehabt hatte, meinen Collegen und Freund, mit dem ich in vollkommener Uebereinstimmung bin, in seiner Anschauung zu vertheidigen. Ich habe in der Ausschußsitzung mit aller Entschiedenheit erklärt, daß ich Fiegl mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln vertheidigen werde."

Dr. Pattai (zum Zeugen): „Wo hat die Vertheidigung stattgefunden?"

Zeuge: Sowohl im Ausschusse, als auch in der Vollversammlung des Deutschen Bezirksvereines."

Dr. Pattai: „Was haben Sie beiläufig vorgebracht?"

Zeuge: „Ich habe das stenographische Protokoll der Abgeordnetensitzung vorgelesen und dann gesagt: „Wenn man das alles zusammenhält, was Türk gesprochen und was nach ihm alle Führer gesprochen haben, so würde man dann allerdings noch für die Aeußerung Türk's eine Deutung finden, die den Vorwurf eines unpatriotischen Verhaltens nicht begründen würde; aber man darf einen Mann nicht verurtheilen, der es durch sein Auftreten ermöglicht hat, daß Türk überhaupt zu der zweiten Erklärung gekommen ist. Ich war selbst einst im Abgeordnetenhause, habe aber von Seite eines Herrn, der der betreffenden Sitzung beigewohnt hat, gehört, es sei für ihn gewissermaßen wie eine Erlösung gewesen, als Fiegl aufgestanden ist und seine Erklärung abgegeben hat. Dadurch sei der Sturm im Abgeordnetenhause besänftigt worden."

Dr. Pattai: „Hat Fiegl bei der damaligen Versammlung Aeußerungen gebraucht, welche denunciatorisch gegen den deutschnationalen Verein waren?"

Zeuge: „Durchaus nicht."

Dr. Pattai: „Was hat er im Wesentlichen gesagt?"

Zeuge: „Er sagte, daß er ja doch von seinem Standpunkte aus sagen dürfe, was er selbst denkt und hört. Er sei kein Mameluk, was ja Schönerer selbst bei der gegnerischen Partei verurtheilt habe.

Ich habe dann erklärt: „Ich stimme dem Standpunkte Fiegl's vollkommen bei. Auch ich habe des Kaisers Rock getragen," (Mit erhobener Stimme) „deutsche Art ist es, nicht nur so lange man im Rocke steckt, die Pflicht gegen Kaiser und Vaterland zu thun, sondern auch, wenn man den Rock abgelegt hat."

Auf die Frage des Dr. Berger, ob Zeuge seine Informationen aus den Abendblättern geschöpft, erwidert derselbe: „Zum Theile ja, zum Theile auch später aus dem stenographischen Protokolle."

Dr. v. Berger fragt, ob Zeuge die Aeußerung Türk's im Zusammenhange mit einigen Stellen, die er dem Zeugen vorliest, noch immer für bedenklich erachten würde.

Zeuge: „Ich habe schon früher gesagt, daß man die erste Aeußerung Türk's nicht gerade in unpariotischem Sinne auffassen müsse.

Dr. v. Berger: „Sondern diesen Sinn nur durch das, was hineingelegt wurde, namentlich auch durch Fiegl, erhielt.

Meines Erachtens war Professor Fiegl als Gesinnungsgenosse des Türk berufen, den Aeußerungen der Club-Obmänner entgegenzutreten und ihm zu Hilfe zu kommen. Wie können Sie daher sein Verhalten billigen?"

Zeuge: „Ganz gewiß; Professor Fiegl war ja gar nicht im Parlamente, als Türk die Aeußerung gemacht, nur das Factum stand fest, daß Türk gesprochen hat. Er hat die Aufregung gelesen und wenn er als Parteimitglied hineinging und sagte: „Wenn der Herr

das gesagt hat, so hat er damit nicht den Gefühlen des Verbandes Ausdruck gegeben", so finde ich das vollkommen gerechtfertigt. Ich hätte an seinem Platze das auch gethan. Meine Auffassung ist die, daß er gerade die Insinuationen, welche von verschiedenen Seiten der deutschnationalen Partei gemacht wurden, zurückgewiesen hat."

Ueber Befragen des Dr. Pattai gibt Zeuge noch an, es sei ihm bekannt, daß sich in einer späteren Sitzung Türk gegen sich selbst gekehrt habe, indem er bemerkt habe, daß er sehr wenig Patriotismus besitze von dieser Sorte, wie sie im Hause beliebt sei, und die Vorwürfe, die ihm gemacht wurden, gerechtfertigt seien.

Dr. v. Berger: „Er hat gesagt, ich wehre mich nicht gegen die Vorwürfe, die gemacht wurden."

Der nächste Zeuge, Professor Ludwig Lechner in Baden, sagt aus, Professor Fiegl bekenne sich zum Linzer-Programme, er sei deutschnational in dem Sinne Schönerer's, nicht wie der Ausdruck heute verstanden werde. Er war in einer Versammlung des Ausschusses des Badener Wählervereins, wo es sich um die Entscheidung zwischen Fiegl und Schönerer handelte, als Gast anwesend, hat die „U.-D.-W." seit vielleicht 2 Jahren nicht gelesen und kann sich nicht erinnern, ob in denselben von Professor Fiegl die Rede gewesen sei.

Präsident: „Warum ist Fiegl aus dem deutschnationalen Vereine ausgeschlossen worden?"

Zeuge: „Aus seinem Munde habe ich gehört, daß dies wegen seines Verhaltens in der Affaire Türk im Abgeordnetenhause geschah. Privatim wurde mir auch gesagt, daß sich sein Verhalten mit dem Schönerer's nicht recht decke."

Fiegl habe sich in der Versammlung gegen die Angriffe vertheidigt.

Präsident: „Ist Ihnen bekannt, wer den Ausschluß Fiegl's aus dem deutschnationalen Vereine verlangt hatte?

Zeuge: „Ich glaube, Schönerer — weiß es aber nicht genau.

Am 2. Februar 1890 hat — erwähnt Zeuge weiter — Fiegl in einer Vollversammlung des Badener Wählervereines erklärt, daß die bezahlten Schriftleiter der „U. D. W." gegen ihn im Briefkasten Notizen veröffentlichen, welche unwahr seien.

Bezüglich der Versammlung vom 14. Februar 1891 bestätigt Zeuge die Aussage Fiegl's und bemerkt noch, Fiegl habe dem Vorsitzenden nicht zugeflüstert, sondern denselben halblaut darauf aufmerksam gemacht, er möge Foller nicht reden lassen. Professor Fiegl sei, als darauf Foller erklärte, er (Fiegl) selbst dürfte nichts dagegen haben, wenn er (Foller) erwidere, selbst aufgestanden und habe gesagt, er habe es für seine Pflicht gehalten, dem Obmann Pammer anzuzeigen, daß er eine solche Aeußerung für unzulässig halte.

Auf Befragen gibt Zeuge zu, daß Foller in Versammlungen als Obmann sehr loyal war und vollste Redefreiheit gewährte."

Foller: „Herrschte nicht damals, als ich Obmannstellvertreter wurde, nachdem ich mich als Gegner Fiegl's bekannt hatte, eine Art Besorgniß, daß ich mit meinem Candidaten Himmelbauer durchdringe."

Zeuge: „Ich selbst hatte keine solche."

Foller: „Haben die Herren nicht einen Fiaker besorgt, um säumige Mitglieder in die Versammlung zu bringen?"

Zeuge: „Ich habe erst später davon erfahren."

Auf Befragen Pattai's erklärt Zeuge, daß, als Foller das Wort ergriff, Stimmen laut wurden, man möge nicht immer dasselbe vorbringen.

Zeuge Dr. Jülg, Professor, bestätigt die Angaben des früheren Zeugen. Am zweiten Verhandlungstage wird zunächst Zeuge Carl Türk, Arzt und Grundbesitzer in Wiese bei Freudenthal in Schlesien, derzeit in Neu-Erbersdorf, Landtagsabgeordneter von Schlesien, vernommen.

Präsident: „Kennen Sie Fiegl seit längerer Zeit?"

Zeuge: „Seit den vorletzten Reichsrathswahlen, wo wir zusammen in den Reichsrath eingetreten sind — im Jahre 1885. — Da haben wir uns im Abgeordnetenhause kennen gelernt."

Präsident: „Sie sind Landtagsabgeordneter?"

Zeuge: „Ja, von Schlesien."

Präsident: „In welchen Beziehungen sind Sie zu Fiegl gestanden, in freundschaftlicher oder neutraler?"

Zeuge: „Ich stand von allem Anfange an zu ihm in den freundschaftlichsten und collegialsten Beziehungen. Wir haben uns durch ein oder zwei Jahre — ich kann es nicht genau sagen — in den freundschaftlichsten Beziehungen forterhalten, weil ich ihn für einen ganz verläßlichen Gesinnungsgenossen gehalten habe."

Präsident: „Welcher Partei gehörten Sie an?"

Zeuge: „Ich habe sofort der Schönerer-Partei angehört, und Professor Fiegl hat derselben Partei angehört. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß gleich bei Beginn der Reichsrathssession Professor Fiegl seine Gesinnung in einer Weise zum Ausdrucke brachte, die mich sehr befriedigen mußte, und zwar auf einem gleich am Anfange der Session stattgefundenen Commerse der Studenten-Verbindung „Oppavia". Auf diesem Commerse waren ich und Fiegl anwesend. Wir ergriffen alle Zwei das Wort. Abgeordneter Fiegl hat in seiner sehr scharfen, präcisen Rede Stellung gegen Pattai genommen und ihm einen beinahe ehrenrührigen Vorwurf gemacht, weil er nicht, wie allgemein von ihm erwartet wurde, dem Verbande, den Schönerer, Fiegl und ich damals gegründet haben, beitreten wollte."

Präsident: „Ist Dr. Pattai überhaupt ein Mitglied dieses Verbandes gewesen?"

Angeklagter: „Nein. Er ist dem Parlamentsverbande niemals beigetreten, und ich selbst habe in meiner Rede dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, aber in einer milderen Form und daran die Bemerkung geknüpft, daß mir dies umsomehr leid thut, als ich die geistigen Fähigkeiten des Dr. Pattai schmerzlich vermisse".

Präsident: „Warum hatten Sie die Ansicht, daß Dr. Pattai dem Verbande beitreten werde?"

Zeuge: „Weil die Ansicht bestand, daß er als Gesinnungsgenosse Schönerer's und unter dessen Unterstützung in Mariahilf candidirt hatte. Auch hatte er eine — wie ich glaube — schriftliche Erklärung abgegeben, daß er dem Verbande beitreten werde."

Präsident: „Aus wie viel Mitglieder bestand der Verband?"

Zeuge: „Ursprünglich aus drei; später sind noch mehrere dazu gekommen. Ursprünglich waren ich, Fiegl und Schönerer; dann sind Fürnkranz, Vergani, Kaiser und Ursin beigetreten!"

Präsident: „Hat sich nun dieser Verein in beständiger Eintracht erhalten?"

Zeuge: „Ja, bis zur Verurtheilung Schönerer's waren wir in bester Eintracht, da Schönerer selbst durch seine geistige und persönliche Einwirkung jeden Meinungsunterschied hintangehalten hat und durch seinen persönlichen Einfluß Gesinnungslosigkeiten, die hie und da auftraten, energisch entgegengetreten ist."

Präsident: „Sie werden sich erinnern an die Wehrgesetzdebatte. Was hat sich da ereignet? Ist die Verurtheilung Schönerer's vor diese Wehrgesetzdebatte gefallen?"

Zeuge: „Ja."

Präsident: „Es sollen Uneinigkeiten entstanden sein, die zur Auflösung des Vereines führten?"

Zeuge: „Die Zwistigkeiten und Mißhelligkeiten im Verbande der Deutschnationalen haben sich aus mehreren Ursachen herausgebildet. Die erste war der Liechtenstein'sche Schulantrag. Da war unverkennbar eine sofort veränderte Haltung des Abgeordneten Fiegl zu bemerken, eine Haltung, die mit der unseren nicht übereingestimmt hat.

Insbesondere hat diese Veränderung stattgefunden nach der Verurtheilung Schönerer's. Schon während des Processes Schönerer's haben sich einige Mitglieder unseres Verbandes in entschieden absprechender Weise über Schönerer ausgesprochen.

So sagte Fürnkranz, er wolle von unserem Verbande und Schönerer nichts mehr wissen. Er werde sich nicht mehr wählen lassen; wenn er auch das Mandat noch behalte, so werde er nicht mehr candidiren."

Präsident: „Wir haben es mit Fiegl zu thun."

Zeuge: „Fiegl hat nach der Verurtheilung Schönerer's — wir waren persönlich in freundschaftlichstem Verkehre, ich habe mich nie verschlossen gezeigt, sondern war jederzeit collegial gegen alle Mitglieder unseres Verbandes — sich ebenfalls in verschiedener, sehr absprechender Weise über Schönerer geäußert. Er hat von dem Galgenhumor gesprochen, den Schönerer habe, und äußerte sich: „Nachdem er selbst in der Tinte sitzt, ist er bestrebt auch uns hineinzureißen."

Präsident: „Wir kommen zur Wehrgesetzdebatte, ein Moment, welches in diesem Processe eine wichtige Rolle spielt."

Zeuge: „Die Wehrgesetzdebatte hatte Phasen, nämlich die erste und zweite Verhandlung. Bei der ersten Verhandlung wurde in unserem Club unsere Haltung beschlossen. Es wurde eine Erklärung ausgefertigt,

mit der alle einverstanden waren und worin wir mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse, die Unterlassung von volkswirthschaftlichen Reformen und besonders auf die Unterlassung von zeitgemäßen Reformen hinsichtlich der arbeitenden Classen erklärt haben, gegen die durch das neue Wehrgesetz in Aussicht gestellte Mehrbelastung des Volkes Stellung zu nehmen und gegen das Gesetz zu stimmen.

Als das Wehrgesetz wegen Abänderung einiger Paragraphe im ungarischen Abgeordnetenhause noch einmal in das Abgeordnetenhaus kam, habe ich mich — ich war damals Obmann, weil wir nach der Verurtheilung Schönerer's es so gehalten haben, daß jeden Monat ein anderer die Obmannschaft führte — zum Worte gemeldet und meiner Ansicht nochmals Ausdruck gegeben und in der öffentlichen Sitzung begründet, warum wir, trotzdem wir Deutschnationale sind, gegen das Wehrgesetz stimmen wollen. Der Inhalt meiner Rede war der, daß ich meiner Ueberzeugung Ausdruck gab, daß Deutschland aus dem Bündnisse mit Oesterreich sehr wenig Nutzen ziehen werde, weil Oesterreich ein verfassungsmäßiger Staat ist und, wenn auch der Kaiser selbst aus eigener Machtvollkommenheit über Krieg und Frieden entscheiden und Bündnisse schließen kann, zur Führung eines Krieges doch die Bewilligung des Geldes nothwendig sei.

Um die Sache klar zu machen, verweise ich darauf, daß im Abgeordnetenhause damals unstreitig die Czechen, Polen, Slovenen und Deutschclericalen die unbedingte Majorität hatten. Es mußte alles, was bewilligt werden sollte, von ihnen bewilligt werden. Diese verschiedenen Bestandtheile der Majorität haben zu verschiedenen Zeiten vorher auf das eclatanteste ihre unversöhnliche Feindschaft gegen das deutsche Reich bekundet und derselben wiederholt in scharfer Weise Ausdruck gegeben. Ich verweise nur auf die Rede Hausner's . . . ."

Präsident (unterbrechend): „Sie brauchen diesbezüglich nichts zu rechtfertigen."

Zeuge: „Ich wollte nur meine Rede begründen, wie ich die Sache gemeint habe. Wenn meine Rede richtig beurtheilt werden soll, so muß sie ganz verlesen werden, nicht nur ein einziger Passus derselben.

Ich muß darauf hinweisen, daß ich in der Rede ausdrücklich gesagt habe, daß die Haltung der Majorität in der Wehrgesetzdebatte eine Heuchelei und eine Lüge sei, welche durch die früheren Aeußerungen derselben entschieden wiederlegt sei.

Zum Schlusse erwähnte ich, daß im Jahre 1813 Oesterreich auch mit Deutschland verbündet Krieg geführt habe. Damals aber sei Oesterreich ein absoluter Staat und nicht an eine parlamentarische Majorität gebunden gewesen, es konnte also eine entschiedene deutsche Politik machen, während die Politik jetzt zum größten Theil von den Slaven gemacht werde, die sich gegen das deutsche Reich feindselig stellen."

Präsident: „Sei nun dem, wie es wolle. Wie ist der Inhalt der Rede aufgefaßt worden? Insbesondere von Seite des Verbandes?"

Zeuge: „Ich hatte damals einen Katarrh und habe leise gesprochen, überdies herrschte im Hause große Unruhe. Ich glaube daher nicht, daß meine Rede in dem großen Hause auf allen Seiten gehört werden konnte. Plener hat sich zum Worte gemeldet; derselbe konnte mich nicht verstanden haben, weil er an den Landesvertheidigungs-Minister die Aufforderung richtete, er möge die Beleidigung der österreichischen Armee zurückweisen, ich aber von der Armee gar nicht gesprochen habe.

Auf das hin hat der Landesvertheidigungs-Minister eine scharfe, geharnischte Erklärung gegen meine Rede losgelassen, in der er sich gegen allerlei Dinge verwahrte, die ich gar nicht vorgebracht habe.

Jaworski, Liechtenstein und die anderen Clubobmänner nahmen in der gleichen Weise gegen mich Stellung und gaben ihre Erklärungen ab. Die Rieger's war etwas reservirter. Nur der Obmann des Jungczechenclubs hat gegen meine Erklärung nicht das mindeste vorgebracht."

Präsident: „Ich habe Sie bereits aufmerksam gemacht darzulegen, was für eine Wirkung die Rede in ihrem Verbande gemacht hat."

Zeuge: „Da muß ich bemerken, daß mein Verband gar nicht davon unterrichtet war, daß ich die Rede halten werde."

Präsident: „Nachdem Sie aber doch die Rede gehalten haben, was ist da geschehen?"

Zeuge: „Die Clubobmänner haben alle so gesprochen, als wenn ich den österreichischen Staat in Brand gesteckt hätte. Zu meinem größten Erstaunen hörte ich, nachdem alle Clubobmänner gegen mich Stellung genommen hatten, daß der Präsident Fiegl das Wort ertheilte. Ich war sehr erstaunt, was er sprechen werde. Er gab ebenfalls eine Erklärung ab, in der er sich auf den Patriotismus bezog, und sagte, er habe im Jahre 1866 dem Staate treue Dienste geleistet. Er hat sich von mir gänzlich losgesagt; er hat sich nicht nur nicht mit mir einverstanden erklärt, er hat mich nicht nur gleichsam verlassen, sondern mich in seiner Rede ebenfalls sowie die Anderen bekämpft."

Präsident: „Was war die Folge davon?"

Zeuge: „Die Folge davon war, daß ich zu ihm von meinem Abgeordnetensitze aus sagte: „Mit dieser Deiner Erklärung hast Du jedes Band, das zwischen mir und Dir bestanden hat, abgeschnitten."

Eine Weile darauf kam Fiegl zu mir und ersuchte mich, eine Verbandsberathung zu veranlassen, weil ich damals Obmann des Verbandes war. Ich habe sofort die anderen Mitglieder verständigt, und wir haben uns darauf ins Berathungszimmer zurückgezogen, um zu berathen, was der Club in der gegenwärtigen Situation thun solle.

Abgeordneter Kaiser faßte eine Erklärung ab und ersuchte, alle Mitglieder des Verbandes mögen derselben beitreten. Ich erklärte gar nichts zu unterschreiben.

Ursin, der alte liebenswürdige Herr, sagte zu mir: „Du wirst um unserer Liebe und Freundschaft willen auch etwas ablassen von deinem Standpunkte."

*

Ich erwiderte: „So lieb mir auch Euere Freundschaft ist, nicht einen Deut, nicht ein Jota lasse ich von meiner Ueberzeugung ab. Wir sind resultatlos auseinandergegangen, ich kehrte auf meinen Abgeordnetensitz zurück und wohnte der Sitzung weiter bei. Da kam Fiegl zu mir und bat mich in den freundlichsten, ich möchte sagen innigsten Ausdrücken:

„Kaiser und ich haben die Erklärung umgeschrieben und modificirt, und bitte ich Dich, um die Sache zu ebnen, Deine Unterschrift herzugeben."

Ich erklärte nicht zu unterschreiben."

Präsident: „Was war der Inhalt dieser Erklärung?"

Zeuge: „Ich habe ihn gar nicht gelesen. — Später kam Fiegl noch einmal zu mir und sagte: „Du sollst ja die Erklärung nicht in dem Sinne unterschreiben, daß Du ihr zustimmst, sondern gleichsam zum Beweise dafür, daß sie unter Deinem Vorsitze von der Mehrzahl der Mitglieder unterschrieben wurde."

Ich bin mit Fiegl hinausgegangen, habe die Erklärung gelesen und gesehen, daß sie darauf hinauslief, der Verband gebe mir Recht und auch Fiegl Recht.

Um die Sache zu applaniren, habe ich meine Unterschrift gegeben, aber nur in dem Sinne, wie Fiegl mich ersucht hatte.

Ohne daß ich befragt wurde, erschien diese Erklärung im Abendblatte des „Deutschen Volksblattes." Man hatte nicht einmal bis zum nächsten Tage gewartet, obwohl Veröffentlichungen nur mit meiner als damaligen Obmannes Zustimmung erfolgen sollten. Ich war da als fünfter oder sechster unterschrieben, als ob die Erklärung mit meiner Zustimmung ausgestellt worden wäre. Ich war darüber ganz consternirt."

(Es wird hierauf die Erklärung des Verbandes aus der betreffenden Nummer des „Deutschen Volksblattes" verlesen.)

Zeuge: „Ich mache darauf aufmerksam, daß ich hier als vor- oder drittletzter in alphabetischer Folge unterschrieben bin, während ich auf dem Schriftstücke als Obmann meine Unterschrift gegeben habe."

Präsident: „War der damalige Abgeordnete Professor Fiegl ein treuer und verläßlicher Genosse?"

Zeuge: „Nein, das war er damals schon nicht. Ich bitte mir zu gestatten, diesfalls einige Erläuterungen zu geben.

Ich habe einmal in der Nähe des Abgeordnetenhauses mit ihm gesprochen und ihm mitgetheilt, daß ich einen Antrag einzubringen gedenke, dahin gehend, daß den Juden der Ankauf von Grundbesitz gesetzlich nicht mehr gestattet werden soll. Er erklärte ganz entschieden, daß er einen solchen Antrag weder billigen, noch unterstützen könne, weil er den Wählern in Baden das Versprechen gegeben hätte, im Abgeordnetenhause nichts gegen die staatsgrundgesetzliche Stellung der Juden zu unternehmen — das deckt sich mit unserem Programme nicht."

Präsident: „Ist es jedem Mitgliede freigestanden, seine Ansicht im Club bekannt zu geben, rücksichtlich einen Antrag zu stellen, der im Reichsrathe durchgebracht werden sollte, und über den dann debattirt wurde?"

Zeuge: „Ja."

Präsident: „Und war dann jedes Mitglied verpflichtet, dem Antrage, den einer der „Genossen" — wie Sie sagen — stellte, beizustimmen?"

Zeuge: „Das nicht. — Aber indem Fiegl erklärte, sich auf den Standpunkt der staatsrechtlichen Gleichberechtigung der Juden zu stellen, hat er sich von unserem Standpunkt getrennt."

Präsident: „Es treten ja oft an einen Genossenschaftsverein, an eine Verbandstelle Fragen heran, bei denen man in Vorhinein nicht wissen kann, welche Stellung die einzelnen Mitglieder zu denselben einnehmen werden.

Kann sich denn da überhaupt ein Mitglied in Vorhinein binden?"

Zeuge: „Fiegl hat sich selbst gebunden, indem er unserem Verbande beigetreten ist; unsere Auffassung war immer die, daß ohne staatsrechtliche Einschränkung der Rechte der Juden die Wahrung der Interessen der christlichen Bevölkerung, insbesondere der arbeitenden Classe, nicht möglich ist."

Präsident: Wie Sie wissen werden, ändern sich Vereine sehr oft im Laufe der Zeit. Finden Sie denn das gewissermaßen ehrlos, wenn ein oder das andere Mitglied nicht im Ganzen und Großen in allem bejahend eintritt, was im Verbande angeregt wird?"

Zeuge: „Ehrlos im bürgerlichen Sinne mag das allerdings nicht sein; aber, wenn ein Politiker in einer so wesentlichen Richtung nicht Stand hält, so ist das politisch unehrlich."

Präsident: „Um auf die Wehrgesetzbebatte zurückzukommen, — Herr Professor Fiegl behauptet, daß, wenn er seine Erklärung abgegeben hat, er dies wesentlich zu dem Ende that, um den Verband nach außen hin zu schützen, weil man sich gewissermaßen darauf hätte stützen können, daß Worte, die vielleicht als unpatriotisch aufgefaßt werden könnten, seitens eines Verbandmitgliedes gefallen sind. Er habe also im Interesse des Verbandes gesprochen."

Zeuge: „Meine Rede wurde nicht als unpatriotisch aufgefaßt, zumal von meinen Gesinnungsgenossen. Durch die Rede Fiegl's wurde daher unser Verband herabgesetzt und auf das empfindlichste geschädigt.

Ich verweise nur auf die höhnischen Aeußerungen der Presse."

Präsident: „Daß Ihre Rede so aufgefaßt wurde, geht daraus hervor, daß, bevor Prof. Fiegl über diese Rede gesprochen hat, in den nach einander abgegebenen Erklärungen der Clubobmänner sich diese Auffassung zeigte."

Zeuge: „Die andern waren politische Gegner, man muß daher im Auge behalten, daß dieselben von ihrer Parteiansicht, von ihrer politischen Meinung ausgingen; ganz anders aber ist es, wenn der eigene Parteigenosse jemandem entgegentritt. Da mußte man meinen, Türk müsse Gesetz und alles vergessen haben, wenn der eigene Parteigenosse ihn nicht schützt, sondern gegen ihn Stellung nimmt."

Präsident: „Wurde hierauf noch eine Sitzung veranlaßt?"

Zeuge: „Nein, es fand keine Clubsitzung mehr statt. Abends sind wir dann in der Ansbacher Bierhalle zusammengekommen. Da hat mich Fiegl noch einmal ersucht, ihm nichts nachzutragen. Ich erwiderte: „Persönlich bin ich nicht gehässig, politisch bleibe ich auf meinen Standpunkte. Persönlich will ich nichts nachtragen und so harmoniren wir wie bisher."

Von Seite des Verbandes ist in dieser Richtung nichts weiter beschlossen worden.

Von Seite des deutschnationalen Vereines ist hingegen gegen Fiegl Stellung genommen worden, sogar ohne meine Kenntnis."

Präsident: „Und noch seitens eines andern Vereines?"

Zeuge: Ja ich glaube im deutschen Bezirksvereine im VI. Bezirke aber auch ohne mein Wissen oder Dazuthun. Ich habe es erst aus den Zeitungen erfahren."

Präsident: „Hat sich Dr. Pattai in die Wehrgesetzdebatte eingemengt?"

Zeuge: „Ja, es ist mir bekannt. Ich habe während der Parlamentsferien von Schönerer aus Rosenau das Stenogramm einer Rede zugeschickt bekommen, welche Dr. Partei im Dreher-Saale auf der Landstraße gehalten hat. Schönerer schrieb mir: „Ich schicke Ihnen dieses Stenogramm damit Sie sehen, wie denunciatorisch sich Pattai bei Dreher gegen unsere Partei ausgesprochen hatt." Ich habe die Rede durchgelesen und in der That gesehen, daß Dr. Pattai in einer Weise gegen uns und unsere Partei losgeschlagen hat, die ich nicht als loyal auffassen kann."

Präsident: „Hat Dr. Pattai sich dahin ausgesprochen, daß der Verband hochverrätherisch vorgehe?"

Zeuge: „Das kann ich nicht sagen, aber jedenfalls bezeichnete er unsere Partei als illoyal, als Feinde der österreichischen Monarchie u. dgl."

Präsident: „Hat sich vielleicht Fiegl geäußert, daß die Partei demonstrativ vorgehe und Hochverrath treibe?"

Zeuge: „Davon habe ich nichts gehört; wie käme er auch dazu, uns Hochverrath vorzuwerfen, wenn er ganz und gar keinen Anhaltspunkt dafür hat?"

Präsident: „Hat sich Professor Fiegl später an Pattai angeschlossen?"

Zeuge: „Ja wohl. Es hat seit der Verurtheilung Schönerer's in der Haltung des Abgeordneten Fiegl eine vollkommene Schwenkung stattgefunden. Zuerst hat sich Fiegl, der immer politisch wenig selbstständig dagestanden ist — ich glaube, damit keine Unwahrheit oder Beleidigung auszusprechen — an Dr. Lueger angeschlossen. Dieser erklärte im Gemeinderathe, er werde Fiegl schützen, gegen alle Angriffe schützen, die gegen ihn und seine Existenz gerichtet seien, obwohl er kein Antisemit sei, nicht wegen der antisemitischen Gesinnung, gegen die sich Dr. Lueger zu jener Zeit verwahrte. Lueger hat doch bis in die letzte Zeit hinein geleugnet, Antisemit zu sein.

Ich habe es mit Schmerz und aufrichtigem Bedauern gesehen, wie sich Fiegl immer mehr von mir abgewendet und sich Dr. Lueger in die Arme geworfen hat. Das war eine Verleugnung des nationalen Standpunktes, ein Anschluß an die clericalisirende Richtung.

Später hat sich Fiegl von Lueger abgewendet und sich mehr an Dr. Pattai und den gesinnungsverwandten P. Eichhorn angeschlossen."

Präsident: „Vor oder nach der Auflösung des Verbandes?"

Zeuge: „Genau kann ich es nicht aussprechen, ob es vor oder nach der Auflösung des Verbandes gewesen ist; aber jedenfalls hat er sich geäußert, als der Verband noch aufrecht bestand, nämlich sofort nach der Verurtheilung Schönerer's

Präsident: „Ist Fiegl aus dem Verbande ausgeschlossen worden oder ist er ausgetreten?"

Zeuge: „Das ist eine Sache die mit 2 Worten nicht gesagt werden kann. Ich war bestrebt den Verband zusammenzuhalten, weil er unsere einzige parlamentarische Arbeitsstätte war und weil ich andererseits hoffte, Fiegl doch noch für unsere Sache zurückzugewinnen und ihm eine bessere Ueberzeugung beizubringen. Als ich jedoch sah, daß das vergeblich sein würde, trug ich selbst Sorge, daß er aus dem Verbande austrete, und glaubte, die anderen Mitglieder dadurch zusammenzuhalten. Da schrieb mir Fiegl aus Meran einen langen Brief, worin er sich verwahrte auszutreten und sein Benehmen in irgend einer Weise zu rechtfertigen suchte. Ich schrieb dann an die anderen Herren des Verbandes und ersuchte sie den Austritt Fiegl's zu votiren."

Präsident: „Und wurde Fiegl ausgeschlossen?"

Zeuge: „Die Mitglieder des Verbandes erklärten, daß sie die Ausschließung nicht billigen."

Präsident: „Was ist dann herausgekommen?"

Zeuge: „Die anderen Mitglieder erklärten, sie treten aus."

Präsident: „Warum sind die andern ausgetreten?"

Zeuge: „Weil sie den Abgeodneten Fiegl nicht ausschließen und vielleicht doch nicht mehr mit ihm in einem Verbande beisammen bleiben wollten."

Präsident: „Hat dann der Verein weiter bestanden?"

Zeuge: „Dann bin ich auch ausgetreten. — Wenn niemand mehr da ist . . . ."

Präsident: „Und Schönerer?"

Zeuge: „Der hatte ja das Mandat verloren."

Präsident: Ist nicht ein Grund der Animosität gegen Fiegl besonders der Umstand gewesen, daß er bei der Enthaftung Schönerer's aus der Freiheitsstrafe sich nicht beim Landesgerichte eingefunden hat?"

Zeuge: „Das war nicht die Veranlassung."

Präsident: „Ist ihm das nicht übel genommen worden?"

Zeuge: „Nun, erfreut war Schönerer nicht darüber. Er hat uns einen Zettel durch seine Frau zukommen lassen, worin er die freundschaftliche Bitte an uns richtete, ihn, wenn er den Kerker verlasse, abzuholen. Er hat Demonstrationen und Unannehmlichkeiten befürchtet. Ich und Vergani sind erschienen, Ursin, Fürnkranz, Kaiser und Fiegl jedoch nicht.

Wir hatten vorher eine Clubsitzung, in der ich den Zettel Schönerer's mit seiner so innigen Bitte verlesen habe.

Sofort erklärten die Andern, daß sie eine Abholung Schönerer's aus dem Landesgerichte nicht billigen."

Präsident: „Und finden Sie darin eine Treulosigkeit?"

Zeuge: „Das nicht, wohl aber eine Verletzung der Freundschaft, die man in solchen Situationen schuldig ist."

Präsident: „Nun, es könnte das auch ein Zeichen der Klugheit und sogar eine Pflicht gegenüber dem Verbande sein. Stellen Sie sich vor, Sie wissen ganz gut, welches Aufsehen die Verurtheilung Schönerer's veranlaßt hatte. Nun wird er auf freien Fuß gestellt. Es ist vorauszusehen, daß sich ein großes Publicum in der Nähe des Landesgerichtes ansammeln würde. Wenn nun seine Gesinnungsgenossen, die doch alle allgemein bekannt waren, ihn abholen würden, meinen Sie da nicht, es könnte der Eine oder der Andere geschlossen haben, Gott weiß, was daraus entstehen könnte, was für ein Spektakel?"

Zeuge: „Das kann ich nicht beurtheilen. — Jedenfalls war es zum mindesten unzart und eine Verletzung der Freundschaft."

Privatkläger Fiegl (zum Zeugen): „Wissen Sie, daß Vorausbesprechungen im Verbande der Deutschnationalen nimmer üblich waren, daß nur bei der Wehrgesetzdebatte eine Ausnahme davon gemacht wurde. Können Sie sich erinnern, daß bei der ersten Debatte über das Wehrgesetz, nämlich im Monate December, eine wiederholte Verbandsitzung vorausgegangen ist, wo uns eine Art Erklärung Schönerer's vorgelegen ist, die der Verband abgeben sollte, daß darüber eine Debatte stattgefunden hat, daß aber nicht die Erklärung Schönerer's, sondern eine andere abgegeben wurde?"

Zeuge: „Ich habe das schon in meiner Aussage beantwortet. Ich habe gesagt, — ich glaube, deutlich genug gesprochen zu haben — daß eine Erklärung vereinbart wurde, dahin gehend, daß wir uns für die Ablehnung des Wehrgesetzes aussprechen."

Fiegl: „Wer war der Antragsteller?"

Zeuge: „Das weiß ich nicht mehr."

Fiegl: „Nun, dann muß ich es Ihnen sagen. Ich war der Antragsteller. Diese Erklärung ist einstimmig angenommen und abgegeben worden.

Ist der zweiten Erklärung auch eine Berathung vorausgegangen?"

Zeuge: „Ich bitte, ich habe keine Erklärung abgegeben."

Fiegl: „Aber die Rede enthält einen sehr wichtigen Passus, die auswärtigen Beziehungen Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche betreffend — das wollte ich deutlich constatirt haben.

Ich habe noch eine zweite Frage zu stellen:

Ist Ihnen bekannt, daß die Erklärung des deutschnationalen Verbandes, die im „Deutschen Volksblatte" erschien, einstimmig abgegeben wurde?"

Zeuge: „Ich habe das Schriftstück kurz durchflogen, ich war sehr nervös und konnte die Sache gar nicht fassen.

Ich war sehr aufgeregt und kann mich an die damaligen Vorgänge nicht genau erinnern."

Fiegl: „Aber ich erinnere mich genau — habe ich mich in der Wehrgesetzdebatte nicht bemüht, den Zwiespalt auszugleichen?"

Zeuge: „Ja, jedenfalls aber in einer Weise, die compromittirend war für den Verband. Ich habe gesprochen als Abgeordneter . . ."

Präsident: „Sie haben nicht nöthig, sich hier zu vertheidigen."

Zeuge: „Aber sein Vorgehen hat mich compromittirt."

Fiegl: „Sie sagten, bezüglich der staatsrechtlichen Stellung der Juden hatte ich einmal die Meinung ausgesprochen, ich könne einem Antrage nicht zustimmen, der den Juden den Erwerb von Grundbesitz verbietet.

Können Sie sich erinnern, daß ich in der Wählerversammlung in Baden gesagt habe, zuerst müssen die anderen Gesetze entsprechend verschärft werden; wenn das nichts nütze, dann erst müsse man zu Ausnahmsmaßregeln greifen."

Zeuge: „Ich kann mich genau erinnern. Sie billigten den Antrag nicht, weil Sie vor Ihrer Wahl den Badnern das Versprechen gegeben haben, nichts gegen die Gleichberechtigung der Juden zu unternehmen."

Fiegl: „Gibt es im Linzer Programm einen Passus über die Judenfrage?"

Zeuge: „Ja, jedenfalls ist er im allgemeinen darin enthalten?"

Dr. Pattai: „Hier haben Sie das Linzer Programm, ich bitte, mir den Passus zu zeigen."

Zeuge: „Ein eigentlicher Passus ist nicht darin enthalten, aber unser deutschnationales Programm beschäftigt sich mit der Judenfrage."

Fiegl: „Ich bin auch Antisemit. Hatten die Deutschnationalen ein bestimmtes politisches Programm, mit dem ich in Widerspruch gekommen wäre, wenn ich gesagt hätte, ich stimme mit diesem Antrage nicht überein?"

Zeuge: „Es war eine interne Ueberzeugungssache, daß wir stets angestrebt haben, die staatsrechtliche Gleichberechtigung der Juden aufzuheben."

Fiegl: „Glauben Sie, daß der Antrag angenommen worden wäre?"

Zeuge: „Das ist Nebensache, wir haben schon viele Anträge eingebracht, die nicht angenommen wurden."

Fiegl: „Ist Ihnen etwas über das Duell Lueger-Wrabetz bekannt?

Zeuge: „Darüber ist mir wenig bekannt."

Fiegl: „Wissen Sie, daß mich Lueger wegen dieser Duellaffaire in Schutz nahm, indem ich — wie es in den Zeitungen fälschlich dargestellt wurde, als sein Secundant eine Rolle gespielt haben soll?

Wissen Sie, daß ich deshalb in Disciplinaruntersuchung gezogen wurde, daß ich lange Zeit im Gemeinderathe, in den Kanzleien herumgezogen wurde?"

Zeuge: „Das scheint mir erinnerlich zu sein."

Dr. v. Berger (zum Zeugen): „Im Laufe des Jahres 1888 hat im Abgeordnetenhause die Debatte über das Branntweinsteuergesetz stattgefunden, erinnern Sie sich daran?"

Zeuge: „Ja wohl."

Dr. v. Berger: „Dieses Gesetz enthielt im § 2 eine Bestimmung, die den Staat mit zwanzig Millionen belastete. (Verliest selbe.) Wie hat sich da Fiegl gehalten und welche Haltung hätte er im Sinne des Clubprogrammes einnehmen sollen?"

Zeuge: „Wir hatten keine Clubsitzung abgehalten, aber es war ausgemacht, daß wir gegen diesen Absatz stimmen. Durch denselben wurde den galizischen Grundbesitzern eine Entschädigung von einer Million durch 20 Jahre ausgesprochen; es war daher selbstverständlich, daß wir gegen diesen Paragraphen stimmen mußten.

Derselbe war außerordentlich wichtig, weil er die Compensation bewilligte, für welche die Polen dem Gesetze ihre Zustimmung geben. Ohne Bewilligung dieses Paragraphen wäre das Branntweinsteuergesetz verworfen und damit das Regierungssystem wahrscheinlich gestürzt worden. Es wäre eine Umwälzung der ganzen politischen Situation eingetreten.

Fürnkranz war anwesend, Vergani war abwesend. Schönerer war zwar schon verurtheilt, hat aber das Mandat noch gehabt, weil er gegen die Verurtheilung den Recurs ergriffen hatte. Er war in der Sitzung anwesend, ebenso Fiegl und ich.

Während der Sitzung kam Fürst Liechtenstein, mit dem ich früher nie gesprochen hatte, im Nebenzimmer zu mir und stellte das Ansinnen an mich, wenn ich nicht für § 2 stimmen kann, mich wenigstens zu absentiren, zwei oder drei Stimmen könnten ausschlaggebend sein. „Könnten Sie sich nicht absentiren — sagte er — „damit § 2 nicht zum Falle kömmt und das System Taaffe nicht gestürzt werde, welches auch Ihnen lieber sein muß, als ein System Plener-Chlumetzki?" Ich lehnte dies ab, indem ich bemerkte, es sei meine Pflicht gegen den Antrag zu stimmen.

Präsident: „Hat Fiegl mitgestimmt?"

Zeuge: „Nein, er hat sich vor der Abstimmung entfernt."

Dr. v. Berger: „Was er, wie ich glaube, dadurch rechtfertigte, daß er ein Rendezvous gehabt habe."

Zeuge: „Ja. Nachträglich hat er zu mir gesagt: Ich habe ein Rendezvous gehabt in Baden mit meiner Geliebten."

Dr. Pattai (heftig): „Nein. — Er hat damals seine Verlobung gehabt."

Professor Fiegl (springt erregt auf): „Das ist nicht wahr."

Zeuge (erregt): „Ich halte meine Worte aufrecht."

Dr. v. Berger: „Sie sprechen ja unter Ihrem Zeugeneide, Sie wissen . . . ."

Präsident ersucht um Mäßigung.

Fiegl (in höchster Erregung): „Es ist eine Frau beleidigt worden, diese Frau war nicht meine Geliebte, sondern meine Braut."

Präsident: „Ich bitte Sie, sich ruhig zu verhalten, sonst lasse ich Sie abtreten.“

Dr. v. Berger: „Ist Fiegl im Verkehre mit dem Fürsten Liechtenstein gestanden?“

Zeuge: „Ja, im Laufe des Schulantrages brüstete er sich förmlich mit seiner intimen Vertraulichkeit zu dem Fürsten Liechtenstein.“

Dr. v. Berger: „Welche Stellung hat der deutschnationale Verband dem Schulantrage gegenüber eingenommen?“

Zeuge: „Der Verband hat den Beschluß gefaßt, den Liechtenstein'schen Schulantrag gleich bei der ersten Lesung zurückzuweisen, da er nicht discussionsfähig, nicht verbesserungsfähig sei und in jeder Weise bekämpft werden müsse.“

Dr. v. Berger: „Welche Stellung hat Fiegl bei einer Versammlung im Sofiensaale diesem Antrage gegenüber eingenommen?“

Zeuge: „Schönerer hatte eine Erklärung drucken lassen, die uns zugestellt wurde.

In einer Sitzung des deutschnationalen Vereines stellte Fiegl Abänderungsanträge, die ich wörtlich nicht wiedergeben kann, aber jedenfalls darauf hinausliefen, die Erklärung abzuschwächen.

Ob etwas abgeschwächt worden ist, weiß ich nicht. Die Erklärung hat Fiegl öffentlich zur Verlesung gebracht.“

Dr. v. Berger: „Und doch ist Fiegl in dieser Frage später offenbar sehr schwankend geworden?“

Zeuge: „Jawohl, sehr schwankend. Ich habe es selbst, ich muß es bemerken, zu meinem größten Bedauern gesehen. Wir haben wiederholt darüber debattirt. Ich sagte zu ihm: „Lieber Freund, Du kannst den von Dir vertretenen Städtebezirk nicht so compromittiren; wenn Du dem Ausdruck geben willst, daß der Antrag berathen werden soll, so gibst Du damit auch dem Ausdruck, daß Du dem Antrage sympathisch gegenüber stehst.“ Ich habe meinem größten Bedauern Ausdruck gegeben, weil ich in der Annäherung an die Clericalen den Untergang der Partei sah.“

Dr. v. Berger: „Sie haben sich früher bezüglich der Sprengung des Clubverbandes ungenau ausgedrückt. Nach einer Notiz in den „U. D. W.“ vom 4. Oktober 1889 haben Sie ein Schreiben an denselben gerichtet, in welchem Sie erklärten, dass Sie, wenn Fiegl bis Ende Oktober nicht ausgetreten ist, selbst austreten.“

Zeuge: „Ja.“

Dr. v. Berger: „Und darauf haben Sie am 3. November die Erklärung abgeben, daß Sie austreten?“

Zeuge: „Ja.“

Dr. v. Berger: „Dann folgten die übrigen außer Fiegl. In dieser Weise also erfolgte die Auflösung des Verbandes.

Was ist Ihnen bezüglich der Vorgänge bei der Enthaftung Schönerer's bekannt? um welche Stunde erfolgte dieselbe?

Zeuge: „Um 1/2 6 oder 6 Uhr früh.“

Dr. v. Berger: „Wann, dachte man, werde Schönerer auf freien Fuß gesetzt werden?"

Zeuge: „Ich glaube, es hieß um 10 Uhr."

Dr. v. Berger: „Sind Sie gebeten worden, vor dem Strafgerichte zu warten, oder in das Gefangenhaus zu kommen?"

Zeuge: „Wir wurden in die Kanzlei gebeten."

Dr. v. Berger: „Glauben Sie nicht, daß Schönerer fürchten mußte, wenn wieder solche Kundgebungen vorkommen sollten, wie bei seiner Einkerkerung, er ohne Schutz dastehen würde?"

Zeuge: „Ja gewiss."

Dr. v. Berger: „Glauben Sie also, daß wol das sowie sein begreiflicher und berechtigter Wunsch, daß seine Verbandsgenossen gewissermaßen ostentativ ihn als ihren Führer begrüßen und nicht persönliche Eitelkeit die Beweggründe waren, die ihn leiteten?"

Zeuge: „Es ist begreiflich, daß ein großer Parteigänger, der wegen eines Verbrechens verurtheilt wurde, es gleichsam darthun will, daß seine Gesinnungsgenossen, die mit ihm zusammen gewirkt haben, ihm als Führer treu geblieben sind, indem sie ihrer freundschaftlichen Gesinnung dadurch Ausdruck geben, daß sie ihn aus dem Kerker begleiten. Das mag einerseits für Schönerer Grund zu dem Wunsche gewesen sein, daß wir ihn abholen sollten; andererseits aber auch, daß die Abgeordneten bei eventuellen Ausschreitungen durch ihre Autorität einwirken würden."

Dr. v. Berger: „Sie haben Schönerer's Wunsch und Bitte Ihren Collegen allseitig bekannt gegeben?"

Zeuge: „Ja, und ich habe es als selbstverständlich angesehen, dass diese Bitte erfüllt werde. Ich war auf das tiefste empört und auf das schmerzlichste berührt, daß sie in Vorhinein abgelehnt wurde."

Dr. v. Berger: „Sind Sie der Ansicht, daß diejenigen, die Schönerer's Wunsch entsprochen hätten, sich bezüglich ihrer Stellung irgendwelchen Gefahren oder Zurücksetzungen ausgesetzt hätten?"

Zeuge: „Das glaube ich nicht. Fiegl ist Professor. Wenn er so furchtsam gewesen wäre, so konnte er sich am politischen Leben überhaupt nicht betheiligen."

Präsident: „Ich muß auf eine Frage zurückkommen. Prof. Fiegl hat gesagt, er habe seine Verlobung in Baden gefeiert. Ich muß Sie fragen, ob Sie sich erinnern, daß er sagte: „Ich habe ein Rendezvous gehabt mit meiner Geliebten."

Zeuge: „Von einer Verlobung war mir nichts bekannt. Wir haben zwar öfters von dem Verhältnisse gesprochen. Ich erinnere mich nicht genau, ob er sagte er habe ein Rendezvous gehabt mit seiner Braut, oder ob er sagte, mit seiner Geliebten."

Präsident: „Fiegl dürfte als gebildeter Mann den Ausdruck (Geliebte) auch nicht gebraucht haben."

Zeuge: „Dann wars anders. Ich habe gesagt, daß er sich entfernte, ohne zu sagen, wohin; nachträglich sagte er, er habe ein Rendezvous gehabt in Baden."

Dr. v. Berger: „Sie wollten übrigens gar nichts anderes ausdrücken, als daß das Verhältnis ein durchaus anständiges gewesen ist?"

Zeuge: „Selbstverständlich."

Dr. Pattai: „An die Frage des Vertheidigers anknüpfend, bitte ich Sie, mir zu sagen, ob Sie nicht dieselbe Ausdrucksweise im December 1889 gebraucht haben, die damals Fiegl öffentlich berichtigte?"

Zeuge kann sich nicht erinnern.

Ueber Ersuchen des **Dr. Pattai** wird hierauf eine Nummer des „Vaterland" vom 15. December 1889 verlesen, in der Fiegl die von Türk in einer Versammlung in Favoriten gemachte Aeußerung, er (Fiegl) habe seine Abwesenheit bei der Abstimmung nachträglich damit begründet, daß er am Tage der Abstimmung ein Rendezvous in Baden gehabt habe, berichtigt und erklärt, Türk habe gewußt, daß er damals seine Verlobung gefeiert habe; dann wird die Nummer des „Deutschen Volksblattes" vom 16. December 1889 verlesen mit der Erwiderung Türk's, die sich im Wesentlichen mit seinen Angaben deckt.

Zeuge (zu Dr. Pattai): „Nun, ich bitte, wo soll da etwas Unwahres sein?"

Dr. Pattai: „Daraus ergibt sich, daß Sie damals schon wußten, daß er seine Verlobung gefeiert hat.

Sie haben sich also nicht erinnern können, daß Sie damals den ganzen Aufsatz in die Zeitung gegeben haben?"

Zeuge: „Man kann sich nicht an alles erinnern."

Dr. Pattai: „Es ist schon gut. — Sie haben sich aufgehalten, daß die Erklärung des deutschnationalen Verbandes mit einer außerordentlichen Beschleunigung in das Abendblatt gekommen ist?"

Zeuge: „Ja, ohne mich zu fragen; man hat nicht einmal bis zum nächsten Morgen gewartet."

Dr. Pattai: „Nun steht sie aber im Morgenblatte und nicht im Abendblatte."

(Dr. Pattai hält dem Zeugen die betreffende Nummer des „Deutschen Volksblattes" vor.)

Dr. v. Berger: „Wesentlich ist nur, daß sie in der allernächsten Nummer erschien."

Dr. Pattai: „Das aber geben Sie zu, daß in der Erklärung gestanden ist, der Beschluß sei einstimmig gefaßt worden?"

Zeuge: „Ich wußte gar nicht genau, wie dieselbe abgefaßt war."

Dr. Pattai: „Ist Ihnen bekannt — es ist in Ihrer ganzen Aussage nicht vorgekommen, — daß Fiegl während Ihrer Rede im Saale nicht anwesend war?"

Zeuge: „Das wußte ich nicht. — Das habe ich erst nachträglich erfahren."

Fiegl: „Aber Sie müssen doch zugeben, daß ich in meiner Erklärung selbst sagte, ich sei während Ihrer Erklärung nicht anwesend gewesen?"

Dr. Pattai: „Er hat gar nicht gehört, was Sie gesagt haben, aber er hat es von sechs Clubobmännern und vom Kriegsminister gehört — was konnte er also glauben?"

Zeuge: „Ich glaube, daß er sich zuerst hätte erkundigen sollen, bevor er einen Parteigenossen angriff.“

Dr. Pattai: „Aber er hat Sie nicht angegriffen, er hat nur gesagt, er sei auch auf dem Schlachtfelde gestanden. Wenn Ihr Standpunkt richtig ist, hat Fiegl im Irrthum und übereilt gehandelt.

War er nicht bemüßigt, so zu handeln, hatte er denn etwa Zeit, eine Vorberathung eintreten zu lassen?“

Zeuge: „Gewiß. Er konnte ja später eine Erklärung abgeben — auch in einer Zeitung hätte er dieselbe abgeben können.“

Dr. Pattai: „Hat er nicht, als Sie nach ihm sprachen, hineingerufen, man soll Sie anhören? Er hat Sie geradezu beschützt!“

Zeuge (überrascht, aber mit Nachdruck): **„Er mich beschützt? Ich danke für diesen Schutz!“**

Dr. Pattai: „Nun machen Sie für sich geltend, daß Sie in Aufregung gewesen sind, Fiegl aber sollte nicht aufgeregt sein.“

Zeuge: „Es hat sich ja um meine Haut gehandelt und nicht um seine!“

Präsident: „Es hat sich um den Verband gehandelt.“

Zeuge: „Ich habe nicht im Namen des Verbandes gesprochen.“

Präsident: „Sind Sie über die Tendenz des Vereines hinausgegangen?“

Zeuge: „Nein!“

Dr. Pattai: „Nun verlangten Sie, daß Fiegl jener Aeußerung wegen aus dem Verbande ausgeschlossen werden soll.“

Zeuge: „Wenn ich den Austritt verlangte, so geschah es wegen der Unverläßlichkeit Fiegl's überhaupt.“

Dr. Pattai: „Aber Sie führen Ihr Verlangen doch zurück auf das Vorgehen Fiegl's in der Wehrgesetzdebatte, welches Sie damals doch gebilligt haben. Wer ist dann der erste ausgetreten?“

Zeuge: „Ich glaube, die anderen.“

Dr. Pattai: „Ich glaube, der erste waren Sie.“

Zeuge: „Nein. — Mittlerweile hatte Vergani seinen Austritt brieflich erklärt.“

Dr. Pattai: „Sie behaupten nun, daß Sie den Brief an den Verband geschrieben haben, damit der Verband sich einige — und dann treten Sie der erste aus.“

Zeuge: „Ich meinte, daß mich alle Mitglieder im Stiche gelassen haben.“

Dr. Pattai: „Ist es Ihnen nicht klar, daß, wenn ernste Männer, Abgeordnete, ein Schriftstück veröffentlichen, worin sie erklären, wir sind in einer Sache einig, sie sich nicht aus dem gleichen Grunde ausschließen können.

Dann sagten Sie, Fiegl habe sich in sympathischer Weise über den Liechtenstein'schen Schulantrag ausgesprochen. Ist es Ihnen denn nicht klar, daß an jeden Verband Fragen herantreten, die debattirt werden?“

Zeuge: „Da war nichts zu debattiren.“

Dr. Pattai: „Hat nicht Schönerer selbst gesagt, er habe zwei Nächte nicht geschlafen, weil er nachgedacht habe, welche Stellung er dem Schulantrage gegenüber einnehmen soll?"

Zeuge: „Sie selbst haben freilich bei Schwender eine Rede gehalten, in der Sie den Antrag unterstützt haben."

Dr. Pattai: „Das ist nicht wahr."

Präsident: „Das bezieht sich auf Dr. Pattai und nicht auf Prof. Fiegl — das geht zu weit."

Dr. Pattai: „Enthält das Linzer Progamm genaue Bestimmungen über die Judenfrage."

Zeuge: „Es ist in nationalen und wirthschaftlichen Beziehungen allgemein gehalten und wurde erst später präcisirt."

Dr. Pattai: „Im Gegentheile. In der ersten Auflage dieses Programms vom Jahre 1881 ist gar nichts über die Judenfrage enthalten; in der Verbesserung und Ergänzung 1885 ist Beseitigung des jüdischen Einflusses überhaupt aufgenommen. Die Einführung von Ausnahmsgesetzen ist aber darin nicht enthalten."

Zeuge: „In unserer Partei ist die Ansicht die, daß ohne Ausnahmsbestimmungen eine Einschränkung der Juden zum Schutze der anderen Nationen nicht möglich ist."

Dr. Pattai: „Ist Ihnen bekannt, daß ich seinerzeit eine Rede im Reformverein gehalten habe gegen Ausnahmsgesetze?"

Zeuge: „Das ist mir nicht bekannt."

Dr. Pattai: „Nun, da hört sich doch alles auf."

Als nächster Zeuge wird vernommen Med. Drd. Josef Herzog. Derselbe gibt über Befragen des Vertheidigers bekannt, Fiegl habe auf das Programm Schönerer's im Jahre 1885 candidirt. Bezüglich der Vertrauensmännerversammlung vom 15. Juni 1889 deponirt Zeuge, er sei der von Foller über ausdrücklichen Wunsch Prof. Fiegl's einberufenen Vertrauensmännersitzung zugezogen worden. Foller habe einen in scharfen, tadelnden Ausdrücken abgefaßten Beschluß vorbereitet, wo Prof. Fiegl über seine Haltung Vorwürfe gemacht wurden.

Prof. Fiegl hat einen ziemlichen Stoß Acten, Zeitschriften und anderes Material mitgehabt.

Er suchte die Sache als nicht so gefährlich darzustellen. Er habe nur im Nutzen der Partei gehandelt, er habe es mit einem Worte nicht schlecht gemeint. Er werde alles thun, um den Zwist im nationalen Lager beizulegen. Es sei nicht so arg. Die Parteigenossen seien außer Türk und Vergani mit ihm einig.

Dr. v. Berger: „Machte er nicht eine besonders bemerkenswerthe Aeußerung über die Uebereinstimmung seiner Principien zu denen der anderen Parteimitglieder?"

Zeuge: „Er sagte ausdrücklich, daß er mit den meisten seiner Parteigenossen einig sei und bemerkte dann: „Ich wünsche auch, daß es der deutsche Herrgott gebe, daß wir mit den deutschen Brüdern wieder vereinigt werden."

Dr. v. Berger: „Das hat er gesagt? Sie können das bestimmt sagen?"

Zeuge: „Ja."

Dr. v. Berger: „Später kam es zu einer Vertrauensmännerversammlung vor dem 28. December. Da soll Fiegl eine Aeußerung gemacht haben, die Ursache gewesen sein soll, daß Stöckl in der nächsten Sitzung erklärte, man möge sich mit Fiegl nicht mehr identificiren."

Zeuge: „Er sagte: „Ich werde, wenn diese Angriffe gegen mich fortgehen, eine Brochüre herausgeben, worin ich das geheime Programm der Nationalen beleuchten werde."

Sowohl Löblich als ich fragten ihn, worin dasselbe bestehe. Er gab keine Antwort."

Bezüglich der Hauptversammlung vom 2. Feber 1890 bemerkt Zeuge auf die Frage des Angeklagten, welchen Eindruck sein Benehmen als Vorsitzender auf ihn (den Zeugen) gemacht habe: Foller habe gegen Fiegl viel zu nobel gehandelt, was letzterer benützt habe, um gegen Foller zu polemisiren. Er habe zwei Stunden lang gesprochen, viele Wähler sind in Folge dessen fortgegangen.

In einer Versammlung am 28. December 1889 sprach Fiegl von einer Partei, die den Schein des Hochverraths erwecke. Auf die Frage Foller's, welche Partei er meine, entgegnete er: Das wissen Sie selbst am besten."

Fiegl: „Haben Sie sich bereit erklärt die Vertrauenskundgebung mit zu unterzeichnen?"

Zeuge: „Nein. Ich lehnte es ab, weil ich kein Wähler sei, dann verlangten Sie die Unterschrift von mir als Vertreter der deutschnationalen Studentenschaft. Ich habe jedoch nicht **unterschrieben**."

Der nächste Zeuge Florian Wurz deponirt über die Versammlung vom 14. Feber 1891. Fiegl hat von der Schmähschrift gesprochen, als jedoch Foller erwiderte, habe Fiegl zum Vorsitzenden gesagt: „Entziehe ihm das Wort."

Präsident: „Haben Sie es gehört?"

Zeuge: „Ja. Ich habe es gehört, weil ich Prof. Fiegl vis-á-vis gesessen bin."

Vorsitzender: „Wurde es begründet, warum man ihm das Wort entzog?"

Zeuge: „Nein. Auf die Anwort des Vorsitzenden, dies gehört nicht zur Tagesordnung, habe Zeuge selbst gerufen, Fiegl habe ja die Debatte eingeleitet und Foller wollte ihm nur entgegnen."

Dr. v. Berger: „Die Aeußerung Fiegl's stand auch nicht auf der Tagesordnung, aber das Zurückschießen war ihm unangenehm."

Bezüglich der Vertrauensmännerversammlung vom 15. Juni 1889 sagt Zeuge conform der Aussage Herzog aus, daß sich Fiegl zu rechtfertigen gesucht und bemerkt habe, er sei mit allen Parteigenossen einig."

Dr. v. Berger: „Ist Ihnen eine weitere Versammlung bekannt, in der sich Fiegl gegen die Deutschnationalen gestellt hat?"

Zeuge: „Ja, das war beim „Lamm", wo Fiegl sagte, unter den Verhältnissen könne er nicht mehr mit Schönerer gehen."

Foller: „Ist in der Versammlung, wo ich als Oppositioneller in den Ausschuß gewählt wurde und wo auch der Herr Zeuge über

meinen Antrag in den Ausschuß gewählt wurde, ist da die Tagesordnung eingehalten worden?"

Präsident: „Das geht uns heute nichts an, Professor Fiegl war ja nicht dabei?"

Angeklagter: „Er war auch dabei, nur hat er nicht gesprochen."

Zeuge: „Nein. Pammer hatte seine Stelle niedergelegt und eine Neuwahl des Obmannes ausgeschrieben, erklärte aber dann in der Versammlung, er behalte die Stelle wieder."

Es folgt nun die Vernehmung des Zeugen **Josef Härdtl.** Derselbe gibt über Befragen des Vorsitzenden an, Mitglied des deutschnationalen Vereines und Schriftführer desselben zu der Zeit gewesen zu sein, als Fiegl die Obmannsstelle im Vereine bekleidete."

Präsident: „Ist nicht in diesem Vereine der Antrag gestellt worden, es möge Professor Fiegl das Mißtrauensvotum ertheilt werden?"

Zeuge: „Da muß ich bemerken, daß ich zu der Zeit nicht mehr im Ausschusse, daher auch nicht eingeweiht war, ob eine Mißbilligung im Zuge war."

Präsident: „Ist Ihnen bekannt, welchem Vereine Professor Fiegl angehörte?"

Zeuge: „Er war Mitglied des deutschnationalen Vereines, dann weiter Obmann des Vereines in Mariahilf, der gegen Pattai aufgetreten ist. Es wurde sehr lebhaft und mit ziemlicher Rücksichtslosigeit um die Herrschaft in Mariahilf gekämpft. Professor Fiegl hat mich — nebenbei bemerkt — in seiner Wohnung ersucht, die Schriftführerstelle in diesem Vereine anzunehmen."

Präsident: „Hat nicht Dr. Pattai im Jahre 1889 eine Rede gehalten, in der er sich gegen die deutschnationale Partei ausgelassen hat?"

Zeuge: „Ja. Einige Tage darauf traf ich Professor Fiegl auf der Tramway. Ich bemerkte zu ihm: „Was sagen Sie zu der Rede des Dr. Pattai?"

Ich war riesig befremdet und niedergedrückt darüber, daß Dr. Pattai einer solchen That fähig war.

Zu meiner Ueberraschung antwortete mir Professor Fiegl, Pattai habe ganz recht, nur sei sein Auftreten verspätet, es hätte sich schon lange gehört.

Bei der Hamerlingfeier im Sofiensaale kam ich mit Türk zusammen und machte ihm Mittheilung von dem Gespräche mit Fiegl. Türk muß hierauf mit Fiegl Rücksprache genommen haben, da ich von letzteren ein ziemlich rücksichtsloses Schreiben erhielt, das ich an Schönerer schickte, den ich zugleich fragte, in welcher Weise ich vorgehen soll."

Präsident: „Sagten Sie, Pattai habe in seiner Rede die Deutschnationalen als hochverrätherisch bezeichnet oder sie gewissermaßen des Unpatriotismus beschuldigt?"

Zeuge: „Wir haben nicht so viel gesprochen. Professor Fiegl ist bald darauf beim Wiedener Theater abgestiegen."

Fiegl (zum Zeugen): „Um das letztere Factum klarzustellen — an den Brief erinnere ich mich genau. Kaiser war es, der mir die Mittheilung gemacht hat, in Folge der ich Ihnen das Briefchen geschrieben. Es war etwas ironisch abgefaßt. Ich sagte darin ungefähr: „Ich danke schön, daß Sie Privatgespräche weiter verbreiten. Nächstens werde ich Ihnen wieder Mittheilungen machen, damit sie an die große Glocke gehängt werden."

Zeuge erwähnt weiter, Prof. Fiegl habe sich in einer Versammlung im „Academischen Hof" geäußert, man müsse alle Hebel in Bewegung setzen, dass das Lueger-Programm das Programm des politischen Bezirksvereins werde.

Prof. Fiegl habe in seiner Wohnung dem Zeugen gegenüber wiederholt sich in scharfen Ausdrücken gegen die Anhänger Pattai's im politischen Bezirksverein ausgesprochen.

Dr. v. Berger: „Ich erlaube mir eine Frage zu stellen an Professor Fiegl —

(Zu Fiegl): „Geben Sie zu, mit Herrn Härdtl über die Rede des Dr. Pattai auf der Tramway auf der Strecke von der Oper durch die Magdalenenstraße gesprochen zu haben?"

Fiegl wendet sich an den Präsidenten, den er fragt, ob er antworten müsse. Dieser macht ihm auf seine Zeugenpflicht aufmerksam.

Auf die weitere Frage des Vertheidigers: „Härdtl fragte Sie da: „Was sagen Sie zu der Rede des Dr. Pattai?" . . . . erwidert

Fiegl: „Ich kann mich nur erinnern, daß ich ihm antwortete daß Dr. Pattai die Rede schon früher hätte halten sollen, zum Zeichen, daß ich mit derselben einverstanden war."

Dr. v. Berger: „Hatten Sie Kenntnis von dem Inhalte dieser Rede oder doch wenigstens von den Zeitungsberichten über dieselbe?"

Fiegl: „Ich glaube, dass eine gleiche Auffassung in den Zeitungen verschiedener Richtung nicht stattfand."

Dr. v. Berger: „Die Auffassung aller Zeitungen war in diesem Falle übereinstimmend, nämlich die, dass durch die Rede Dr. Pattai seine früheren Parteigenossen von sich abgeschüttelt hat."

Fiegl: „Meiner Ansicht nach sei die Klärungsrede gegen Heißsporne der Partei, die sich zu weit hinreißen lassen, gerichtet gewesen. Dr. Pattai habe sich in derselben nur gegen Demonstrationen verwahrt, nicht aber die Deutschnationalen als Hochverräther bezeichnet."

Der nächste Zeuge Friedrich Löblich deponirt zunächst über die Versammlung vom 14. Februar 1891: „Ich bin kurz vorher nahezu einstimmig in den Wählerverein wieder aufgenommen worden, aus dem ich durch den Terrorismus der gegnerischen Partei ausgeschlossen worden war. Auf der Tagesordnung der Versammlung stand die Candidatenrede Fiegl's. Derselbe besprach die Flugschrift: „Fiegl der Anwalt des Peterspfennigs", und kam in seinen Ausführungen immer auf die sogenannte „Schmähschrift" und den anonymen Verfasser zurück. Er versprach sich öfters, indem er das Wort „anonym" fallen ließ. Als Foller sich darauf als Verfasser bekannte, sprach Fiegl noch immer von Angriffen hinter dem Busch, von lügenhaften

Verdächtigungen und Gemeinheiten. Foller wollte sich vertheidigen, aber der Vorsitzende entzog ihm das Wort, nachdem ihn Professor Fiegl darum ersucht hatte."

Auf die Frage des Präsidenten, ob der Zeuge schon öfters Wählerversammlungen beigewohnt habe und wie es bei denselben mit der Tagesordnung gehalten werde, antwortet Zeuge:

„Bei uns ist es Usus, daß nicht so genau an den Tagesordnungen festgehalten wird."

Präsident: „Was that der Vorsitzende, als Foller dem Professor Fiegl entgegnen wollte?"

Zeuge: „Er zögerte eine Weile, dann unterbrach er Foller mit der Bemerkung, seine Rede sei nicht auf der Tagesordnung."

Präsident: „In welcher Form hat Fiegl den Vorsitzenden ersucht, er möge Foller das Wort entziehen?"

Zeuge: „Professor Fiegl, der links vom Vorsitzenden saß, stieß — wie man sagt — diesen in die Seite und flüsterte ihm in's Ohr."

Präsident: „War nach Ihrer Ansicht Foller berechtigt, über die Flugschrift weiter zu sprechen?"

Zeuge: „Nach unseren internen Vorgängen war er als Obmannstellvertreter entschieden berechtigt, sich zu vertheidigen."

Dr. Pattai: „Fiegl erwähnte, daß schon bei der Landtagswahl ganz ähnliche Flugschriften verbreitet worden seien. Haben Sie nicht selbst bei der Landtagswahl mit Kraupa Plakate angeschlagen, worin der Bürgermeister directe des Wortbruches beschuldigt wurde? Die Plakate lauteten: „Deutschnationale, wählt keinen Wortbrüchigen, sondern wählt Professor Hermann Göthe." Hat sich das Wort „Wortbrüchigen auf Thoma bezogen oder nicht?"

Zeuge: „Das bin ich nicht verpflichtet, zu sagen."

Zeuge bestätigt ferner über Befragen des Vertheidigers die Aussage Herzog's, daß Fiegl am 15. Juni 1889 sich geäußert habe: „Wenn die Sache so weitergehen sollte, so werde er sich genöthigt sehen, das geheime Programm unserer Partei zu veröffentlichen und setzt hinzu: „Darauf erwiderte ich, es gibt kein geheimes nationales Programm; es gibt nur das Linzer Programm!"

Fiegl: „Ist es Ihnen bekannt, daß Türk sich geäußert hat, das Linzer Programm genüge nicht, man müsse das nationale Programm Schönerer's einhalten?"

Dr. v. Berger gibt hierauf folgende Erklärung ab:

„Im Interesse der Abkürzung des Verfahrens, verzichte ich auf die Vernehmung des Zeugen Friepeß und verzichte meinerseits auf die Vernehmung des Zeugen Professor Kaiser. Dieser Zeuge ist jedoch gestern auch von der Gegenseite geführt worden. Sollte auf die Vernehmung desselben auch von der Gegenseite verzichtet werden, so verzichte ich ferner auch noch auf die Vernehmung des Zeugen Krautmann.

*

Nachdem Dr. Pattai auf die Vernehmung Kaiser's verzichtet, werden die Genannten vom Vorsitzenden vorgerufen und ihnen bedeutet, daß auf ihre Vernehmung verzichtet wurde und sie sich entfernen können.

Der nächste Zeuge ist Herr Josef Himmelbauer.

Dr. v. Berger verzichtet auf die Beeidigung dieses Zeugen, und erklärt, daß er an denselben nur eine Frage zu richten hätte, weshalb der Vorsitzende, ohne selbst den Zeugen zu befragen, die Frage durch den Vertheidiger stellen läßt.

Dieselbe bezieht sich auf ein Zwiegespräch, daß Dr. Pattai einige Tage nach der Wehrgesetzdebatte mit dem Zeugen hatte. Letzterer deponirt:

„Wenige Tage hernach bin ich zu Dr. Pattai in die Kanzlei gekommen und habe mit ihm über die Sache gesprochen. Pattai erzählte mir, er habe Fiegl, als dieser seine Erklärung abgeben wollte, beim Rocke zurückgehalten und zu ihm gesagt: „Sie, sprechen Sie nicht, sonst reißen Sie den Verband auseinander."

Der nächste Zeuge Ernst Vergani gibt an:

„Ich kenne Fiegl, seitdem er dem Verbande angehörte. Eigentlich kannte ich ihn schon ein Jahr früher.

Ich war in der Wehrgesetzdebatte anwesend, als der Ausspruch Türk's gefallen ist und die Entrüstungscomödie im Parlamente abgespielt wurde.

Fiegl trat ein, sah die ganze Erregung und fragte — wie ich glaube — Einige, was vorgekommen ist.

Er hörte Coronini oder Plener und den Landesvertheidigungs-Minister sprechen, der die Armee vertheidigte und den Deutschnationalen den Vorwurf des Landesverraths machte.

Da fühlte sich Fiegl berufen, ohne mit uns früher Fühlung zu nehmen, augenblicklich Stellung zu nehmen, und meldete sich zum Worte und gab seine Erklärung ab. Das hatte bei uns böses Blut gemacht. Es wurden wichtige Erklärungen früher im Verbande besprochen. Auch Fiegl ist dafür gewesen.

Nun hatte an einem Tage Türk und Fiegl gesprochen, ohne die Verbandscollegen früher zu verständigen."

Präsident: „Wenn ich Sie recht verstanden habe, so waren die einzelnen Genossen verpflichtet, den Inhalt ihrer Erklärungen in vorhinein bekannt zu geben?"

Zeuge: „Ja, wenigstens wenn es sich um irgend eine principielle Frage handelte.

Wir besprachen uns sofort, wie wir dem Vorfalle gegenüber Stellung nehmen sollen.

Ich hatte bereits das „Deutsche Volksblatt" und sah es als meine erste Aufgabe an, daß allsogleich — womöglich noch im Abendblatte — Stellung genommen werde gegenüber den Aussprüchen Türk's und Fiegl's, um die Sache klar zu legen und die zu erwartenden Angriffe in der anderen Presse im vorhinein zu widerlegen; ich ließ den betreffenden Redacteur sofort telephonisch kommen.

Während dessen hatten sich die Collegen in ein Clubzimmer begeben. Nach langen Auseinandersetzungen einigten wir uns dahin, daß wir eine von Kaiser abgefaßte Erklärung unterschrieben, die am

anderen Tage im „Deutschen Volksblatte" erschien und in der es hieß, daß der Ausspruch Fiegl's nicht im directen Widerspruch stehe mit dem Ausspruche Türk's und letzterer nichts enthalte, was antiösterreichisch sei.

Das wollten wir präcisiren — ob es uns gelungen ist, überlasse ich dem Urtheile Anderer."

Präsident: „Hat Abgeordneter Türk in der Wehrgesetzdebatte noch einmal gesprochen?"

Zeuge: „Das kann ich mit Bestimmtheit nicht sagen — doch! — ich kann mich erinnern; er hat noch einige Worte gesprochen und erklärt, daß er der Armee keinen Vorwurf gemacht, sondern nur gesagt habe, daß die Stützen der Regierung die Tschechen, Polen u. s. w. der deutschösterreichischen Allianz nicht die mindeste Sympathie entgegenbringen und daß seine Erklärung von den anderen Parteien — wahrscheinlich mit Absicht falsch aufgefaßt worden sei."

Präsident: „Hat Türk nicht später Anlaß genommen, nach einiger Zeit im Abgeordnetenhause eine Aeußerung zu machen, die eine Abweichung von dem Sinne seiner Rede in der Wehrgesetzdebatte war, wie Fiegl und Türk selbst in seiner zweiten Erklärung ihn berichtigten? Erklärte später Türk nicht, daß er auf dem Standpunkte stehen bleibe, den er in der Wehrgesetzdebatte eingenommen habe?"

Zeuge: „Ich glaube, er hat den Standpunkt gar nicht verlassen, er hatte nur erklärt, daß er die Armee nicht gemeint habe."

Präsident: „Waren die Mitglieder des Verbandes mit der Erklärung einverstanden?"

Zeuge: „Selbstverständlich, sonst hätten wir sie ja nicht unterschrieben. Ich habe als der Letzte unterschrieben und will ich auch gleich den Grund dafür angeben.

Es wurde nämlich bei uns im Verbande und auch in der Partei ein Terrorismus ausgeübt, unter dem wir alle standen.

Vom Anfange an war die außerordentliche Disciplin in unserer Partei von großem Vortheile, aber später, insbesondere, als Schönerer im Kerker war, ist sie in eine Art Terrorismus ausgeartet. Wir wurden förmlich überwacht.

Auf der Gallerie saßen Leute, die uns förmlich überwachten, mit wem wir sprachen. Es hat sich ein förmliches Nadererthum herausgebildet; dann erschien die Nemesis in Form der Briefkastennotizen in den „U. D. W."

Ich selbst war ein unbedingter Anhänger Schönerer's und hatte mit Fiegl sogar öfters kleine Rencontres, weil er sich gegen das Mamelukenthum ausgesprochen hat."

Präsident: „Fiegl hat die ehrenwörtliche Erklärung unterschrieben; hat er durch sein Verhalten in der Wehrgesetzdebatte das Ehrenwort gebrochen?"

Zeuge: „Fiegl hat sich — sowie auch ich — mit seinem Ehrenworte gebunden, dem Linzerprogramme treu zu bleiben und dem Verbande beizutreten, der „derzeit" unter der Führung Schönerer's steht.

Weder ich noch Fiegl haben einen Punkt desselben fallen lassen. Nur stand er sozusagen auf dem rechten Flügel und ist immer dafür eingetreten, daß wir auf wirthschaftlichem Boden mit anderen conservativen Abgeordneten zusammengehen und sie nicht immer brüskiren.

Ich muß es sagen, ich war selbst nicht immer mit ihm einverstanden, weil ich zu den strammsten gehörte und mir die Disciplin Hauptsache war — bis mir auch die Schuppen von den Augen fielen."

Präsident: „Können Sie mir sagen, ob aus seinem ganzen Gebahren nicht die Absicht hervorging, daß er bestrebt sei, den Verein zu sprengen?"

Zeuge: „Nach meiner Ueberzeugung war es ihm sehr daran gelegen, daß der Verband zusammengehalten werde. Selbstverständlich dachten wir alle, daß die Sache mit der Erklärung erledigt sei, obwohl eine gewisse Verstimmung zwischen Türk und Fiegl eintrat. Da ist einige Tage darauf Krautmann gleichwie ein Großinquisitor in das Sprechzimmer des Parlamentes gekommen. Er kam mit einem düsteren Gesicht. Immer, wenn er erschien, wußten wir schon, daß etwas los ist, daß einer von uns Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben hat.

Er erklärte, die Erklärung genüge nicht und verlangte, daß gegen Fiegl Stellung genommen werde.

Ich fühlte mich nicht berufen, die Herren zusammenzurufen, sondern erklärte, ich sei mit Fiegl ganz einverstanden, wenn er austrete, trete ich auch aus."

Präsident: „Ist Fiegl ausgetreten?"

Zeuge: „Nein, wie ich glaube . . ."

Präsident: „Ist er ausgetreten worden?"

Zeuge: „Nein, es traten die anderen aus und der Verband löste sich wegen Mangel an Mitgliedern von selbst auf."

Präsident: „Es ist im Laufe der Verhandlung wiederholt darauf hingewiesen worden, daß in den „U. D. W." von Fiegl und dem Verbande oft die Rede gewesen ist und dies im Vereine böses Blut gemacht habe. Die Ausfälle gegen Fiegl in den „U. D. W.", haben die unangenehm gewirkt auf die Mitglieder des Verbandes?"

Zeuge: „Selbstverständlich — daß in jedem Augenblicke im Briefkasten bald auf Diesen, bald auf Jenen Bemerkungen gemacht wurden — zum Gaudium unserer Feinde, — das kann nicht erfreulich für uns gewesen sein.

Die Berichte über Fiegl waren nur dazu da, uns gegen Fiegl einzunehmen. Es ist schon die Art gewesen, wenn gegen einen die Hetze losgelassen wurde, so wurde in einemfort verdächtigt und gehetzt, so lange, bis die Parteimitglieder ein solches Opfer moralisch justificirten. Ich kann auch ein Lied davon erzählen."

Dr. Pattai: „Wir haben im Laufe der Verhandlung schon mehreres gehört von dem Briefkasten der „U. D. W."; was hat es für eine Bewandtnis mit diesem Briefkasten?"

Zeuge: „Der Briefkasten einer Zeitung dient dazu, auf Anfragen, die aus dem Publicum kommen und auf die eine Antwort gewünscht wird, dieselbe zu ertheilen. Der Briefkasten in den „U. D. W." aber wird seit Jahren dazu benützt, nicht um die Anfragen zu beantworten, sondern um einfach Jemanden heimtückische Rippenstöße zu versetzen."

Dr. v. Berger (einfallend): „Ich bitte den Herrn Präsidenten, Abwesende vor Beleidigungen zu schützen. Die letzten Worte: „Heimtückische Rippenstöße" sind ein directer Angriff, eine directe Beleidigung Schönerer's. Der Zeuge hat kein Recht dazu. Die Angriffe auf ihn waren sehr offene."

Zeuge: „Ich habe wohl ein Recht dazu. Ich habe diese Rippenstöße schon sehr stark empfunden."

Dr. Pattai: „Dieser Briefkasten hat einen sehr großen Umfang."

Zeuge: „Ja, er ist der gelesenste Theil des Blattes, da er der Scandalsucht des Publicums immer Befriedigung gewährt."

Dr. Pattai: „Sie haben also die Erklärung als der Letzte unterschrieben."

Zeuge: „Kaiser."

Dr. Pattai: „Ist Ihnen bekannt, daß diese Erklärung auch Fürnkranz unterschrieben und auch der alte Gesinnungsgenosse Ursin?"

Zeuge: „Ja. Aber auch Fürnkranz wurde aus der Partei ausgeschlossen.

Er hat immer beruhigend gewirkt und sich gegen Demonstrationen ausgesprochen, weil uns dadurch jeder Erfolg als einer parlamentarischen Partei unmöglich gemacht werde."

Dr. Pattai: „War nicht Fürnkranz Schönerer's Genosse, als dieser noch ganz allein stand?"

Zeuge: „Gewiß, er sagte oft, für zehn Mandate verlasse er Schönerer nicht."

Dr. Pattai: „Und jetzt wird ihm ein Gegencandidat aufgestellt."

Zeuge: „Ja, im Briefkasten der „U. D. W."

Dr. Pattai: „Von unmittelbarem Interesse ist der Vorgang bei der Abholung Schönerer's aus dem Kerker. Wer hat dagegen gesprochen, wer dafür?

Was für Gründe wurden geltend gemacht?"

Zeuge: „Türk und ich haben es selbstverständlich gefunden, daß Schönerer abgeholt werde, während Fürnkranz, Kaiser, Ursin und Fiegl auf dem Standpunkte standen, das würde als Demonstration aufgefaßt werden. Ich und Türk holten Schönerer aus dem Kerker ab und fuhren mit ihm zur „Ente", wohin die vier anderen Herren gekommen waren, um ihn zu erwarten. Er hat sie aber — offen gesagt — wie Schulbuben heruntergekanzelt."

Dr. Pattai: „Ist Ihnen nicht bedeutet worden, daß man alle Herren im Landesgerichte gar nicht zugelassen hätte?"

Zeuge: „Ja, wie mir Kaiser erzählte, hätte man sechs Herren absolut nicht vorgelassen."

Präsident: „Kennen Sie Herrn Foller?"

Zeuge: „Ich stand mit ihm auf sehr freundschaftlichem Fuße. Er hat sich oft über die Hetze gegen Fiegl bei mir beklagt.

Fiegl sei im Wahlbezirke ganz beliebt, er habe Vieles für denselben geleistet, die Weinhauer hätten ihn gerne. Nun verlangen Schönerer und Krautmann, daß er gegen Fiegl vorgehe. Er fragte mich um Rath, was er machen solle. Nun, ich selbst war es, der ihm gesagt hat, er soll für Fiegl nicht Stellung nehmen, denn dann würde er mit Schönerer brechen.

Uebrigens kann ich mich der letzten Worte ganz gut erinnern.

(zu Foller): Ich sagte zu Ihnen: „Eigentlich fragen Sie den Unrichtigen; zuerst wird Fiegl hinausgeworfen, dann komme ich an die Reihe."

Dr. Pattai: „Können Sie sich erinnern, was ich nach der Wehrgesetzdebatte zu Türk im Couloir des Parlamentes gesagt habe?"

Zeuge: „Ja, es hat mir Ihre Aeußerung gar nicht gefallen. Sie sagten: „Ihr bringt die Partei um durch solche Erklärungen." Das war mir etwas zu stark."

Der nächste Zeuge ist Reichsrathsabgeordneter **Rudolf Polzhofer.**

Präsident: „Im October 1889 soll Dr. Pattai eine Rede gehalten haben, in der er die Partei Schönerer's des Hochverraths beschuldigte?"

Zeuge: „Das hat er geradezu nicht gethan. In dieser Rede, der sogenannten Klärungsrede, hat Pattai nicht nur gegen die extremen Deutschnationalen angekämpft, sondern gegen alle Extremen auch der anderen Parteischattirungen."

Präsident: „Hat er sie des Unpatriotismus beschuldigt?"

Zeuge: „Wenn er es that, so war das eine verdiente Lection, die gewissen Herren allerdings gebührte."

Präsident: „Das ist etwas anderes. —

Ist Fiegl dem Schönerer-Verein entgegengetreten? Hat er dahin gewirkt, daß der deutschnationale Verein aufgelöst werde?"

Zeuge: „Soweit mir die Thätigkeit des Herrn Professors Fiegl bekannt ist, hat sich derselbe stets auf dem Boden des Schönerer'-, des Linzer Programmes befunden."

Präsident: „Ist Ihnen bekannt, daß Fiegl und Schnarf aus dem deutschnationalen Vereine hinausgedrängt wurden?"

Zeuge: „Ja. Den Anlaß hiezu gab die Wehrgesetzdebatte, wo Türk eine höchst unpatriotische Rede hielt und Fiegl darauf das Wort ergriffen und sich als Deutschnationaler, aber auch als Oesterreicher gezeigt hat. Merkwürdigerweise wurde das zur Veranlassung genommen, um ihn und Schnarf aus der Partei hinauszudrängen."

Zeuge gibt über Befragen des Vorsitzenden an, er gehöre außerhalb des Abgeordnetenhauses der Fraction Pattai, innerhalb aber gar keiner an.

Präsident: „Muß nach Ihrer Ansicht ein Mitglied eines Vereines alles thun, was ein anderes will? Muß es sich mit jeder Rede eines Angehörigen des Vereines einverstanden erklären?"

Zeuge: „Ich glaube, wenn ich einem Verbande angehöre und es wird in demselben etwas begangen, womit ich nicht übereinstimme, so habe ich nicht mitzuthun.“

Dr. v. Berger: „Sie würden aber in einem solchen Falle als ehrlicher Mann einfach austreten.“

Zeuge: „Wenn der ganze Verband sich gegen mich ausspricht — ja; wenn aber nur ein einzelner Gegner das thut — dann nicht.“

Dr. Pattai: „Ist nicht nach der Enthaftung Schönerer's in der äußeren Haltung seiner Partei eine gewisse Veränderung nach außen zu bemerken gewesen. Erfolgten nicht viele unangenehme Kundgebungen?“

Zeuge: „Gewiß. Beim jedesmaligen Lesen der „U. D. W.“ hat man sich davon überzeugen können.“

Dr. Pattai: „Sind nicht früher, bevor das Verhängniß hereinbrach, Jahre hindurch Anhänger Schönerer's in unsere Vereine in Mariahilf gekommen? — sind da je Aeußerungen gefallen, die auch nur den Schein des Unpatriotismus nach sich hätten ziehen können?“

Zeuge: „Ich kann mich nicht erinnern, daß dies der Fall gewesen wäre.“

Dr. Pattai: „Nach der Enthaftung Schönerer's aber war es merklich, daß der Ton verstärkt wurde. Was für äußere Momente wären da anzugeben, aus denen sich dies ergibt?“

Zeuge: „Ja. Die Tonart wird jetzt bei den Schönerianern oder doch einem Theile derselben so verschärft, daß sie nicht mehr patriotisch zu sein scheint. Um die Zeit der Wehrgesetzdebatte ist sogar in der Antwort vom Fürsten Bismarck auf das ihm geschickte Beglückwünschungsschreiben darauf hingewiesen worden, die Deutschnationalen mögen in erster Linie auf Oesterreich als ihr Vaterland bedacht sein.“

Dr. Pattai: „Werden nicht auch die Geburtstage des deutschen Kaisers in den Blättern gefeiert?“

Zeuge: „Ja, wenn man die „U. D. W.“ liest, glaubt man, daß sie nicht in Wien, sondern in Berlin herausgegeben werden.“

Dr. Pattai: „Man könnte sagen, dies geschehe aus dem Grunde, weil der deutsche Kaiser ein Freund unseres Kaisers sei. Wurden auch unsere Persönlichkeiten so gefeiert?“

Zeuge: „Gar nie!“

Dr. Pattai: „Was hat man gehört, wenn man als Antisemit unter die Leute gekommen ist?“

Zeuge: „Bei jeder Gelegenheit, ob sie berechtigt war oder nicht, ist nur vom deutschen Kaiser die Rede gewesen.“

Dr. Pattai: „Was haben die Leute dazu gesagt? Hat das den Wählern gefallen?“

Zeuge: „Das hat geradezu Anstoß erregt.“

Der nächste Zeuge, **Dr. Jaromir Tobiasch,** Notariatsbeamter in Mödling, gibt an, Mitglied des deutschnationalen Vereines gewesen, im Jahre 1888 jedoch anläßlich der Affaire Fiegl aus demselben ausgetreten zu sein.

Präsident: „Worin bestand diese Affaire?"

Zeuge: „Darin, daß der deutschnationale Verein Fiegl ausschloß."

Dr. Pattai: Haben Sie auch den Grund der Ausschließung erfahren?"

Zeuge: „Meine Auffassung der Ursache war die, daß man es Fiegl zum Vorwurfe machte, daß er seiner Entrüstung über die Rede Türk's als Oesterreicher und ehemaliger Offizier vollen Ausdruck gegeben hat. Ich war geradezu empört darüber und bin es noch, daß man Professor Fiegl deshalb aufforderte aus dem Vereine auszutreten."

Zeuge gibt über Befragen des Dr. Pattai an, er habe die Berichte der Zeitungen über die Versammlung in Mariahilf gelesen, wo Schnarf, Fiegl vertheidigte; auch die Wehrgesetzdebatte kenne er aus den Zeitungen.

Dr. Pattai: Es ist gestern wiederholt hervorgehoben worden, daß die Berichte über die Rede Türk's in den Zeitungen unvollkommen gewesen, daß seine Aeußerung unvollkommen wiedergegeben worden sei.

Hier ist ein Exemplar der „Neuen freien Presse", welche Zeitung gewiß nicht antisemitisch ist. Ich bitte zu constatiren, daß darin die Ausführungen Türk's ohne wesentliche Einschränkung wiedergegeben sind, ganz gleich dem stenographischen Protokolle des Abgeordnetenhauses.

Insbesondere der Passus von den „Saulussen und Paulussen" und den Czechen, Polen und Feudalen ist genau darin enthalten."

Dr. v. Berger frägt hierauf den Zeugen:

„Haben Sie die Wehrgesetzdebatte in der „Neuen freien Presse" gelesen?"

Zeuge: „Ich kann mich nicht mehr erinnern. Die Angelegenheit ist schon einige Jahre alt."

Dr. v. Berger: „Nun, die eine Zeitung bringt den Bericht genau, die andere wieder ungenau."

Präsident: „Ich glaube die Wehrgesetzdebatte wird damals in den Zeitungen überhaupt sehr eingehend erörtert worden sein.

Als nächster Zeuge wird Professor Vincenz Pammer vernommen:

Derselbe kennt Fiegl schon seit Jahren, ebenso auch den Angeklagten, da er bereits das 16. Jahr Professor in Baden ist. Ueber die Versammlung vom 14. Februar 1891 befragt, gibt Zeuge an:

„Ich habe bereits öfters in Versammlungen des Wählervereines die Bemerkung gemacht, daß in Folge der persönlichen Streitigkeiten die im Verein vorgekommen sind, einige Wähler mißmuthig, ja sogar entrüstet waren, und habe mir vorgenommen, diesmal die Tagesordnung strenge durchzuführen."

Präsident: „Welche persönliche Verhältnisse sind da in die Versammlung hineingezogen worden?"

Zeuge: „Das Verhältnis zwischen Foller und Fiegl.

Professor Fiegl hielt seine Candidatenrede und brachte zum Schlusse einen persönlichen Punkt zur Sprache indem er auf die Schmähschrift zu reden kam und die darin enthaltenen Angriffe auf Grund einer früheren Rechtfertigung richtig stellte.

Als hierauf Foller zur Berichtigung das Wort verlangte, habe ich als Vorsitzender gesagt, daß die Tagesordnung eingehalten werden müsse; wenn er eine Interpellation stellen will, so möge er es thun.

Foller entgegnete hierauf, Abgordneter Fiegl werde gewiß selbst nichts dagegen haben, wenn er ihm erwidere.

Professor Fiegl ertheilte hierauf eine negative Antwort — der Zusammenhang ist mir nicht mehr genau erinnerlich — er sagte, er sei dagegen, da Foller wieder anfange die Sache aufzurollen.

Auch sind Rufe des Unwillens in der Versammlung laut geworden, daß ich eine solche weitere Debatte nicht zulassen soll.

Ich war daher entschlossen, von der Tagesordnung unter keiner Bedingung abzugehen. Foller hat darauf noch einmal das Wort verlangt, jedoch nur die Anfrage an den Candidaten gerichtet, ob er nicht willens wäre, sich Satisfaction zu verschaffen."

Präsident: „Es soll jemand zu Ihnen gesagt haben: „Entziehen Sie ihm das Wort" oder — nachdem dies Professor Fiegl gewesen ist, mit dem Sie per Du sein dürften: „Entziehe ihm das Wort."

Zeuge: „Das ist nicht richtig; Fiegl sagte nur, ich soll Foller nicht reden lassen."

Präsident: „Nun das ist so ziemlich dasselbe.

Sie haben Foller nicht weiter reden lassen?"

Zeuge: „Weil die Versammlung überdrüssig war, daß fort und fort Sachen erörtert werden, die bereits widerlegt worden waren!

Präsident: „Was stand auf der Tagesordnung?"

Zeuge: „Auf der Tagesordnung stand:

1.) Anhörung des Candidaten,

2.) Interpellationen und Antworten,

3.) Abstimmung über die Candidatur.

Man war bei den Interpellationen angelangt."

Ueber Befragen des Dr. Pattai deponirt Zeuge, Foller habe in einer früheren Versammlung beantragt, es möge Himmelbauer zu der Hauptversammlung vom 14. Februar 1891 nicht eingeladen werden.

Dr. Pattai: „Am 15. Juni 1889, wie das Vertrauensvotum für Fiegl gefaßt worden war, waren Sie bei der Versammlung zugegen, und da soll Fiegl — ein Zeuge Herzog hat es erzählt — gesagt haben: „Der deutsche Herrgott wird es schon dahin bringen, daß wir nach Deutschland kommen."

Zeuge: „Das habe ich nicht gehört."

Dr. Pattai: „Halten Sie eine solche Aeußerung von Seite des Professor Fiegl für wahrscheinlich?"

Zeuge: „Nein, ich kann sie nicht für wahrscheinlich halten."

Dr. Pattai: „Und wurde Fiegl nicht gerade deshalb angegriffen, weil er zu zurückhaltend war?"

Zeuge: „Ich glaube wohl."

Dr. Pattai: „Würden Sie eine solche Aeußerung auch für dem deutschnationalen Programme entsprechend halten?"

Zeuge: „Gewiß nicht."

Dr. Pattai: „Nun also!"

(Angeklagter zum Zeugen): „Können Herr Zeuge sich erinnern, daß ich in der Leitungssitzung des Wählervereins vor dem 14. Februar 1891 als Obmannstellvertreter den Antrag gestellt und begründet habe, nicht, daß Himmelbauer allein nicht eingeladen werde, sondern daß keiner von den beiden Candidaten eingeladen werde, damit die Vereinsmitglieder unter sich und unbeeinflußt von außen bestimmen sollen, welcher von beiden als Candidat aufgestellt werden soll?"

Zeuge: „Ja, es ist davon die Rede gewesen. Nachdem Sie gesehen haben, daß wir beide einladen wollen, haben Sie nach Ausflüchten gesucht."

Angeklagter: „Ich glaube kaum, daß ich nach Ausflüchten gesucht habe. — Ich bitte, mir meine Frage zu beantworten, habe ich diesen Antrag gestellt?"

Zeuge: „Von einem positiven Antrage weiß ich nichts, sondern nur, daß davon die Rede war.

Als nächster Zeuge wird Franz Guhl vernommen.

Präsident: „Waren Sie in der Versammlung des Wählervereines im Februar 1890, bei der Fiegl anwesend war.?"

Zeuge: „An das Datum kann ich mich nicht erinnern, das wird damals gewesen sein, wo die Leitung zurückgetreten ist."

Präsident: „Ja. Ist damals nicht davon die Rede gewesen, daß Professor Fiegl in den „U. D. W." fort und fort angegriffen werde?"

Zeuge: „Das kann sein, ich kann mich jedoch nicht mehr genau erinnern. Früher schon habe ich — da ich als Obmann des Schiedsgerichtes im Vereine in dessen Leitung war — von einer gewissen Spannung gehört. Die Wahl des Professor Fiegl war bekanntlich auf Grund des Linzer Programms erfolgt, und da soll später nicht alles geklappt haben. Es sind Reibereien aufgekommen. Um die näheren Details habe ich mich wenig umgeschaut. Professor Fiegl soll seinen Versprechungen nicht nachgekommen sein. Der Wählerverein hat eine Wählerversammlung einberufen, damit der Abgeordnete seinen Rechenschaftsbericht ablegen kann."

Dr. Pattai: „Haben Sie nicht selbst einmal ein Vertrauensvotum für Fiegl beantragt in der Versammlung vom 15. Juni 1889?"

Zeuge: „Ja, das war nämlich eine Vertrauensmännerversammlung und keine Wählerversammlung. Dieselbe wurde — wie ich glaube — auf Veranlassung des Abgeordneten selbst einberufen wegen der Reibereien, die vorgekommen sind.

Ich sagte: Wir sind Wähler, kennen unseren Abgeordneten und wissen, daß er bis heute den Bedingungen so ziemlich nachgekommen ist, wir können ihm daher das Vertrauen votiren."

Das geschah auch."

Als letzter Zeuge wird der Vertreter der Privatklage, Dr. Pattai, vernommen.

Präsident: „Herr Doctor wissen, was für den heutigen Proceß von Wesenheit ist, und bitte ich Sie darüber zu deponiren."

Zeuge: „Nachdem die Gegenseite mich als Zeugen geführt hat, werde ich nur über das sprechen, was die Gegenseite angeführt hat und dann eventuell andere Fragen beantworten.

Ich werde zunächst als Zeuge geführt wegen der Warnung, die ich dem Abgeordneten Fiegl während der Wehrgesetzdebatte ertheilt habe, dahingehend, er solle nicht sprechen.

Da muß ich vor allem schildern, wie die Debatte vor sich gegangen ist.

Vielleicht wird es nützlich sein, wenn ich das vorausschicke, (Dr. Pattai spricht hier, sowie überhaupt fast während der ganzen Aussage zu den Geschwornen gewendet) daß das Abgeordnetenhaus ein ungemein großer Saal ist, und daher kommt es, daß die einzelnen Abgeordneten, wenn eine Debatte stattfindet, in der Regel von ihren Sitzen aufstehen und sich um den Redner gruppiren.

Die auf der einen Hälfte des Saales sitzen, hören den Redner genügend deutlich, die anderen kommen, um deutlicher zu hören, herüber. Infolge dessen herrscht im Hause eine immerwährende Bewegung und Aufregung, mehr wie in einer Volksversammlung, als wie in einer Sitzung — das muß vorausgeschickt werden. —

Türk hat nun gesprochen. — Es handelte sich um jenen Punkt des Wehrgesetzes, wo Strafen gegen die Rekruten verhängt werden, die sich selbst verstümmeln.

Im Anfange der Rede ermahnte ihn der Präsident, bei dem Gegenstande zu bleiben, weil er von demselben öfters abwich. Am Schlusse seiner Ausführung bemerkte er, es werde immer das Bündnis mit Deutschland betont, diese Betonung beruhe nur auf Egoismus und Falschheit u. s. w.

Kaum hatte Türk die Worte ausgesprochen, als ein furchtbarer Sturm der Entrüstung losbrach.

Darauf erhebt sich Plener und findet in der Aeußeruug Türk's eine Herabsetzung des Staates.

Gerade ein deutschnationaler Abgeordneter hätte nicht so sprechen sollen.

Am Ende seiner Rede geht er dazu über, daß durch die Rede Türk's auch die Armee beleidigt worden sei, — eine Meinung, zu der er wohl deshalb gekommen ist, weil es sich um das Wehrgesetz handelte.

Darauf erwiderte der Landesvertheidigungsminister dem Abgeordneten Türk und dann die anderen Herren von der Rechten des Hauses, die allerdings die Rede Türks weniger gehört haben dürften.

Der Landesvertheidigungsminister und Plener aber haben dieselben genau gehört, weil sie auf unserer Seite sitzen. Türk hat auch sehr laut gesprochen. Er sagte zwar gestern, er sei damals heiser gewesen, aber ich erinnere mich genau.

Während der stürmischen Scenen ist der Fall allgemein besprochen worden. Einige Abgeordnete sagten, Türk solle so etwas im preußischen Abgeordnetenhause sagen, da werde man ihm anders entgegentreten.

Da ist Fiegl aus dem Couloir hereingekommen. — Er ist nicht, wie gestern dargestellt wurde, die ganze Zeit schon drinnen gestanden.

Fiegl trat zu mir und sagte:

„Ich werde auch eine Erklärung abgeben. — Meinen Sie nicht?" Im Augenblicke dachte ich, er werde sich hinreißen lassen, er werde die Aeußerung Türk's verurtheilen und gegen Türk auftreten. Ich habe mir gedacht, das wäre nicht gut, weil ich wußte, wiesehr sich die Herren gegenseitig verfolgen, und daß da ein Grund zu weiteren Streitigkeiten entstehen werde. Ich sagte daher „Thun Sie das nicht, Sie reißen sonst die Partei auseinander."

Da hat Coronini gesprochen, der die ganze deutschnationale Partei mit der Aeußerung Türk's identificirte; dann meldete sich Fiegl zum Worte und gab eine Erklärung ab, welche auf mich einen ganz guten Eindruck machte.

Ich habe sie nicht als gegen Türk gerichtet aufgefaßt, und ich glaube, da sganze Haus auch nicht.

Fiegl hat ausdrücklich gesagt, er habe die Aeußerung Türk's gar nicht gehört. Er erklärte, Türk habe nicht im Namen des Verbandes gesprochen und verwahrte sich gegen den Vorwurf des Unpatriotismus.

Nun ward es etwas ruhiger. Der Präsident hat Türk zur Ordnung gerufen. Türk ergreift hierauf unter Entrüstungsrufen des Hauses noch einmal das Wort und erklärte, er habe nicht die Armee angegriffen u. s. w.

Ich war froh, daß Fiegl den richtigen Ton gefunden hat, Türk quasi herauszureißen und zu salviren.

Nun war, nicht einige Tage, sondern einige Wochen später, Himmelbauer bei mir in einer Rechtssache. Im gemüthlichen Gespräche bemerkte ich zu ihm: „Nun was ist das mit Ihrer Partei? Die einzelnen Grundsätze im Linzerprogramme lassen sich vertreten, wenn man aber manche Kundgebungen der Parteimitglieder betrachtet, so sieht es factisch so aus, als wollte man nicht länger dableiben."

Darauf entgegnete Himmelbauer, er sei Geschäftsmann, bekenne sich zu dem Programme, kümmere sich aber um das Uebrige nicht.

Hierauf fragte ich ihn:

„Was ist's mit der Hetze gegen Fiegl?"

„Fiegl stört die Einigkeit, erwiderte Himmelbauer, und stänkert herum; das nehmen Ihnen unsere Leute auch übel, daß Sie ihn aufgehetzt haben zu dieser Erklärung."

„Aber ich habe ihn ja gar nicht aufgehetzt zur Erklärung!" — entgegnete ich — „ich habe ihm gerade gesagt, er soll keine Erklärung abgeben."

„So? — meinte Himmelbauer — „dann ist Ihnen Unrecht geschehen, dann hätte Fiegl die Erklärung nicht abgeben sollen."

„Aber er hat ja doch Türk in Schutz genommen" — entgegnete ich darauf."

Präsident: „Herr Doctor sind selbst Abgeordneter; ist ein Mitglied eines Verbandes verpflichtet, unter gar keinen Umständen Stellung gegen ein anderes Mitglied desselben Vereines zu nehmen?"

Dr. Pattai: „Die Frage der scharfen oder minder scharfen Clubdisciplin ist schwer zu beantworten.

Im Allgemeinen glaube ich die Frage dahin beantworten zu sollen, daß keine andere Partei ein derart bindendes, so genau ausgearbeitetes Programm hat, wie die deutschnationale. Aber auch in keiner Partei bekämpfen sich die Mitglieder gegenseitig so heftig, wie in dieser.

Ein ähnlicher Fall, wie der Fall Türk, ist mir überhaupt nicht erinnerlich, daß so eine provocirende, aufregende Aeußerung gefallen wäre, und alle Clubmänner gegen dieselbe Stellung genommen hätten.

Es kommt jedoch öfters vor, daß ein Redner einer Partei mehr hervorhebt als der Andere.

Ich, der ich mit den Herren befreundet und ihnen politisch nahestand, sagte selbst am Ende der Sitzung im Couloir: „Durch solche Aeußerungen bringt Ihr unsere Partei und unsere Sache um."

Türk hat nur in Folge des Auftretens Fiegl's das zweitemal das Wort erhalten.

Um nun das Weitere darzulegen, muß ich etwas weiter ausholen

Ich möchte nicht gerne die Geduld in Anspruch nehmen, aber die ganze Entwickelung des Parteilebens, an dem ich Theil nahm, rührt schon von dem Jahre 1882 her. Es ist wiederholt zwischen meiner Partei und den Deutschnationalen zu Reibungen gekommen, dann fanden wieder Zusammentretungen statt, und dann kam es wieder zu Reibungen.

Als ich im Jahre 1886 gewählt worden bin, hatte ich keine Verbindung mit Schönerer. Später wurde ich ersucht, dem Club beizutreten, es kam wieder zu Reibungen. Später sind wir wieder gut geworden, bei den engeren Conventikeln der Partei aber war ich nicht dabei."

Präsident: „Sie sollen einmal die Partei Schönerer's hochverrätherischer Tendenzen beschuldigt haben?"

Dr. Pattai: „Ich sehe, Herr Präsident wollen gar nicht, daß ich die alten Geschichten hier erzähle.

Es wurden Fiegl und Schnarf aus dem deutschnationalen Vereine ausgeschlossen, worauf derselbe aufgelöst wurde.

Unter den Gründen der Auflösung wurde eben dieser Umstand angegeben. Dann sind andere Vereine aufgelöst worden, es folgte eine Reihe anderer Kundgebungen von Seite der Deutschnationalen welche in einem extremen Sinne gedeutet werden mußten.

Ich glaubte endlich, die ganze antisemitische Bewegung, in der doch ein guter Kern steckt, könnte darunter leiden, wenn diese Bewegung fortdauert.

Von meinen Bekannten angegangen und nicht aus meiner eigenen Initiative habe ich dann am 13. October die Rede gehalten, in der ich ausdrücklich sagte: „Ich will die Deutschnationalen nicht als Verräther bezeichnen, aber sie treiben eine Reihe von Sachen, die, wenn auch nicht verrätherisch, so doch knabenhaft sind." Die Herren waren sehr erbost gegen mich. Vielleicht habe ich zu scharf gesprochen. Als Hochverräther habe ich sie nicht bezeichnet, ich habe nur gesagt, wie man der eigenen Sache schadet, wenn man sich den mächtigsten Factor im Staate zum Feinde macht.

Wegen dieser Rede wurde ich auch vom „Deutschen Volksblatte" angegriffen, das ich beim Schwurgerichte in Wien klagte. Der Proceß dauerte 3 Tage; ich habe denselben gewonnen."

Präsident: „Haben Sie nicht am 12. Mai 1890 eine Versammlung abgehalten, bei der Fiegl anwesend war?"

Zeuge: „Meine Rede ist vielfach übertrieben worden — fama crescit eundo.

Man sagte, er hat uns wirklich als Hochverräther hingestellt. Später habe ich jedoch von vielen Deutschnationalen Briefe und Erklärungen bekommen, worin sie bedauerten, mir Unrecht gethan zu haben.

Nach dem Processe fand die Versammlung vom 12. Mai statt, da war Fiegl dabei, hat aber nicht gesprochen. Daran war nichts Auffälliges, er war ja Mariahilfer Wähler."

Präsident: „Von Seite der Angeklagten wird aus diesem Umstande der Schluß gezogen, dass sich Prof. Fiegl Ihrer Partei angeschlossen hat."

Zeuge: „Das hat er nicht gethan, die Differenzen sind allerdings nicht groß, besonders in nationaler Beziehung. Ich habe das mäßige deutsche Oesterreicherthum vertreten und war dafür, dass nicht gar so nachdrücklich vor sich gegangen werde. Auch Fiegl gehörte unter seiner Partei den Gemäßigten an.

Die Hauptdifferenz bezog sich auf Zoll- und Handelsfragen.

Fiegl war für die zollfreie Ausfuhr nach Deutschland, ich trat für den Schutzzoll für die Industrie ein, da meine Wähler sehr böse darüber gewesen wären, wenn ich ihren materiellen Interessen entgegen die Zollunion gefordert hätte.

Fiegl hat sein Programm stets eingehalten."

Dr. v. Berger: „Sie haben gesagt, Herr Doctor, daß Plener und Welsersheimb die Aeußerungen Türk's jedenfalls verstanden haben müssen?"

Zeuge: „Ja."

Dr. v. Berger: „Sind Sie der Ansicht, daß die Erklärung des Dr. Plener sich deckt mit der Aeußerung des Abgeordneten Türk? paßt sie denn überhaupt auf dieselbe?"

Dr. Pattai: „Plener hat im ersten Theile seiner Erklärung nur von der Staatstreue gesprochen und ist dann zur Armeetreue übergegangen. Ich glaube, daß dieses Mißverständnis nahe gelegen ist, da Türk seine Aeußerung in der Wehrgesetzdebatte gemacht hat."

Dr. v. Berger: „Sie geben also zu, daß die Aeußerung, die Fiegl gemacht hat, nicht gepaßt hat auf jene Türk's."

Dr. Pattai: „Aber Plener hat sich dieselbe so ausgelegt, der Landesvertheidigungsminister und Coronini auch. Und dann kommt noch etwas hinzu.

Nach einiger Zeit hat Türk im Abgeordnetenhause wieder das Wort ergriffen und gesagt: „Ich wehre mich gegen die Vorwürfe von damals nicht."

Dr. v. Berger: „Das war nicht der Vorfall von damals."

Dr. Pattai: „Damals hat sich eben Türk selbst eingeschränkt, und Fiegl hat ihm dabei geholfen.

Dr. v. Berger: „Coronini sagte mit keinem Worte, daß der ganze Club zur Verantwortung zu ziehen sei, sondern er sagte (verliest die betreffende Stelle aus dem stenographischen Protokolle der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10./4. 1889).

Dr. Pattai (sich besinnend): „Ich bitte, es ist die Stelle etwas weiter, wo er nicht den Club nennt, sondern auf die Partei im allgemeinen übergeht."

Dr. v. Berger verliest eine weitere Stelle und bemerkt: „Nun haben Sie alles gehört."

Dr. Pattai: „Dann war es die Erklärung des Fürsten Liechtenstein."

Dr. v. Berger: „Hatte Ihnen die Debatte nicht den Eindruck einer Entrüstungscomödie gemacht?"

Dr. Pattai: „Durchaus nicht; die Entrüstung war eine allgemeine und mir selbst peinlich genug."

Dr. v. Berger: „Meinen Sie nicht, daß man überhaupt von unrichtigen Voraussetzungen ausgegangen ist, daß die Rede des Dr. Plener sozusagen den Ton angeschlagen und die ganze Debatte in eine falsche Fährte führte?"

Dr. Pattai: „Aus der falschen Fährte hat sich Türk mit seiner zweiten Erklärung wieder herausgeführt. — Ich würde das gerne constatiren, wenn er nicht später selbst gesagt hätte, er besitze ein geringes Ausmaß von dem, was man allgemein Patriotismus nennt."

Dr. v. Berger: „Ich komme zu Ihrer Rede vom 14. October 1889. Ich habe hier ein Zeitungsblatt, welches darüber einen genauen Bericht enthält. (Dr. v. Berger zeigt dem Zeugen den Reformer vom 20. October 1889.) Der Bericht dürfte vielleicht von Ihnen selbst herrühren."

Dr. Pattai: „Das zwar nicht, aber der Bericht ist genau."

Dr. v. Berger: „Nun da muß ich Ihnen doch vorhalten, daß Ihre Aeußerung nicht so temperirt gewesen ist, wie Sie dieselbe heute darstellten. Sie haben ausdrücklich gesagt: (Der Vertheidiger verliest eine Stelle aus dem „Reformer" vom 20. October 1889, siehe Anhang). Das ist wohl eine sehr scharfe Kriegserklärung."

Dr. Pattai: „Es kommt aber oben wieder vor, daß ich den Vorwurf der Partei nicht mache."

Dr. v. Berger: „Sie kamen zu diesem scharfen Urtheile in Consequenz des Auftretens Türk's. Ich möchte bitten, wie Sie das rechtfertigen und was sie unter der Bemerkung „nachfolgende Thatsachen" verstehen, auf die Sie auch heute wieder hinweisen?"

Dr. Pattai: „Sehr richtig. — Ich glaube, daß die Aeußerung Türk's, wie er sie damals abgeschwächt hat, nicht Anlaß gewesen wäre, die Partei zu verfolgen. Aber daß man Fiegl wegen seiner Erklärung verfolgt hat und Schnarf, weil er Fiegl vertheidigte — das verstehe ich unter „nachgefolgt."

Dr. v. Berger: „Als Sie im Jahre 1884 zum erstenmale candidirten und sich dabei der lebhaften Unterstützung Schönerer's erfreuten, haben Sie da nicht die Erklärung abgegeben, daß Sie im Falle Ihrer Wahl dem Linzer Programme und demjenigen Club beitreten, den Schönerer bilden würde?"

Dr. Pattai: „Ja, aber es ist schon seinerzeit in meinem Processe unter Beweis gestellt worden, daß das Protokoll ungenau formulirt ist. Es wurden von mir Vorbehalte gemacht, wie auch Dr. Kautschitsch bestätigen kann. Im Protokolle heißt es: „Es befanden sich keine wesentlichen Hindernisse."

Ich war für die administrative Theilung Böhmens, die anderen dagegen, ebenso waren Anstände bezüglich der Zollfrage."

Dr. v. Berger: „Ich möchte Ihre Erklärung darüber haben, ob Sie damals mit der Sonderstellung Galiziens und Dalmatiens einverstanden waren."

Dr. Pattai: „Ja, aber ich bitte zu entschuldigen — ich muß doch sagen, daß nach meiner späteren Ansicht das schwer durchführbar wäre. Preußen und Rußland wären dagegen; es könnte Grund zu auswärtigen Verwickelungen geben."

Dr. v. Berger: „Sie versprachen aber doch, sich Schönerer und Fürnkranz anzuschließen?"

Dr. Pattai: „Ja, ich muß aber beifügen, daß, als ich später gewählt wurde, in meinem Bezirke es zwei Parteien gab, von denen die eine davon nichts hat wissen wollen und die ganz kleine das Gegentheil.

Als ich gewählt wurde, mußte ich thun, was ich den Wählern versprochen habe. Sie haben mich heuer mit 2200 Stimmen wiedergewählt. Die Schönerianer hatten im Ganzen 60 Stimmen.

Ich kann doch nicht das thun, was sechzig wollen."

Präsident: „Ich bitte, das gehört nicht her."

Fiegl: „Der Zeuge wird zwar von der Gegenseite geführt, doch erlaube ich mir die Frage zu stellen, ob es ihm selbst möglich war, Wahrnehmungen bezüglich der Streitigkeiten in Baden zu machen."

Dr. Pattai: „Ja, weil ich bei der Wählerversammlung vom 28. December v. J. zugegen war, nachdem mich Fiegl ersucht hatte, mitzukommen. Er hielt in der Versammlung seinen Rechenschaftsbericht

Foller, den ich damals noch gar nicht gekannt habe, stand auf und richtete dieselben Angriffe, die in der Flugschrift enthalten sind, gegen Fiegl, worauf Fiegl entgegnete.

Ich bin rückwärts gestanden und habe die Stänkereien unter den Wählern, die sich darüber aufhielten, genau gehört.

Nach der Versammlung sagte ich zu Fiegl: „Lassen Sie sich in Streitigkeiten nicht ein. Die Wähler sind schon erbost darüber." Das mag der Grund gewesen sein, weshalb er in der Versammlung vom 14. Februar d. J. die alten Sachen nicht zum drittenmale auffrischen wollte."

Nachdem Dr. Pattai erklärt, auf die Aussage des Zeugen Zaunschirm, der auch über die schon genügend erörterte Versammlung vom 14. Februar 1891 geführt sei, zu verzichten, zieht sich der Gerichtshof zur Feststellung der Fragen zurück. Nach einer kurzen Unterbrechung werden den Geschworenen die Fragen vorgelegt, dieselben lauten:

I. Hauptfrage: Ist der Angeklagte Adolf Foller schuldig, den im Monate Februar 1891 in Baden in Druck gelegten Aufsatz: „An die geehrten Herren Reichsrathswähler der Städte Baden, Mödling, Perchtoldsdorf, Gumpoldskirchen, Bruck a. d. Leitha, Hainburg und Schwechat," unterfertigt mit „für den deutschnationalen Wahlausschuß Adolf Foller" beinhaltend die Stelle: „Nun ist unser bisheriger Abgeordneter, Herr Professor Fiegl, dem nationalen Programme untreu geworden, hat seine schriftlich abgegebene ehrenwörtliche Erklärung gebrochen" verfaßt, verlegt und sohin auch dessen Weiterverbreitung veranlaßt zu haben?

1. Zusatzfrage (im Falle der Bejahung der ersten Hauptfrage): „Ist der Angeklagte Adolf Foller schuldig, durch die in der 1. Hauptfrage bezeichnete Stelle: „Nun ist .... Erklärung gebrochen", an sich und in Verbindung mit dem übrigen Inhalte des in der ersten Hauptfrage angeführten Aufsatzes den Privatkläger Josef Fiegl durch Mittheilung erdichteter und entstellter Thatsachen namentlich und fälschlich einer bestimmten unehrenhaften oder unsittlichen Handlung beschuldigt zu haben, die denselben in der öffentlichen Meinung herabzusetzen oder verächtlich zu machen geeignet wäre?

II. Hauptfrage: Ist der Angeklagte Adolf Foller schuldig, den im Monate Februar in Baden in Druck gelegten Aufsatz: Offener Brief an Herrn Prof. Josef Fiegl, Reichsrathscandidaten, unterfertigt mit: „Baden, den 17. Februar 1891, Adolf Foller, Obmann-Stellvertreter des Wahlvereines Baden", beinhaltend die Stelle: „Einen Gegner in unqualificirbarer Weise angreifen und persönlich dafür eintreten, daß derselbe nicht entgegnen darf, ist eine Feigheit, welche Sie sich zu schulden kommen ließen", verfaßt, verlegt und sohin auch dessen Weiterverbreitung veranlaßt zu haben?

2. Zusatzfrage (im Falle der Bejahung der zweiten Hauptfrage): „Ist der Angeklagte Adolf Foller schuldig, durch die in der zweiten Hauptfrage bezeichnete Stelle: „Einen Gegner ..... zu schulden kommen

ließen" an sich und in Verbindung mit dem übrigen Inhalte des in der zweiten Hauptfrage angeführten Aufsatzes den Privatkläger Josef Fiegl durch Mittheilung erdichteter und entstellter Thatsachen namentlich und fälschlich einer bestimmten unehrenhaften oder unsittlichen Handlung beschuldigt zu haben, die denselben in der öffentlichen Meinung herabzusetzen oder verächtlich zu machen geeignet wäre?"

III. Hauptfrage: „Ist der Angeklagte Josef Kraupa schuldig, die in der ersten und zweiten Hauptfrage bezeichneten Druckschriften in Kenntniß ihres Inhaltes an verschiedene Personen, insbesondere an Wähler des Reichsraths-Städte-Wahlbezirkes Baden-Bruck weiter verbreitet zu haben?

3. Zusatzfrage (im Falle der Bejahung der dritten Hauptfrage): Ist der Angeklagte Josef Kraupa schuldig, durch Verbreitung der in der ersten und zweiten Hauptfrage bezeichneten Druckschriften, beinhaltend die Stellen:

„Nun ist unser bisheriger Abgeordneter ..... Erklärung gebrochen" und „Einen Gegner ..... zu schulden kommen ließen", somit durch Mittheilung erdichteter und entstellter Thatsachen den Privatkläger Josef Fiegl namentlich und fälschlich einer bestimmten unehrenhaften oder unsittlichen Handlung beschuldigt zu haben, die denselben in der öffentlichen Meinung herabzusetzen oder verächtlich zu machen geeignet wäre?"

Nach einer nochmaligen, von Dr. Pattai erbetenen dreiviertelstündigen Unterbrechung folgten die Plaidoyers.

Das Plaidoyer Dr. Pattai's hatte nach einigen einleitenden Sätzen ungefähr folgenden Wortlaut:

„Der Privatkläger erzählt uns, daß er seinerzeit zur Candidatur wiederholt aufgefordert wurde und ihm, als er Schönerer in der Wohnung besuchte, ein bereits vorbereitetes Protokoll vorgewiesen wurde, das er und ebenso der mit ihm gekommene Candidat eines anderen Bezirkes, Herr Rudolf Wittmann, ohneweiters unterschrieb, nachdem ihm noch bedeutet wurde, daß solches bei Candidaturen stets üblich sei. Was nun den sogenannten Wahrheitsbeweis anbelangt, so fußt derselbe auf der von Fiegl im Jahre 1885 abgegebenen Erklärung. Nun gut, er hat unterschrieben. Es muß zunächst die Tragweite einer solchen Erklärung überhaupt erörtert werden. Der Abgeordnete wird entsendet von seinen Wählern, und diesen ist er verantwortlich. Aber nicht einmal von den Letzteren darf er nach dem Gesetze Instructionen annehmen — er soll ein freier Mann bleiben. Wenn daher Fiegl damals erklärte, dem Club Schönerer's sich anzuschließen, so kann dies keine andere Verpflichtung haben, als daß er sich verpflichtete, in einem neu zu gründenden Verbande Schulter an Schulter zu kämpfen. Eine Verpflichtung, sich zum willenlosen Werkzeuge eines Anderen zu machen, kann darin niemals liegen! Fiegl wurde der Abgeordnete seiner Wähler und nicht der Abgeordnete des Herrn Schönerer. So viel über die innere Bedeutung derartiger Erklärungen. Ich habe aber nicht einmal nothwendig, so etwas vorauszuschicken, denn auch nach dem strengsten Wortlaute hat Fiegl diese Verpflichtung eingehalten. Er ist dem Verbande beigetreten und hat weder diesen, noch das Pro-

gramm verlassen. Der Verband ist vielmehr durch absichtliches Uebelwollen zersprengt worden, wie ich im Folgenden zeigen werde. Bis Ende 1888 hat ein ernster Conflict überhaupt nicht stattgefunden, sonst hätten die Herren nicht durch vier Jahre einträchtig gewirkt.

Man wirft Fiegl vor, er hätte eine „Neigung" für den Liechtenstein'schen Schulantrag gezeigt. Thatsächlich hat Fiegl die gegen den Schulantrag gerichtete Erklärung öffentlich abgegeben und ist niemals dafür eingetreten. Zwar sagt Türk, daß selbst Schönerer zwei schlaflose Nächte zubrachte, und da durfte doch auch Fiegl über dasselbe nachdenken. Und wenn dies schon ein Abweichen vom Programme ist, so verbietet dieses überhaupt, daß der Abgeordnete sich auch eine eigene Meinung bilde, er hat dann einfach den Führer für sich denken zu lassen. Ob den Wählern damit entsprochen wird, ist freilich wieder eine andere Frage.

Fiegl hat, wie ihm vorgeworfen wurde, den Antrag auf Besitzunfähigkeit der Juden nicht unterfertigen wollen. Ich habe Türk darüber befragt, ob das Linzer Programm über die Judenfrage etwas enthält und darauf hingewiesen, daß im älteren genannten Programme nichts und auch in der nachträglichen Ergänzung nur ein allgemeiner Passus über das Ueberwuchern des Judenthums und seiner Presse enthalten ist. Dieser Kampf muß auch in einer anderen Weise geführt werden, in einer Unterstützung aller socialen Reformen, die das Judenthum zurückdrängen sollen. Den Antrag wegen Verbotes des Grundbesitzerwerbes hält Fiegl nicht nur für ganz undurchführbar, sondern auch seiner Partei für dermalen schädlich und dieser Ueberzeugung gemäß hat er gehandelt. (Bravo!) Was das erwähnte Programm betrifft, so hat es seinen Namen daher, weil es im Jahre 1882 bei einer Zusammenkunft in Linz festgestellt wurde. Dieses Programm, welches eine Anzahl von 12 Hauptpunkten, jeder wieder mit 3 bis 4 Unterpunkten enthält und die Form einer ziemlichen Druckschrift einnimmt, setzt im Detail das Bestreben der Partei fest. Niemand darf daran etwas ändern, es sei nur mit Zustimmung des Führers und man weiß nicht, auf welchen angemessenen Zeitraum seine Geltung dauert, nachdem heute bereits mancher Satz durch die Zeit selbst überholt ist. Gerade dieses specielle Programm ist das Unglück der Partei! Denn es ist ein Widersinn, zu Linz festsetzen zu wollen, was alles im Laufe der nächsten Jahre zu geschehen habe. Stets werden die Interessen einzelner Gruppen in den Details von jenen anderer abweichen und niemals kann eine Partei auf Grund einer solchen schroffen und starren Ausarbeitung zu Stande kommen. Keine andere Partei besitzt ein solches Programm, sondern man deutet allgemeine Grundsätze an, innerhalb welchen Raum für Bewegung und Fortarbeit ist. Hier aber begegnen wir dem widerlichen Schauspiele, daß Leute in den 20 Punkten zusammenhalten und zusammenstehen, bis sie beim 21. auseinandergehen und sich dann in den unglaublichsten Ausdrücken beschimpfen. Wie soll dann etwas geschaffen werden? Aber auch auf diese Ausführung hätte ich nicht einmal nothwendig, einzugehen. (Bravo!) Niemand ist im Stande, nur einen Punkt anzugeben, in dem Fiegl von diesem Programme abgewichen wäre.

Das einem behördlichen Erlasse nachgebildete Ausschließungs-decret aus dem deutschnationalen Vereine enthält zwei Motive, die mit einer Programmänderung nichts zu thun haben: 1. Daß Fiegl Schönerer bei seiner Haftentlassung nicht aus dem Landesgerichte abgeholt und 2. daß er bei der Wehrgesetzdebatte die Einigkeit gestört habe.

Was die unterlassene Abholung Schönerer's betrifft, so ist es begreiflich, daß Schönerer, der für die Partei sicher Vieles gethan und anläßlich seiner von ihm aus politischen Motiven gesetzten Handlung schwer gebüßt hatte, auf eine Begrüßung durch seine Genossen Werth legte. Allein anderseits ist auch einleuchtend, daß gerade ein Aufzug aller sechs Abgeordneten bei dem Umstande, als man ohnehin auf weiteren Zulauf rechnen konnte, sehr leicht zur Wiederholung jener Vorfälle hätte führen können, die bei der Gefangennahme stattgefunden hatten, und derentwegen eine Unmasse anderer Unbetheiligter in Haft genommen worden war. Es war daher nur tactvoll, wenn die Verbandsmitglieder beschlossen, eine Deputation von nur zwei Herren ins Landesgericht zu entsenden, während die Uebrigen ihn im Hotel erwarteten. Die Deutung, Schönerer habe das Erscheinen der sechs Abgeordneten gewünscht, um persönlich durch dieselben geschützt zu werden, ist doch zu sehr bei den Haaren herbeigezogen. Schönerer hatte ja nicht zu fürchten, daß er bei der Haftentlassung insultirt werde, denn, wenn eine Demonstration zu erwarten gewesen wäre, so wäre diese nur zu seinen Gunsten gewesen. In der unterbliebenen Abholung kann man daher höchstens einen Etiquettefehler finden, wie er am Hofe eines kleinen Fürsten mit Ungnade bestraft wird, aber ein Abweichen vom Programm kann doch hierin nicht gelegen sein!

Was aber die Wehrgesetzdebatte betrifft, so möchte ich Folgendes vorausschicken. Es ist vielseitig vermerkt worden, daß seit der Verhaftung Schönerer's mehrfache Kundgebungen hervortraten, welche eine feindselige Stellung gegen den Staat überhaupt anzudeuten schienen. Es ist vollständig begreiflich, daß bei Schönerer selbst eine gewisse Verbitterung eingetreten war, und mit derselben muß bei Beurtheilung seiner Person gerechnet werden. Es ist aber unverantwortlich, daß durch manchen seiner engsten Anhänger diese Stimmung, statt mäßigend zu wirken, geradezu cultivirt wurde.

Meine Herren Geschworenen! Der ehrliche Mann hat nicht nöthig, sich in die Brust zu werfen und zu rufen: Ich bin ehrlich! Die treue Frau prahlt nicht mit ihrer Treue. Und ebenso ist die Vaterlandsliebe etwas Selbstverständliches, das nicht versichert zu werden braucht. Wenn aber einer mein Ehrenkleid betastet, so muß ich mich wehren und wenn fortwährend geflissentlich Dinge in Scene gesetzt werden, welche in hämischer Weise über unser engeres Vaterland sich äußern, so kann, ja muß denselben entgegengetreten werden.

Die Vorgänge bei der Wehrgesetzdebatte sind bekannt. Türk selbst erklärt in seiner Aeußerung, daß er die Armee nicht gemeint habe und diesfalls mißverstanden worden sei. Dies gebe ich zu. Allein die Erklärung bleibt trotzdem eine höchst verletzende. Ich weise nur auf das Beispiel hin: Was würde im preußischen Abgeordnetenhause geschehen,

wenn dort ein Abgeordneter sagen würde: „Gott behüte Oesterreich davor, auf preußische Hilfe angewiesen zu sein!" Türk meint zwar, er habe nur die Haltung der Parlamentsmajorität gemeint. Aber seit wann entscheiden Parlamentsmajoritäten über Krieg und Frieden? Wer stellt sich vor, daß durch eine Budgetverweigerung ein Krieg verhindert werden könnte? Im Kriegsfalle nimmt man außerordentlichen Credit und läßt nicht Wochen vorher von linker und rechter Seite debattiren, ob Oesterreich marschiren lassen soll. Die Aeußerung war deshalb doch als eine schroffe Bezweiflung der Staatstreue empfunden, daher das Auftreten sämmtlicher Parteiführer einschließlich Steinwender.

Darum die Verwahrung des Landesvertheidigungsministers, der Ordnungsruf des Präsidenten, darum die Bestätigung der später erfolgten Vereinsauflösung durch das Reichsgericht, die ausdrücklich in solcher Weise begründet ist. Allein, wie es die Gegner wollen, dürfen die sechs Clubobmänner, der Minister und das ganze Reichsgericht nur Unrecht haben, Türk allein besitzt die Weisheit und Türk allein besitzt das Recht.

Nun hat aber Fiegl ohnehin jene von Türk vorgebrachte Erklärung acceptirt und hiermit in vollem Einklange steht die Erklärung, die der Verband am nächsten Tage durch die Zeitung veröffentlichte. Dort hat Türk durch seine Unterschrift selbst bestätigt, daß er in Fiegl's Erklärung keinen Gegensatz erblickt. Aber wenige Zeit später sagt er, daß Fiegl auf Grund dieser Aeußerung ausgeschlossen werden soll. Türk wollte heute nicht wissen, was er unterschrieben hat, Fiegl aber macht er verantwortlich für ein Wort im Sturme der Debatte, das Fiegl in seiner Erklärung abgegeben hat, ohne mit den Clubgenossen gesprochen zu haben. Türk hat ja auch seine Clubgenossen durch die famose Enunciation überrascht, die Scene im Parlamente spielte sich Schlag auf Schlag ab. Da konnte Fiegl keine Berathung einberufen. Hätte er nichts erklärt, wäre dem deutschnationalen Verbande der Vorwurf nicht erspart geblieben, daß er jenen Zweifel wegen der Treue auf sich sitzen ließ. Ja, Türk wäre im Sturme der Entrüstung nicht einmal zum zweiten Male zum Worte gekommen. Fiegl hat auch vorangeschickt, daß er bei der Aeußerung Türk's nicht zugegen gewesen sei, deshalb konnte er weder für, noch gegen diesen eintreten. Wohl aber trat er dem Vorwurfe der Redner entgegen, indem er darauf hinwies, daß er selbst ein Mitglied der Armee gewesen sei. Die Erklärung konnte daher nicht unpassend gewesen sein. Wenn aber der Deutschnationale Verein dieser Erklärung entgegentrat, dann machte er nur gemeinsame Sache mit der Tactlosigkeit Türk's. Und was that denn Türk? Derselbe ergriff einige Wochen später neuerdings im Parlamente das Wort und sagte, er wehre sich in der That nicht gegen den Vorwurf von damals, er besitze wirklich einen geringen Vorrath an Patriotismus! In klarerer Weise vermöchte er seinen Wankelmuth nicht zur Erscheinung zu bringen! Zuerst eine Erklärung machen und dann sich hierüber entschuldigen; hierauf mit den Genossen sich einverstanden erklären und nach einiger Zeit die Entschuldigung zurückziehen und selbst die allerschlimmste Deutung acceptiren; zuletzt aber den Ausschluß des Genossen verlangen, das

ist denn doch eine Reihenfolge von Inconsequenzen und Ungeheuerlichkeiten, wie sie die reichste Phantasie nicht zu erfinden vermag.

Man tritt im „Deutschen Bezirksverein" in Mariahilf zusammen. Gemeinderath Schnarf warnte in der Comitésitzung, man werde durch die Identificirung mit der Aeußerung Türk's die Vereinsauflösung herbeiführen. Nutzlos! In der öffentlichen Versammlung, die übrigens nur von einem guten Dutzend Mustergenossen besucht war, wird Fiegl abermals angegriffen — man bringt es in die Presse! Fiegl wird nun aus dem Deutschnationalen Vereine ausgeschlossen. Desgleichen Schnarf, weil er gewagt hat, seinen langjährigen Freund zu vertheidigen. Und das wollen selbstständige Volksmänner sein?! Selbstverständlich schreitet die Regierung ein. Wo existirt der Staat, der sich's gefallen läßt, daß man Jenen, der eine verletzende Aeußerung über das ganze Reich einschränkt und zurückweist, wegen dieser Zurückweisung verfolgt und ausschließt, Jenen aber verhimmelt, der in seiner späteren parlamentarischen Aeußerung selbst alle, auch die schwersten Vorwürfe für gerechtfertigt erklärt, welche ihm aus jener Erklärung gemacht wurden, die aber heute blos mißdeutet worden sein soll. Fiegl erklärt, gegen diesen Ausschluß von dem jedem Vereinsmitgliede zustehenden Rechte Gebrauch zu machen und an die Hauptversammlung zu appelliren. Die „U. D. W." verkünden, daß keine Debatte hierüber geführt werden dürfe und der „Hinauswurf" bestätigt werden wird.

Eine Debatte verbietet man nur, wenn man sie fürchtet und thatsächlich war auch die Mehrzahl der Mitglieder des Vereines der Meinung Fiegl's und hätte den „Hinauswurf", wie der gemeine Ausdruck lautete, nicht bestätigt. Allein, es kam nicht zur Hauptversammlung, da eben die Behörde selbst dem unglaublichen Vorgange ein Ende machte; darüber nun verlangt aber erst Türk den Ausschluß aus dem „Verband." Er muthet selbstständigen Männern, welche als Volksvertreter gewählt sind, zu, daß sie ihren eigenen Beschluß, ihren Genossen opfern sollen. Weil der Verband der Nachsucht nicht genügte, und weil diese Herren trotz der „Peitschungen", denen sie, wie mehrfach geschildert, ausgesetzt waren, sich doch nicht fügten — trat Türk selbst aus. Erst nach Türk's Austritt folgten die Anderen nach. Der Verband war gesprengt — aber durch Türk, durch ein unverständiges, böswilliges Begehren, welches Niemand erfüllen konnte, der nicht seiner eigenen Unterschrift und den Thatsachen ebenso in's Gesicht schlagen wollte, als es Türk leichten Entschlusses gethan hatte.

Die Wähler in Baden aber verfolgten alle diese Vorgänge und sie nahmen für Fiegl Stellung. Am 15. Juni, schon längst nach der Wehrgesetzdebatte, beantragt Foller selbst eine „unbedingte Vertrauenskundgebung" und unterfertigte dieselbe eigenhändig; er kannte den ganzen Sachverhalt aus den Blättern. Am 5. December wiederholte sich dieser Vorgang; abermals unterschrieb der Angeklagte Foller, der heute in Fiegl's Vorgehen den „Wortbruch" finden will, die Erklärung. Heute gibt er vor, er sei hiezu überredet

worden! Was sind das für Männer, die, wenn auch jung, sich aber doch mit Politik befassen. Sie lesen, sie hören, sie wissen was sie unterschrieben haben, und erklären dann das Gegentheil von dem, was sie unterschrieben haben. Nach einiger Zeit, während am 12. December noch Foller dem Kläger abermals einen Zustimmungsbrief schrieb, kommt am 29. December eine neue Ausschußsitzung und wird ein Brief verlesen, in welchem Schönerer energisch fordert, Fiegl fallen zu lassen. Und sofort findet sich Einer, der beantragt, sich von Fiegl abzuwenden. Es kommt die Vereinsversammlung vom 2. Februar 1890. Allein der bisherige Ausschuß gibt die Demission und der Verein stellt sich abermals auf die Seite Fiegl's. Damals schon entwickelte Foller jene unsinnigen und durch seine eigenen Kundgebungen widerlegten Anschuldigungen, die den Gegenstand der heutigen Klage bilden, und Fiegl tritt ihm mit Erfolg entgegen.

Am 28. December 1890 kommt es abermals zu einer Versammlung, in welcher Fiegl seinen Bericht über seine Thätigkeit erstattet, und Foller erneuert seine Angriffe. Fiegl widerlegt ihn abermals mit seinen eigenen Worten. Zahlreiche Wähler aber, welche ernster und vernünftiger als dieses jugendliche Parteiführerthum, die Versammlung der Erörterung dringender Angelegenheiten gewidmet wünschen, drücken bereits ihren Unwillen aus.

Nun erfolgte die Reichsrathsauflösung. Am 14. Februar d. J. war die Versammmlung des Wählervereins. Im Ausschuß war eine Vorbesprechung gewesen. Foller trat für den bisher in den Wahlbezirk unbekannten Himmelbauer ein, verlangte aber selbst, daß zu der Hauptversammlung gar keiner der Candidaten vorgeladen werden soll, indem sich Himmelbauer mit Fiegl nicht messen könne. Also eine Wählerversammlung, die über die Reichsrathswahl schlüssig werden soll, ohne die Candidaten zu sehen! Was für Ausgeburten dieses Parteiwüthen noch hervorbringen wird!

Man geht eben, wie schon aus der Mariahilfer Versammlung verlesen, von der Idee aus: Die Wähler sind nichts, die Partei bestimmt; wen Schönerer nominirt, der muß gewählt werden. Thatsächlich aber hat Himmelbauer 80 Stimmen erhalten, Fiegl jedoch 1100 Stimmen! Das Comité beschließt jedoch, beide Candidaten einzuladen, von denen jedoch nur Fiegl erscheint. Wenige Tage vor der Versammlung werden anonyme Flugschriften wider denselben ausgestreut. Fiegl erwähnt, daß bereits vor der im Herbst stattgefundenen Landtagswahl ein ähnliches, ganz niedriges Manöver mit anonymen Flugschriften wider ihn inscenirt worden sei, welche fast den gleichen Wortlaut, wie die gegenwärtige hatten. Er erließ eine schriftliche Erwiderung, die er dann auch versandte.

Die Schwurgerichtsverhandlung hat das interessante Factum ergeben, daß bei jener Landtagswahl der heutige Mitangeklagte Kraupa auch Plakate anschlagen ließ, welche an den Mauerecken in dem Stadtbezirke Baden den auftretenden Bürgermeister von Mödling gleichfalls des Wortbruches beschuldigen. Man sieht, in welcher

Weise diese unreifen Leute mit Anschuldigungen herumwerfen! Nun, jener Wortbruch soll darin bestanden haben, daß dieser Bürgermeister erklärte, nicht zu candidiren, und doch später auf Zureden seiner Mitbürger sich bereit erklärte, das Mandat anzunehmen.

In der Versammlung nun, als Fiegl mitten in seiner Candidatenrede die fortwährenden Manöver mit anonymen Pamphleten erwähnt, meldet sich Foller als Verfasser. Und nun glaubt er dadurch ein Recht erworben zu haben, die Anwürfe dieses bis dahin anonymen Pamphletes abermals in die Versammlung zu bringen. Allein der Vorsitzende verweist ihn auf die Tagesordnung, und mit Recht. Denn eine Versammlung vor einer Reichsrathswahl hat in der That ernstere Zwecke, als wiederholt abgethanes Gezänke zum Verdrusse der Wähler und mit Mißbrauch ihrer Zeit zum drittenmale zu erörtern. Die Verfügung des Vorsitzenden wird mit lauten Zustimmungen aus der Versammlung begleitet, welche der widerlichen Quälereien müde ist, mit denen Foller systematisch die Zusammentretungen der Wähler stört. Fiegl selbst erklärt — das sagt er ganz offen — es abgelehnt zu haben, sich mit diesen Verleumdungen in öffentlicher Versammlung herumzuschlagen. Vor Gericht wird heute diese Angelegenheit ausgetragen. Das aber nennt Foller eine Feigheit! Wenn Fiegl dies aus Feigheit that, warum ist er ihm zweimal in früheren Versammlungen entgegengetreten? Wir haben gehört, wie vielen Verfolgungen, ja, Beeinträchtigungen seiner Existenz sich Fiegl im Interesse der Parteisache ausgesetzt hat, wie ihm seinerzeit die Partei dies selbst schriftlich anerkannte, wie er vor behördlichen Verfolgungen nicht zurückgeschreckt war, um einem Collegen in einer Ehrensache Beistand zu leisten. Wir haben heute gesehen, daß dort, wo es Pflicht und Ehre ihm gebot, Fiegl auch den höchst widerwärtigen und gewiß nicht leichten Kampf mit dieser Art von Gesinnungsgenossen nicht gescheut hat, und heute sehen Sie ihn abermals vor Gericht zur Wahrung seiner Ehre.

Und wenn Sie, meine Herren Geschworenen, den Eindruck gewonnen haben, daß manche recht erbärmliche Kleinigkeiten heute im Wege des Beweisverfahrens Ihnen vorgeführt wurden — wir sind nicht schuld daran. Aber unverantwortlich ist es, auf Grund dieser erbärmlichen Kleinlichkeiten, gewaltsam herbeigesuchten Anwürfe und mit Verleugnung der Wahrheit und eigener früherer Aussprüche geschmiedeten Waffen einem Manne, der in öffentlicher Stellung Jahre hindurch treu und wacker ausgeharrt hatte, derartige abscheuliche Angriffe zu machen. Deshalb bitte ich um Bejahung der Schuldfragen."

Hierauf erhält das Wort **Dr. Vincenz v. Berger.** Derselbe führt aus:

„Es wird von unserer Seite zugegeben, daß die beiden Schriftstücke, welche Gegenstand der Anklage sind, von Herrn Foller verfaßt und verbreitet worden sind; es wird auch zugegeben, daß diese beiden Schriftstücke schwere Angriffe gegen die Ehre der Person des Herrn Professors Fiegl enthalten; allein nicht zugegeben wird, daß der Herr Privatkläger leichtfertiger Weise angegriffen wurde. Nicht fälschlich, sondern mit vollem Fug und Recht wurde Herr Pro-

fessor Fiegl eines feigen Verhaltens Foller gegenüber geziehen und nicht fälschlich, sondern leider nur mit allzuviel Berechtigung wurde gegen ihn die Anschuldigung erhoben, daß er seiner unter Verpfändung seines Ehrenwortes abgegebenen Zusage untreu geworden sei. Die Ergebnisse des Wahrheitsbeweises lassen darüber keinen Zweifel aufkommen.

Meine Herren Geschworenen! Sie werden nicht verkennen, daß die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, eine schwierige ist. Nicht leicht ist es, Nuancirungen, wie sich Herr Professor Fiegl gestern ausdrückte oder, um deutsch zu reden, Häutungen durch concrete Thatsachen anschaulich zu machen. In der Natur der Sache liegt es, daß Derartiges möglichst zu erschweren gesucht wird. Im gegebenen Falle aber liegen bestimmte greifbare Umstände vor, welche gar keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß der Herr Privatkläger heute oder vielmehr schon zur Zeit, als die Angriffe gegen ihn gerichtet wurden, nicht mehr auf demselben Standpunkte stand, als zu jener, wo er sich Schönerer angeschlossen hat, daß er also von der Partei, der er sich angeschlossen hat, abgefallen sei.

Es ist selbstverständlich und wird von Ihnen, meine Herren, sicherlich als berechtigt anerkannt werden, daß einem Manne von der Stellung und Intelligenz des Herrn Professor Fiegl gegenüber der strengste Maßstab angelegt werden muß, wenn es sich um die Beurtheilung seines Verhaltens handelt. Talent, Beredsamkeit, Wissen und alle Gaben des Geistes sind nichts, wenn sie nicht von einem festen Charakter geleitet und geführt werden.

Das Erste und Wichtigste, was man von einem Manne erwartet, der ein öffentliches Amt, die höchste Ehrenstelle, die das Volk zu vergeben hat, bekleidete und neuerlich anstrebte, ist Ueberzeugungstreue, Treue gegen sich, Treue gegen Diejenigen, die ihm ihre Interessen anvertrauten, unverbrüchliches Festhalten an seinen Grundsätzen, an der Sache, die er für die seiner Ueberzeugung erklärt hatte.

Es gilt dies in erhöhtem Maße von Denjenigen, die sich unserer deutschnationalen Partei angeschlossen haben, und zwar deshalb, weil dieselbe eine exponirte Stellung einnimmt, weil wir nämlich — ich bekenne es offen — in nationalen Fragen einen extremen, einen radicalen Standpunkt einnehmen, weil Jeder, der sich unserer Partei anschließt, sicherlich allen Anfeindungen ausgesetzt ist. Er hat Vieles und Viele gegen sich, vor Allem die allerdings große Macht des Judenthums, die dem Vertreter des Herrn Privatklägers derzeit so sehr zu imponiren scheint, vielfach auch Regierungsorgane, sowie auch manche Kreise der Bevölkerung, denen das Verständnis für nationale Bestrebungen noch nicht aufgegangen ist.

Verlangt wird, daß er stramm und unentwegt zur Partei halte, daß er Trotz zu bieten wage aller Gegnerschaft, nicht schwankend und zaghaft sei.

Damit Ihnen, meine Herren, dies begreiflich ist, müssen Sie sich, ich bitte Sie darum, die politischen Grundanschauungen unserer Partei vor Augen halten.

Dies ist zur Beurtheilung der ganzen Sachlage aus dem Grunde von Wichtigkeit, weil so oft darauf hingewiesen wird, daß unser Verhalten zu bedenklichen Schlußfolgerungen führe, weil gegen uns sogar der Patriotismus in's Treffen geführt wurde. Meine Herren Geschworenen! Die politische Stellung, welche Sie einnehmen, ist uns unbekannt und vollkommen gleichgiltig. Ich bitte Sie nur, daß Sie auch unseren Anschauungen Rechnung insoferne tragen, daß Sie auf Grund der gegebenen Darlegungen sich vor Augen halten: Was wollen wir?

Wir wollen, daß unsere nationalen Interessen, welche uns das Heiligste sind, vor Allem gewahrt bleiben, daß dieselben unentwegt zur Geltung und zum Ausdrucke gebracht werden.

Ausgehend von dieser Anschauung, ist einer der ersten Punkte des sogenannten Linzer Programmes, welches nicht, wie der Herr Klageanwalt bemerkte, ein ganzes Buch ist, sondern — wie Sie hier sehen — in wenigen Blättern die heiligsten Grundsätze unserer Partei festsetzt, daß angestrebt werden müsse: Lostrennung Dalmatiens, jedoch Angliederung an Croatien und Slavonien, und Sonderstellung Galiziens, so wie sie Croatien unter den Ländern der ungarischen Krone einnimmt, damit auf diese Weise die Deutschen in Oesterreich das natürliche, nicht mehr verrückbare Uebergewicht erhalten, die Majorität im Reichsrathe gewinnen und dadurch die ihnen gebührende Führerschaft erringen, damit sie in den Ländern, die sie mit ihrem Gut und Blut zusammengekittet haben und auch heute noch zusammenhalten, dauernd und unangefochten für immer der ausschlaggebende Factor sind.

Das ist unser Standpunkt, den wir zur Geltung bringen wollen, nicht blos im Interesse unseres Volksthums, was uns allerdings das Wichtigste ist, sondern auch deshalb, weil nach unserer Ueberzeugung dies das einzige Mittel ist, den Staat vor schweren Gefahren, ja vielleicht vor dem Untergange zu bewahren. Nun frage ich Sie, meine Herren, das ist unsere Grundanschauung, von der gehen wir aus, das ist unser Standpunkt — was ist Unpatriotisches daran?

Ich stehe hier nicht nur als Anwalt meines Clienten, ich bitte, in mir nicht den Advocaten, den berufsmäßigen Vertheidiger zu erblicken, ich stehe hier nur deshalb, weil ich überzeugter Partei- und Gesinnungsgenosse Schönerer's bin, als welchen ich mich schon wiederholt offen und unumwunden bekannt habe und auch heute bekenne. In dieser meiner Eigenschaft, als Eingeweihter also, kann ich Ihnen, meine Herren, mit aller Bestimmtheit sagen: Wir haben kein geheimes Programm. Was wir anstreben, sagen wir offen, wir gehören nicht zu den Leuten, welche ihre Anschauungen verbergen. Sie können es mir auf's Wort glauben. Wir pflegen offen und furchtlos, ohne Scheu und Zagen auszusprechen, von welchen Anschauungen und Gesinnungen wir beseelt sind.

Allerdings hat dies unter den gegebenen Verhältnissen die Folge, daß wir auf sofortige praktische Erfolge verzichten müssen. Nicht darum ist es uns aber in erster Linie zu thun, wir bemühen uns nicht, Mandate zu ergattern, wir wollen vor Allem sozusagen

einen Krystallisationskern bilden für nationale Bestrebungen und Gesinnungen, die — Gott sei Dank — noch so viele in Oesterreich beseelen; Opportunitäts-Politiker passen da freilich nicht in unsere Reihen!

Deshalb ist es mir auch durch die eigenen Ausführungen des Herrn Privatklägers im Laufe der Verhandlung außerordentlich einleuchtend geworden, daß zwischen ihm und den übrigen Mitgliedern der Partei der Gegensatz von selbst, ja schon vorneherein gegeben ward, welchen er aber früher nach Möglichkeit zu verschleiern versuchte. Am besten kennzeichnen ihn die Ausführungen, die er bei den Versammlungen des Deutschen Bezirksvereines im Monate Mai 1889, von der im Laufe der Verhandlung die Rede war, gemacht hat. Da sagte er nämlich:

(Redner liest:)

„Vielleicht bewege ich mich bezüglich einiger Einzelnheiten des Programmes nicht auf dem Wege, den viele von Ihnen als den einzig richtigen ansehen!" und weiter: „Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß, wenn man Politiker ist, man auch politisch sein soll."

In diesen Aeußerungen liegt das bestimmte Zugeständniß, daß er nicht durchwegs unserem Programme treu geblieben ist. Meine Herren! Der Herr Privatkläger ist sehr politisch — sehr klug, wie er das Wort „politisch" übersetzt — daher mag er es auch verstanden haben, den Gesinnungswechsel, den er nach meiner Ueberzeugung vollzog, zu maskiren. Und damit gelange ich zu den einzelnen thatsächlichen Momenten, welche durch die geführten Beweise festgestellt wurden.

Bei Erörterung derselben werde ich es unterlassen, auf die weitläufigen Ausführungen des Vertreters des Herrn Privatklägers detaillirt einzugehen, weil dieselben meiner Ueberzeugung nach größtentheils irrelevanter Natur sind; dagegen ist gerade Dasjenige, was mir der Kern der Sache zu sein scheint, kaum berührt worden. Mit großer Breite besprach derselbe die Vorkommnisse bei der Wehrgesetzdebatte im Abgeordnetenhause am 10. April 1889. Hierauf muß ich, wenn auch so kurz als möglich, eingehen, weil dieselben eigentlich das ganze Substrat derjenigen Behauptung bilden, die darin gipfelt, daß durch das Auftreten Türk's in der Wehrgesetzdebatte und die Billigung, die er von der Partei erhalten, diese eine solche Stellung eingenommen habe, daß ein vernünftiger und praktischer Mensch gar nicht mehr mithalten konnte. Es ist im Laufe der Verhandlung bereits erwähnt worden, daß die Aeußerung Türk's und das Verhalten des deutschnationalen Vereines gegen dieselbe Anlaß zur Auflösung gegeben haben. Das ist richtig, beweist aber für den Kläger gar nichts. Ich bin in dieser Sache genau unterrichtet, weil ich seinerzeit die Ehre hatte, die Beschwerde des deutschnationalen Vereines gegen die Auflösung vor dem Reichsgerichte zu vertreten. Ich habe vor diesem Gerichte offen und unumwunden erklärt, die Anschauungen Türk's sind vollständig gerechtfertigt, ich bin mit ihm vollkommen einverstanden, seine Ansichten sind meine eigenen, ich sage dasselbe auch heute! Wenn die Aeußerungen Türk's wirklich so bedenklich und geradezu landesverrätherisch gewesen wären, wie behauptet wird, so hätte man mich zur Verantwortung ziehen müssen, denn ich bin nicht wie Türk durch die Immunität

des Abgeordneten geschützt. Es ist mir aber nichts geschehen, ja ich bin nicht einmal vom Präsidenten rectificirt worden! Dies wäre sicherlich erfolgt, wenn die von mir zu meinen eigenen gemachten Aeußerungen Türk's auch nur zu weitgehende gewesen wären. Ob dieselben zu billigen sind oder nicht, will ich hier nicht weiter erörtern, weil es in diesem Rechtshandel nicht darauf ankommt.

Jede wahre und wirkliche Ueberzeugung muß aber geachtet werden. Vor Allem dem Abgeordneten aber muß das Recht zuerkannt werden, seine Ueberzeugung auszusprechen, ja er ist dazu im allerstrengsten Sinne des Wortes verpflichtet. Türk deshalb anzugreifen, weil er seine Ueberzeugung aussprach, ist schon zu mißbilligen, was soll man da erst von dem Auftreten Figl's sagen! Dieser behauptet allerdings, er habe Türk schützen wollen. Da muß ich denn doch constatiren, daß zwischen der Aeußerung, welche Fiegl gemacht, und jener, die Türk abgegeben hat, ein wesentlicher Gegensatz besteht.

Ich will Sie nicht ermüden mit der Verlesung der betreffenden, Ihnen schon zur Kenntniß gebrachten Stellen, ich will nur darauf hinweisen, daß Türk bemerkte, er zweifle an der Bundestreue der Tschechen, Polen, Feudalen ꝛc. Wenn Sie bedenken, daß in der Sitzung selbst der Führer der Jungtschechen keine Stellung gegen Türk nahm, wenn Sie weiter bedenken, daß die Jungtschechen-Partei heute allein das Terrain in Böhmen beherrscht, daß die Alttschechen vom Erdboden weggefegt sind, so werden Sie wohl zugeben, daß die Aeußerung Türk's wohl berechtigt gewesen ist, daß er mit Fug und Recht sagte, die Betonung der Bündnißtreue von Seite der Tschechen u. s. w. sei nur Egoismus und Heuchelei. Das ist nur eine Bemäntelung ihres Votums für eine Regierungsvorlage, entspringt aber keineswegs ihren wirklichen Anschauungen und Ansichten. Türk hat sich nicht gegen den Staat, nicht gegen die Regierung, geschweige denn gegen die Armee oder gegen die Dynastie, sondern nur gegen die einzelnen Gruppen der Majorität gewendet.

Dem Abgeordneten Plener, dem Führer der Opposition, beliebt es, die ganz berechtigten Aeußerungen Türk's, sei es unabsichtlich oder absichtlich, vielleicht aus taktischen Parteirücksichten, das will ich dahingestellt sein lassen, mißzuverstehen und aus Türk's Rede einen Angriff auf die Armee herauszulesen, nämlich (Redner liest):

„Wenn es daher einen Abgeordneten gibt, der die österreichische Armee herabsetzt, erniedrigt und herabwürdigt, dann" ꝛc.

Das paßt doch auf Türk's Bemerkungen, wie die Faust auf das Auge. Türk hat ja die Armee gar nicht erwähnt. Deshalb aber diese Bemerkungen als gegen die Armee gerichtet zu bezeichnen, weil sie in der Wehrgesetzdebatte gemacht wurden, wie der Herr Vertreter des Privatklägers sagte, ist ein Argument, für welches Sie wohl kein Verständniß haben werden und das keiner Widerlegung bedarf.

Nach Plener wenden sich — offenbar unter der Herrschaft des von Plener introducirten Mißverständnisses — gegen Türk zunächst der von jenem geradezu provocirte Landesvertheidigungs-Minister, der die — gar nicht angegriffene — Armee in Schutz nahm, dann kam

Jaworski, der es für gut befunden hat, die polnischen und tschechischen Soldaten in Schutz zu nehmen, von denen ebenfalls nicht die Rede war. Dann folgten Coronini u. s. w. Nun trat Fiegl in Action. Ohne sich die Mühe zu geben, genaue Informationen einzuholen, ohne zu wissen, was Türk gesprochen habe, trotz der Warnung Dr. Pattai's, stürzte er sich mitten in die Debatte hinein und erklärte (Redner liest):

„In Bezug auf Patriotismus dürfen Sie uns keine Vorwürfe machen .... ich verwahre mich daher gegen eine solche Verallgemeinerung ....."

Alle Redner hatten sich aber nur gegen den Abgeordneten Türk gewendet, aber kein einziger hat eine Bemerkung bezüglich Fiegl's oder des Verbandes der Deutschnationalen gemacht.

Wer diese Aeußerungen — nämlich Türk's und Fiegl's — unbefangen gegen einander hält, muß zugeben, daß Dasjenige, was Fiegl vorgebracht hat, sich nicht deckt mit der Aeußerung Türk's, sondern daß dadurch Abgeordneter Türk erst recht isolirt wurde, daß durch Fiegl erst der Aeußerung Türk's der Stempel des Unpatriotismus aufgedrückt wurde. Fiegl hat nicht als Freund seines Freundes gehandelt, er hat ihn nicht unterstützt, er hat nicht auf das offenbar obwaltende Mißverständniß aufmerksam gemacht, was seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen wäre — er ist ihm einfach in die Flanke gefallen, er hat sich gegen ihn gekehrt.

Daß die Freunde Türk's, unsere Parteigenossen, darüber nicht entzückt waren und sich gegen die weitere Mitgliedschaft eines solchen Freundes in der Noth verwahrten, ist selbstverständlich. Daher war Fiegl, wenn auch nicht die directe, doch die indirecte Ursache der Auflösung des deutschnationalen Vereines.

Ich will die Entscheidung des Reichsgerichtes nicht einer Kritik unterziehen, aber deren Inhalt, auf den sich mein Herr Gegner so nachdrücklich berufen hat, ändert daran nichts, daß durch ein derartiges Vorgehen eines einzelnen Mitgliedes eines Verbandes oder einer Partei dieselbe geschädigt und in ihren Grundfesten erschüttert wird und daß daher auch gegen dasselbe vorgegangen werden muß.

Es ist nun nothwendig, die internen Vorgänge, welche sich einerseits beim deutschnationalen Verbande im Parlamente und andererseits beim politischen deutschnationalen Vereine in Wien abgespielt haben, in's Auge zu fassen. Ich will dieselben keiner eingehenden Erörterung unterziehen, denn aus denselben werden von uns, und wir sind ja Diejenigen, die den Wahrheitsbeweis zu führen haben, keine besonderen Consequenzen gezogen. Darauf aber glaube ich hinweisen zu müssen, daß Fiegl weder im Verbande noch im Vereine etwas gethan hat, die von ihm gestörte Einigkeit herzustellen, daß er das offene und ehrliche Wort: „Ich habe mich geirrt" nicht gefunden hat, sondern sich herauszureden, herauszuklügeln versuchte, daß man ihn also wohl als Abgefallenen behandeln durfte, ja mußte. Es liegen aber noch ganz andere positive Thatsachen vor, welche, wie ich glaube, mit Fug und Recht zu dem Schlusse führen, daß Professor Fiegl dem nationalen Programme nicht treu geblieben, daß er von demselben abgefallen sei. Da möchte ich vorerst hervorheben, daß der Herr Privatkläger — wie

durch wiederholte Zeugenaussagen, unter anderen auch durch jene des Herrn Abgeordneten Türk erwiesen ist — im Jahre 1886 dem Doctor Pattai als politischen Gegner entschieden entgegengetreten ist, nachdem er im Jahre 1884 in correcter Weise die Candidatur Pattai's unterstützt hatte, welch' letzterer damals als Candidat Schönerer's aufgetreten war und sich verpflichtet hatte, dem deutschnationalen Verbande beizutreten. Später ist Pattai thatsächlich gewählt worden; als er jedoch in's Parlament eingetreten war, schloß er sich dem Verbande Schönerer's nicht an und kehrte sich, wie wir gehört haben, dann gegen die deutschnationale Partei. Infolge dessen griff ihn Fiegl sehr scharf an, insbesondere auf einem Commerse der Verbindung „Oppavia" — wie wir von Türk gehört haben — so daß es diesem selbst zu scharf schien. Im Laufe der Verhandlung aber haben wir gehört, daß ihn heute nur die wirthschaftlichen Interessen von Dr. Pattai trennen; Professor Fiegl, der einen ländlichen Bezirk vertreten hat, sei für die Zollunion mit Deutschland und Dr. Pattai aber als Vertreter eines industriereichen Bezirkes ein Gegner derselben. Zwar verstehe ich dies nicht recht, ich bin allerdings kein Politiker von Fach; nach meinem schlichten Menschenverstande glaubte ich bisher stets, daß der Abgeordnete die Interessen des Volkes und des Staates im Allgemeinen zu vertreten habe und nicht nur die Interessen eines einzelnen Wahlbezirkes, und daß er auch in wirthschaftlichen Sachen eine feste Ueberzeugung besitzen solle und nicht nur die seiner Wähler oder gar nur eines Interessenkreises. Das ist übrigens an sich gleichgiltig; vom Belange und sehr charakteristisch ist, daß nach dem Zugeständnisse des Herrn Professors diese verschiedenen Anschauungen von ihm und Dr. Pattai das Einzige ist, was sie verhindert, sich in die Arme zu fallen.

Nun könnte man vielleicht die Frage aufwerfen, ob nicht vielleicht Dr. Pattai Nuancirungen zur nationalen Richtung Fiegl's vorgenommen hat — ich gebrauche hier den Ausdruck, den der Herr Privatkläger selbst angewendet hat. Das ist aber nicht der Fall. Denn Dr. Pattai hat in seiner Rede, die er am 14. October gehalten und von der ich ihm heute einige Stellen vorgehalten habe, in scharfer Weise gegen die Deutschnationalen Stellung genommen; er hat sie als unpatriotisch, als antidynastisch bezeichnet. Das hielt aber Professor Fiegl durchaus nicht ab, Versammlungen zu veranstalten, welche Dr. Pattai und solche, die dieser einberief, zu besuchen.

Heute ist zwischen den beiden Herren nach ihrem eigenen Zugeständnisse kein erkennbarer Unterschied oder doch nur in zollpolitischen Fragen. Von dem Privatkläger wird die Sache so dargestellt, daß nicht sachliche Gründe, sondern sein Verhalten bei der Enthaftung Schönerer's der treibende Grund der Stellungnahme der Partei gegen ihn gewesen wäre.

Obwohl ich daraus keine weiteren Consequenzen ziehen will, so muß ich doch, nachdem die Sache so eingehend erörtert wurde, mich auch hierüber aussprechen.

Vor Allem muß ich dem entgegentreten, daß es sich da vielleicht um eine Frage der Eitelkeit oder der Etiquette gehandelt habe.

Nein, so stand die Sache nicht.

Es ist wohl selbstverständlich, daß — wenn ein Mann das erlitten hat im Dienste der Partei, was Schönerer erlitten hat — von ihm eine Aufmerksamkeit, ein ostentatives Zusammengehen Derjenigen, die bisher seine Gesinnungsgenossen waren, gerne gesehen worden wäre. Aber nicht der Wunsch Schönerer's allein, sein eigener Herzenstrieb hätte Fiegl bewegen sollen, als einer der Ersten dem Manne, der ihn dazu gemacht hatte, was er im öffentlichen Leben war, die Hand zu drücken! Doch der Herr Professor brachte im Verbande den Antrag Türk's, in corpore sich einzufinden, zu Fall, es genügte ihm, dann später in einem Gasthofe seine Aufwartung zu machen. Es scheint ihm aber nicht angenehm gewesen zu sein, coram publico vor der Oeffentlichkeit noch immer als Anhänger Schönerer's, den er wohl für politisch todt hielt, zu erscheinen, trotzdem Schönerer die dringende, herzliche Bitte an sämmtliche Abgeordnete seines Verbandes gerichtet hatte, sich zu seiner Enthaftung im Strafgerichtsgebäude einzufinden, da er fürchtete, vielleicht Unannehmlichkeiten ausgesetzt zu sein und sich im Kreise mehrerer Abgeordneter sicher fühlte.

Der Vertreter des Herrn Privatklägers hat entschuldigend darauf hingewiesen, daß ein großer Menschenandrang zu erwarten war, daß Fiegl nur lästigen und überflüssigen Demonstrationen ausweichen wollte, daß man auch nicht so viele Personen in die Verwaltungskanzlei hätte eintreten lassen.

Dem entgegne ich: Die Enthaftung Schönerer's erfolgte, wie Fiegl wußte, um 7 Uhr Früh; allgemein glaubte man, er werde um 10 Uhr wieder das Licht der Freiheit erblicken, es waren daher bei seinem Austritte noch gar keine Menschen angesammelt, später allerdings in riesiger Menge. Den Eintritt in das Gebäude des Strafgerichtes hätte kein Mensch verhindert. Herr Fiegl und seine Collegen hätten sich unbeanständet auf dem Corridor aufhalten können. Der Herr Klageanwalt spottet darüber, daß Schönerer einen Schutz gewünscht habe, da muß ich denn doch an die Scenen bei Schönerer's Verhaftung erinnern! Er war damals von Rosenau an von einem Cordon von Sicherheitsorganen umgeben, es kam zu einer colossalen Menschenansammlung. Das Landesgericht war an diesem Tage förmlich belagert, es war gar nicht möglich, bis zu demselben zu gelangen. Ich spreche da aus eigener Erfahrung.

Es soll zu Ausschreitungen gekommen sein, was bei der Aufgeregtheit der Leute begreiflich war. Unter diesen Umständen konnte Schönerer mit Recht befürchten, daß — wenn bei seiner Enthaftung etwas Aehnliches geschehe — man ihm als Mitschuldigen, als Theilnehmer neue Unannehmlichkeiten bereiten werde, daß er also selbst gefährdet sei, weshalb er erhöhten Schutz durch die Anwesenheit sämmtlicher Abgeordneten wünschte.

Fiegl's Verhalten bei der Enthaftung Schönerer's war also nicht das eines Freundes, eines Gesinnungs- und Parteigenossen.

Die allerbezeichnendsten Thatsachen aber, die klar und deutlich zeigen, daß der Herr Privatkläger von dem Programme abgefallen sei, zu dem er sich ehrenwörtlich verpflichtete, will ich nun noch kurz erwähnen. Am 28. April 1885 hat Herr Professor F i e g l die Erklärung ausgestellt:

(Redner verliest dieselbe.)

Der Herr Vertreter des Herrn Privatklägers hat darauf hingewiesen, daß ja eigentlich im Grunde genommen so eine Erklärung nicht ernst zu nehmen sei, denn auch die eigenen Wähler können den Abgeordneten nicht an ein bestimmtes Programm binden.

Es ist nun allerdings richtig, daß ein sogenanntes imperatives Mandat nach unserer Verfassung nicht gestattet ist.

Etwas ganz anderes aber ist es, wenn es heißt: „Das ist der Standpunkt unserer Partei, diesen Standpunkt wollen wir einnehmen, an diesem Standpunkt wollen wir festhalten."

Wenn ich nun erkläre, dies ist auch meine Ansicht, so thue ich dies nicht einem Anderen zu Nutz' und Frommen, sondern weil es auch meine Ueberzeugung ist, und deshalb ist es für mich bindend. Niemand kann ja gezwungen werden, sich einer bestimmten Partei anzuschließen, t h u t e r e s a b e r, s o a c c e p t i r t e r d e r e n G r u n d s ä t z e a l s d i e s e i n e r v o l l e n U e b e r z e u g u n g und ist daher auch, wenn er ein **Ehrenmann** bleiben will, an dieselben gebunden.

Nun hat der Herr Privatkläger gesagt: „Ich habe zwar die Erklärung unterschrieben, aber es ist mir abgerathen worden, mich mit der damals schon bemerkbaren extremen Richtung S c h ö n e r e r's zu identificiren."

Meine Herren Geschworenen! Ich sage ganz offen, die Anschuldigung, welche gegen den Herrn Privatkläger erhoben wurde, scheint mir mit Rücksicht auf diese seine eigenen Worte v i e l z u m i l d e z u s e i n!

Man könnte weiter gehen und sagen: „Du hast Dich nicht angeschlossen aus freier Ueberzeugung, sondern u m C a r r i è r e z u m a c h e n, m i t d e m H e r z e n w a r s t D u n i c h t b e i d e r S a c h e."

Wenn man diese Aeußerung sich vor Augen hält, dann ist alles Uebrige klar, dann wird Ihnen auch sofort einleuchtend und glaubwürdig erscheinen, daß der Herr Privatkläger — wie Zeuge H e r z o g angegeben hat — am 15. Juni 1890 in einer Wählerversammlung gesagt hat: „Ich hoffe, daß unser (deutscher) Herrgott es fügen wird, daß wir mit den deutschen Brüdern im Reiche wieder vereinigt werden"; daß er ferner am 5. December 1889 sagte: „Ich werde eine Broschüre veröffentlichen, in welcher ich das geheime Programm der Deutschnationalen preisgeben werde, wodurch Mancher seiner gewohnten Kost entzogen würde." Diese Aeußerungen hat Professor F i e g l gemacht nach der bestimmten und unter Eid abgegebenen Aussage des Herrn H e r z o g. Professor F i e g l hat es gehört, scheint jedoch nicht den Muth gefunden zu haben, dem Zeugen entgegenzutreten.

Es ist ferner — wie derselbe Zeuge mit aller Bestimmtheit ausgesagt hat — diese Aeußerung gemacht worden, nachdem eigentlich der officielle Schluß dieser Versammlung eingetreten ist, bei welcher allerdings dem Abgeordneten Fiegl das Vertrauen votirt worden ist, das jedoch nicht votirt worden wäre, wenn der Herr Professor Fiegl die Aeußerung früher gemacht hätte. Von diesem Moment an aber haben sich alle Diejenigen, die so lange fest zu ihm gehalten haben, von ihm für immer zurückgezogen.

Ein anderes, sehr wichtiges Moment für die Beurtheilung Fiegl's geht aus dessen Verhalten bei der Branntweinsteuerdebatte hervor, worüber Türk Zeugenschaft gegeben hat. Dieses Branntweinsteuergesetz war vielleicht das wichtigste Gesetz, welches in der Session 1888 dem Parlament vorgelegt wurde. Es herrschte eine große Erregung in ganz Cisleithanien, weil zum Vortheile einer Provinz oder eigentlich einiger propinationsberechtigter galizischer Großgrundbesitzer das ganze Reich mit einer Last von 20 Millionen hätte belastet werden sollen.

Bei einer so wichtigen Vorlage hatte jeder Abgeordnete, und insbesondere die opponirenden, die heiligste Pflicht, auf dem Platze zu sein. Dies war insbesondere Pflicht des Herrn Professor Fiegl.

Was that er? Eine halbe Stunde vor der entscheidenden Abstimmung entfernte er sich, um seine Verlobung zu feiern, die er wohl auch eine halbe Stunde später hätte feiern können. Wegen privater und wenn auch noch so interessanter Angelegenheiten dürfen aber von einem Abgeordneten die Interessen seiner Mandatare, des Volkes, nicht hintangesetzt werden!

Dies gilt besonders von Professor Fiegl, der kleine Landstädte vertrat. Ich erinnere Sie ferner daran, daß der Zeuge Härdtl mit aller Bestimmtheit aussagte, daß Professor Fiegl die sehr scharfe Aeußerung Pattai's gegen uns Deutschnationale, mit welcher derselbe sie antiösterreichischer und antidynastischer Bestrebungen beschuldigt, billigte und an derselben nur das Eine auszusetzen hatte, daß sie nur zu spät vorgebracht worden seien.

Meine Herren Geschworenen! Es wurde wiederholt im Laufe der Verhandlung, im Gegensatze zu uns, zu der deutschnationalen Partei, von Patriotismus Erwähnung gethan. Zu welcher Farbe wir uns bekennen, daß die nationalen Interessen für uns die wichtigsten sind, wurde Ihnen nicht verschwiegen. Ob in dieser Hervorhebung des nationalen Momentes an sich etwas Unpatriotisches gelegen sei, überlasse ich getrost Ihrer Beurtheilung.

Der Herr Anwalt des Klägers sagte selbst, jene Frau sei die beste, von deren Treue am wenigsten gesprochen wird, und so auch der Patriotismus der echteste, der nicht immer betont wird. Das ist recht schön gesagt. Diesen Worten entsprechen aber die Thaten der Herren nicht: Immer und immer ließ man gestern und heute die patriotische Saite erklingen!

Wir wollen das Beste unseres Volkes, aber das lassen wir uns allerdings nicht gefallen, daß man uns bei jeder Gelegenheit gewissermaßen einen Geßlerhut vor die Nase

pflanzt! Wer das thut, ist nicht mehr national. Herr Dr. Pattai hat es gethan, auch heute, Professor Fiegl aber steht durch seine eigenen Aeußerungen vollkommen auf dem Standpunkte des Dr. Pattai, abgesehen von allen politischen Fragen.

Ein grelleres, eclatanteres Abweichen vom deutschnationalen Programm kann es nicht geben. So bin ich zu Ende mit Dem, was ich vorbringen wollte, um darzuthun, daß die schwere Anschuldigung gegen Fiegl, für welche Foller, mein Freund und Client, die Verantwortung voll und ganz auf sich genommen hat, keine fälschliche ist, daß er vielmehr dem Professor Fiegl mit Fug und Recht vorgehalten hat, daß derselbe der Fahne, zu der er geschworen, untreu geworden, **daß er sein feierlich gegebenes Ehrenwort gebrochen hat.**

Was den zweiten Anklagepunkt, den Vorwurf der Feigheit anbelangt, so kann ich mich kurz fassen.

Es ist richtig, daß von Seite des Zeugen Pammer angegeben wurde, man wollte die Tagesordnung festhalten und keine Abweichungen von derselben gestatten. Diese Abweichung ist aber Fiegl gestattet worden. Wenn es Fiegl gestattet wurde, die ihn betreffenden Angriffe in die Debatte zu ziehen und seinerseits Foller anzugreifen, so mußte es auch Foller gestattet sein, darauf zu erwidern. Durch mehrere Zeugen ist festgestellt, daß Fiegl auf dieses Vorgehen des Vorsitzenden Einfluß genommen hat, indem er demselben zuflüsterte: „Entziehe ihm das Wort!" Es ist dies übrigens nebensächlich. Thatsache ist, daß Foller nicht das Wort erhielt und daß Fiegl es ihm nicht verschaffte. Dieser hat sich dadurch einer Erwiderung entzogen. Wenn ferner in Erwägung gezogen wird, daß eine Flugschrift ganz gleichen Inhaltes wie die zur Verlesung gebrachte, worin Professor Fiegl der Anwalt des Peterspfennig genannt wird, zur Zeit der Landtagswahlen verbreitet worden ist, daß aber diese Flugschrift nicht zum Gegenstande einer gerichtlichen Verfolgung gemacht wurde, ebenso wenig wie die zweite Flugschrift mit der Unterschrift „Ein deutscher Michel" fast gleichen Inhaltes, die sehr eingehende und sachlich begründete scharfe Angriffe enthielt, als deren Verfasser sich Foller bekannt hatte, daß er aber dagegen erst nach dem letzten Wahltermine die weit weniger scharfen Flugschriften verfolgte, so kommt man wohl zu dem Schlusse, daß es dem Herrn Privatkläger nicht ansteht, mit seinem Mannesmuthe zu prunken, weil er Ihnen, meine Herren, die Sache zur Entscheidung vorgelegt hat.

Ich glaube also, daß auch der Vorwurf der Feigheit vollkommen begründet ist.

Ich bin zu Ende, meine Herren, und habe Sie im Sinne meiner Ausführungen nur noch zu bitten, daß Sie, wie selbstverständlich die Hauptfragen bejahen, die Zusatzfragen dagegen verneinen oder mit dem Beisatze: „nicht fälschlich" bejahen mögen. Das Wörtchen „fälschlich" ist im Sinne des Gesetzes in den Fragen enthalten, denn nur dann wären meine Clienten schuldig, wenn sie fälschlich den Kläger beschuldigt hätten, fälschlich hat aber Foller diese Angriffe

nicht gegen den Herrn Privatkläger gerichtet, sondern mit Fug und Recht, daher ist mein Antrag begründet."

Dr. Pattai replicirt hierauf:

Der Herr Vertheidiger hat ausgeführt, seiner Partei sei es gleichgiltig, ob sie etwas erreiche, es liege ihr nichts an praktischen Erfolgen. Ich weiß nicht, ob Ihnen, meine Herren Geschworenen, als ernsten Männern, irgend etwas mit einer Partei gedient ist, die von vorneherein es aufgibt, praktische Ziele zu erreichen. Sie wollen ja doch, daß Gesetze zum Wohle der Bürgerschaft geschaffen werden, nicht daß man die Zeit mit selbstgefälliger Anpreisung nationaler Vorzüge verbrauche, für das in vieler Beziehung nothleidende Volk aber nichts thue. Ich muß auch bemerken, daß die deutschnationale Partei durchaus nicht immer auf dem vom Vertheidiger heute geschilderten überraschenden Standpunkte gestanden ist. Die Größe dieser Partei datirt aus der Zeit, wo ihr Führer sich rege um die gewerblichen und bäuerlichen Fragen annahm, sich aufs wirthschaftliche Gebiet begab, die Nordbahnfrage behandelte u. s. w. Nur heute, wo man sich durch eine Reihe von beklagenswerthen Ungeschicklichkeiten in die Lage gesetzt hat, nichts leisten zu können, wird jedes Streben, das auf wirkliche und nützliche Erfolge ausgeht, als „Opportunitätspolitik" geschmäht.

Redner kommt nun auf einige Angaben des Vertheidigers zurück, die er mit Rücksicht auf die Ergebnisse der Verhandlung berichtigt. So habe Dr. Berger erwähnt, daß nach Aussage des Zeugen Herzog Fiegl in der Badener Vertrauensmännersitzung vom 15. Juni 1889 geäußert habe, „der deutsche Herrgott werde es dahinbringen, daß wir mit unseren Brüdern im Deutschen Reiche vereinigt werden." Hierauf muß erwidert werden, daß dieser noch sehr jugendliche Zeuge mit seiner Angabe vollständig allein steht, daß kein weiterer Zeuge diese Worte gehört hat, vielmehr der Obmann des Vereines, Pammer, und Andere ausdrücklich erklärten, daß dieselben absolut nicht gefallen sind. Sie sind auch von Fiegl nach seiner ganzen Haltung nicht anzunehmen, und man macht ihm ja den Vorwurf, daß er sich nicht prononcirt äußerte. Und dann, meine Herren, die Aeußerung, die Herzog meinem Clienten in den Mund legt, würde denn die ein Bekenntnis zum deutschnationalen Programm vorstellen? Gerade die Angeklagten leugnen ja, daß das deutschnationale Programm solche Anforderungen aufstelle, ja, sie weisen es mit Entrüstung zurück, daß man ihnen auch nur einen solchen Schein hervorrufende Kundgebungen zumuthe. Es ist daher der denkbar größte Widerspruch, zu behaupten, Fiegl habe sich mit einer solchen Aeußerung in's Vertrauen der deutschnationalen Delegirten eingeschlichen, und die Gegenseite schlägt sich nur selbst, indem sie solche ganz vereinzelte und vollständig unglaubwürdige Behauptungen aufstellt.

Der Vertheidiger hat weiter bemerkt, Fiegl hätte dem Obmanne Pammer bei der Wählerversammlung vom 14. Februar leise zugeflüstert, er solle Foller nicht reden lassen. Ich habe nur darauf hinzuweisen, daß Fiegl dies öffentlich und mit gutem Grunde erklärte, und daß der Vorsitzende selbst constatirte, daß unmöglich die in zahlreich besuchter

Versammlung anwesenden Zeugen diese Erklärung bestätigen könnten, wenn sie nicht laut und deutlich erfolgt wäre.

Der Vertheidiger hat auch das bereits hinlänglich erörterte Gebiet des „Patriotismus" in seine Ausführungen einbezogen. Ich stimme mit ihm überein, daß der Patriotismus nicht in aufdringlicher Weise geltend gemacht werden muß. Aber ich wiederhole ihm, daß dieses Zartgefühl durchaus nicht mit sich bringt, daß man verletzenden Aeußerungen nicht entgegentreten dürfe. Ja, gerade um seine Partei gegen solche Vorwürfe in Schutz zu nehmen, mußte Fiegl die fragliche Aeußerung in der Wehrgesetzdebatte machen. In der Hinsicht stimme ich aber mit dem Vertheidiger durchaus nicht überein, wenn er in seinen bezüglichen Ausführungen erklärt hat, man dürfe seiner Partei nicht einen Geßlerhut aufstecken, vor dem sie bei jeder Gelegenheit ein Reverenz machen soll. Der Geßlerhut war das Zeichen eines fremden, in's Land gekommenen Tyrannen. Die österreichische Vaterlandsliebe, meine Herren Geschworenen, ist kein Geßlerhut, sondern ein Gefühl, das jedem Sohne seines Landes in's Herz gegraben ist. Wir sind in Oesterreich nicht unter einer fremden Herrschaft, sondern in einem deutschen Lande, welches auch stets so bleiben soll. Gerade aber, um es so zu erhalten, muß jenen Erscheinungen entgegengetreten werden, die eine Partei, welche einst hoffnungsvoll die Oeffentlichkeit betreten hat, auf Abwege bringen würden, die der deutschen Sache nur schädlich sein könnten.

Der Vertheidiger hat schließlich dem Kläger zum Vorwurfe gemacht, daß er nicht auch die früheren Druckschriften in die Klage einbezogen hat. Es ist also plötzlich dem Gegner noch zu wenig, was geklagt wird. Nun, die früheren Schriften waren einfach anonym; wie der Angeklagte aber hervortrat und selbe unter seinem Namen erneuerte, da schritten wir zur Klage. Wenn solche Schlußfolgerungen hervorgesucht werden müssen, so zeigt dies nur, mit wie schwachen Mitteln die Vertheidigung zu arbeiten genöthigt ist."

Dr. v. Berger erhält sodann das Wort zur Duplik; derselbe führt aus:

Dr. v. Berger: „Trotz der schon sehr vorgerückten Zeit kann ich nicht umhin, auf einige Aeußerungen des Herrn Vertreters des Herrn Privatklägers zu entgegnen, die nicht unerwidert bleiben dürfen, aber nur wenige Worte habe ich an Sie, meine Herren, zu richten.

Wenn der Anwalt der Klagepartei darauf hinweist, daß ich bemerkt hätte, die heutige deutschnationale Partei habe auf jeden practischen Erfolg verzichtet, so ist das eine Verdrehung oder Misdeutung meiner Worte.

Jeder von uns wird soviel zu erreichen suchen, als unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, er wird aber nicht — und das habe ich betont — deshalb seiner Ueberzeugung keinen Ausdruck geben, weil dies keinen unmittelbaren practischen Erfolg hat; namentlich hat Jeder von uns in wirthschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen.

Dies zu thun war Professor Fiegl anläßlich der Versammlung über das Branntweinsteuergesetz möglich gewesen, er hat es jedoch nicht gethan.

Der Herr Vertreter hat dies allerdings als belanglos dargestellt, indem, wie er bemerkte, ohnedies eine Majorität von 12 Stimmen vorhanden gewesen sei. Allein, das konnte man nicht im Vorhinein wissen. Der Ausgang war jedenfalls von wenigen Stimmen abhängig.

Abgeordneter Türk hat ausgesagt, es habe ihn Fürst Liechtenstein ersucht, sich der Abstimmung zu enthalten, und mit aller Bestimmtheit behauptet, ohne auf Widerspruch von Seite des Herrn Privatklägers zu stoßen, daß dasselbe Ersuchen auch an diesen gerichtet worden sei. Dadurch nimmt das Verhalten des Abgeordneten Fiegl einen ganz anderen Charakter an.

Wenn darauf hingewiesen wurde, daß auch die Abgeordneten Vergani, Fürnkranz und Ursin bei der Abstimmung nicht zugegen waren, so bemerke ich, daß dieselben in der Sitzung überhaupt nicht anwesend waren, daß aber die plötzliche Entfernung des Herrn Prof. Fiegl nach seinem Gespräche mit dem Fürsten Liechtenstein ganz anders zu qualificiren sei, als die allerdings auch sehr zu mißbilligende Abwesenheit der anderen Abgeordneten.

Ferner ist bezüglich der Aeußerung, die Fiegl in der Vertrauensmännersitzung vom 15. Juni gemacht hat, und von der Zeuge Herzog Erwähnung that, darauf hingewiesen worden, das sei doch hoffentlich nicht der Standpunkt der Deutschnationalen.

Ich habe diesen verdächtigenden Einwurf nicht zu erörtern, denn diese Aeußerung wurde nicht deshalb hervorgehoben, weil sie etwa bedenklich sei, sondern nur aus derselben im Zusammenhalte mit der Drohung Fiegl's bei der Versammlung vom 5. December den Nachweis zu liefern, daß Fiegl — auf gut Deutsch gesagt — gewöhnt war, mit zwei Zungen zu reden.

Was die Frage des Patriotismus anbelangt, so bemerke ich, daß der Patriotismus nicht ein Paraderoß ist, das man nach Gefallen tummelt; er soll auch nicht als Kampfmittel gebraucht werden; das erste und wichtigste namentlich aber für den Politiker ist, seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, mag dies wie immer ausgelegt werden.

Es scheint mir übrigens nicht patriotisch gehandelt zu sein, wenn man den Gegner dadurch in Unrecht zu setzen sucht, daß man ihn für unpatriotisch erklärt; die ewige Betonung des Patriotismus uns gegenüber scheint mir etwas, wie angeboren zu sein.

Bezüglich des zweiten Anklagepunktes erlaube ich mir, einen Irrthum richtig zu stellen.

Es handelt sich da nicht um die Flugschrift mit der Unterschrift: „Ein deutscher Michel", sondern um die spätere, die nur sozusagen ein Resumé der früheren war.

Professor Fiegl wäre in der Lage gewesen, Foller, der sich als Verfasser jener bekannte, zur Verantwortung zu ziehen, hat es aber nicht gethan.

Auch ist es nicht richtig, daß er deshalb nicht in der Lage gewesen wäre, die Verbreitung der Druckschrift zu verfolgen, weil dieselbe anonym gewesen sei.

Er hätte nach unserem Gesetze gegen den Drucker und den Verbreiter das Verfahren einleiten können, der Verfasser wäre dann schon ermittelt worden, er hat dies jedoch unterlassen.

Ich habe nichts mehr zu sagen und wiederhole meine Anträge.

Nach Replik und Duplik ergreift Angeklagter Foller das Wort:

„Ich möchte zum Schlusse noch mein Vorgehen als Mensch, Wähler und Bürger und als überzeugter Anhänger Schönerer's darlegen. Ein altes Sprichwort sagt: „Sage mir, wer Deine Gesellschaft ist und ich sage Dir, wer Du bist.“ Das sieht man hier beim Kläger und seinem Vertreter, das sah man bei allen seinen Zeugen. Der Gegensatz zwischen Türk und Fiegl ist so klar als möglich dargestellt worden. Im Mariahilfer Vereine hieß es: „Drücken wir Fiegl das Vertrauen aus, so ist dies für Türk ein Mißtrauen. Alle Zeugen, die heute von der Gegenseite geführt wurden, und welche doch das Bestreben hatten, Fiegl zu nützen, sprechen zu unseren Gunsten. Wenn Fiegl mit der Mehrheit der Wähler in Widerspruch gerieth, so hätte er vor dieselben hintreten und fragen sollen, ob sie ihm noch weiter vertrauen wollten oder nicht. Das wäre das Geringste gewesen, was man von ihm als Politiker verlangen konnte, denn er mußte darauf sehen, daß nicht der geringste Makel auf seiner Ehre haften bleibe. Ich war gerade Derjenige, welcher noch bis zum letzten Augenblicke an Fiegl treu festhielt, da ich immer noch glaubte, es werde eine Versöhnung möglich sein. In allen meinen Briefen an Fiegl, welche heute gegen mich ausgenützt werden sollten, habe ich den unverfälscht nationalen Standpunkt gewahrt, ich bin mir gleich geblieben und bin auch heute noch der begeisterte Anhänger Schönerer's, da ich in ihm den Mann und den Charakter verehre. Ich stehe auch nicht an, es hier zu erklären, daß ich es auch nicht über mich bringe, das Paradepferd des Patriotismus ostentativ zu tummeln. Die erste Flugschrift gegen Fiegl, betitelt: „Fiegl, der Anwalt des Peterspfennigs“ wurde dreiviertel Jahre vor den Reichsrathswahlen gelegentlich der Landtagscandidatur des Herrn Privatklägers in Bruck verbreitet und der Herr Professor Fiegl hat nicht geklagt. Warum hat er nicht geklagt?“

Vorsitzender: „Ich bitte, sich kurz zu fassen, da ich eine längere Vertheidigungsrede nicht zulassen kann.“

Foller: „Ich will mich kurz fassen. Meine Ansicht, warum Herr Professor Fiegl nicht geklagt hat, ist folgende: Der Herr Privatkläger hat sich eben schuldig gefühlt, er wußte, daß der Angeklagte freigesprochen werden würde und daß dann jede Aussicht auf ein Reichsrathsmandat entschwunden wäre. Als Politiker und als intelligenter Mann, und die Intelligenz werden die Herren Geschwornen dem Privatkläger gewiß nicht absprechen, mußte er wissen, daß dieselbe Flugschrift, wenn er damals nicht klagte, bei den Reichsrathswahlen wieder verbreitet werden würde. Er wäre also verpflichtet gewesen, schon im eigenen Interesse zu klagen und hat es nicht gethan. Heute, wo das Reichsrathsmandat für ihn verloren, heute soll ich das Opfer sein, welches ihn für seine getäuschten Hoffnungen entschädigt.“

Der **Vorsitzende** unterbricht den Redner mit der dringenden Aufforderung, zu schließen.

Foller: „Ich bin zu Ende. Ich, meine geehrten Herren Geschwornen, kann es nicht glauben, daß Sie einen Familienvater, einen Geschäftsmann dafür büßen lassen werden, daß er seiner Ueberzeugung offen

und ehrlich Ausdruck gegeben. Ich glaube, den Wahrheitsbeweis für meine Aeußerungen erbracht zu haben und sehe Ihrem Urtheile mit Beruhigung entgegen."

Hierauf hielt der Vorsitzende ein kurzes sachliches

Resumé,

in welchem er die einzelnen thatsächlichen Momente für und gegen hervorhob und die Rechtsbelehrung ertheilte, in der er insbesondere hervorhob, daß zum Thatbestande des Vergehens nach § 488 Str.-G. nothwendig sei, daß Jemand durch Mittheilung von erdichteten oder entstellten Thatsachen namentlich oder durch auf ihn passende Kennzeichen einer bestimmten unehrenhaften oder solchen unsittlichen Handlung, welche ihn in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen oder herabzusetzen geeignet ist, **fälschlich** beschuldigt werde, daß sie (die Geschwornen) daher, wenn sie der Ansicht seien, daß der Wahrheitsbeweis erbracht worden sei, die Zusatzfrage zu bejahen hätten — aber mit dem Beisatze: „Nicht fälschlich".

Nach einer Berathung von einer halben Stunde verkündeten die Geschworenen durch ihren Obmann Wilhelm Rottermann, Kaufmann in Wr.-Neustadt, das

Verdict,

mit welchem alle Fragen einstimmig bejaht wurden, die Zusatzfragen aber sämmtlich mit dem Beisatze: „Nicht fälschlich".

Es wird hierauf der **Angeklagte** in den Saal gerufen und ihm vom Vorsitzenden mitgetheilt, in welcher Weise die Geschworenen die Fragen beantworteten.

Der **Präsident** fügt bei:

„Mit Rücksicht darauf ist es zwar nicht nothwendig, daß sich der Gerichtshof zurückzieht, ich will aber doch den Beschluß desselben einholen."

Der Gerichtshof zieht sich hierauf zurück und erscheint nach wenigen Minuten wieder,

worauf der **Präsident** das

Urtheil

verkündet, wonach beide Angeklagte in Folge des einstimmigen Verdictes der Geschworenen **freigesprochen** und der Privatkläger zur **Tragung der gesammten Kosten** verhalten wurde.

Im Zuschauerraume ertönt ein kräftiges „Hurrah!"

Anhang.

Die wesentlichen der bei der Schlußverhandlung zur Verlesung gelangten Druckschriften, Protokolle, Zeitungsausschnitte u. s. w. sind folgende:

An die geehrten

Herren Reichsrathswähler

der Städte:

Baden, Mödling, Perchtoldsdorf, Gumpoldskirchen, Bruck a. d. Leitha, Hainburg und Schwechat!

Durch die vorzeitige Auflösung des Reichsrathes ist jetzt eine Neuwahl nothwendig geworden. Die deutschnationale Partei nun hat es als selbstverständliche Pflicht gehalten, aus diesem Anlasse mit einem Candidaten hervorzutreten, wobei sie von der Ansicht ausging, dem Willen und der Meinung der P. T. Herren Wähler entgegenzukommen, da sie doch anläßlich der letzten Reichsrathswahl kundgegeben hat, daß sie durch einen nationalen Abgeordneten vertreten sein will. Nun ist unser bisheriger Abgeordneter, Herr **Professor Fiegl**, dem nationalen Programme untreu geworden, hat seine schriftlich abgegebene **ehrenwörtliche Erklärung** gebrochen, ist für Clericale eingetreten und hat durch seine Unthätigkeit den Beweis geliefert, daß es ihm an gutem Willen mangelt, den wir von unserem Abgeordneten zu verlangen das Recht haben. Die von Herrn Fiegl eingebrachten Anträge und Anfragen sind, mit wenigen Ausnahmen, die Arbeit seiner Partei gewesen, die ihm dieselben zur Verfügung stellte, damit man doch den Namen Fiegl auch einmal höre.

Wir wollen einen schneidigen Vertreter haben, der nicht, aus Aengstlichkeit für seine eigene Person, bei wichtigen Fragen „abwesend" ist, sondern jederzeit und unter allen Umständen seinen Willen und den seiner Wähler als ganzer Mann zur Geltung bringe. Wenn bei einer in der Schlacht stehenden Truppe ein Soldat angesichts des Feindes desertirt, so trifft ihn die schimpflichste Strafe, die es für einen Soldaten geben kann.

In einer Redeschlacht im Parlamente hat Herr Abgeordneter Fiegl, als alle Parteien über unseren treuen Türk, der als deutscher Mann für seine Deutschen eintrat, herfielen, denselben im Stiche gelassen, ja nicht nur das, sondern er hat sich auf Seiten der Gegner gestellt.

Solchem Manne können wir nicht mehr unser Vertrauen geben, darum, geehrte Herren Wähler, treten wir an Sie heran und empfehlen Ihnen das langjährige Mitglied unserer Partei, Herrn Gemeinderath

Josef Himmelbauer,

Wäsche-Erzeuger in Wien.

Von der Ansicht ausgehend, daß kein Professor, kein Doctor oder anders gelehrter Herr unser Abgeordneter werden soll, da der Mittelstand ohnehin so gut wie gar nicht im letzten Parlament vertreten war, empfehlen wir Ihnen einen Gewerbetreibenden, einen Mann aus unserer Mitte, der die Leiden seines Volkes vollauf kennt, die nöthige Unabhängigkeit besitzt, daher sich für dieses Mandat am besten eignet.

Mitbürger, vereinigt Euere Stimmen auf Herrn **Josef Himmelbauer,** den einzig wahren nationalen Candidaten!

Für den deutschnationalen Wahlausschuß:

Adolf Foller.

Offener Brief

an den Herrn Prof. Josef Fiegl, Reichsrathscandidat.

In der Versammlung des Wählervereines Baden vom 14. Februar 1891 bin ich von Ihnen in unqualificirbarer Weise angegriffen worden, und wurde mir infolge des Terrorismus, den der Vorsitzende ausübte, und Ihres persönlichen Eingreifens, das Wort zur Entgegnung nicht ertheilt. Daher bin ich genöthigt, eine Entgegnung in dieser Form der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Eine von mir herausgegebene Flugschrift, betitelt „Fiegl, der Anwalt des Peterspfennigs" versuchten Sie zu widerlegen, und bezeichneten die darin enthaltenen Angriffe als feig und hinterlistig, obwohl ich mich sofort als Herausgeber bekannte, und für diese Flugschrift einzustehen erklärte.

Es gelang Ihnen, die mit den Verhältnissen nicht näher vertrauten Vereinsmitglieder zu captiviren, hauptsächlich deshalb, weil Sie den Hauptpunkten der Flugschrift sorgfältig aus dem Wege gingen.

Von der von Ihnen ausgestellten ehrenwörtlichen Erklärung sagten Sie keine Silbe, und will ich zur Kennzeichnung den Wortlaut dieser Erklärung hier veröffentlichen. Die Erklärung lautet:

„Da ich dem Programme und dem Wahlaufrufe der durch Herrn R. v. Schönerer vertretenen deutschnationalen Partei aus Ueberzeugung zustimme, verpflichte ich mich hiermit ehrenwörtlich, im Abgeordnetenhause nur jenem Parteiverbande bleibend beizutreten, den R. v. Schönerer bilden oder dem er beitreten wird.

Wien, 28. April 1885. **Josef Fiegl."**

Warum haben Sie Ihr Mandat nicht niedergelegt, als Sie mit dieser Erklärung in Widerspruch geriethen?

Dem Vorwurfe der Unthätigkeit suchten Sie dadurch zu begegnen, daß Sie in zweistündiger Rede von Ihrer Thätigkeit in den abgelaufenen sechs Jahren berichteten, wobei Sie aber hauptsächlich die ersten vier Jahre anzuführen wußten, wo die Partei und Schönerer Ihnen Daten und Materiale zu Ihren Anträgen lieferte,

oder wo die Partei Erklärungen ausarbeitete, die man Sie verlesen ließ, damit Sie auch einmal ein Lebenszeichen von sich geben sollen. (Siehe Erklärung in der Schulfrage.)

Bezüglich Ihrer Thätigkeit in den letzten beiden Jahren verwiesen Sie auf Ihre Broschüre, welche den Auszug aus den stenographischen Protokollen enthält.

Diese Broschüre, welche jedes Ihrer Worte, jede formale Aeußerung des Präsidenten und theilweise, soweit dies zum Verständiß nothwendig ist, Anträge und Aeußerungen auch von anderen Seiten enthält, hat keinen einzigen Antrag von Ihnen aufzuweisen, der tieferes Quellenstudium 2c. erfordert hätte und kann in einer Stunde vorgelesen werden; soll das eine hinreichende Thätigkeit für zwei Jahre sein?

An Ihren Ausführungen bezüglich des Peterspfennigs hat der langjährige, rein clericale Parteigänger, Herr Kassecker senior aus Weikersdorf, seine helle Freude gehabt, und ist heute Ihr eifrigster Anhänger.

Dies muß wohl jedem logisch denkenden Menschen die Augen öffnen, wie es mit Ihrem „gemäßigten Deutschnationalismus" aussieht.

Sie haben die von mir herausgegebene Flugschrift anonym genannt, obwohl eine Anzahl von Wahrheitszeugen darinnen angeführt sind. Sie haben die Stirne gehabt, von hinterlistigen Verleumdungen zu sprechen, und dann mir eine Antwort verweigert, als ich Sie fragte, ob Sie sich nicht in irgend einer Weise Genugthuung verschaffen wollen.

Sie haben als Gast in der Versammlung das Wort ergriffen und gebeten, mich als Obmannstellvertreter des Wählervereines nicht sprechen zu lassen, als ich Ihnen entgegnen wollte.

Einen Gegner in unqualificirbarer Weise angreifen und persönlich dafür eintreten, daß derselbe nicht entgegnen darf, ist eine Feigheit, welche Sie sich zu Schulden kommen ließen.

Ich halte jedes Wort der von mir herausgegebenen Flugschrift und jedes Wort dieses Briefes aufrecht und fordere Sie auf, sich die Ihnen dienlich scheinende Genugthuung zu verschaffen.

Baden, 17. Februar 1891. **Adolf Foller,**

Obmannstellvertreter des Wählervereines Baden.

An die geehrten

Herren Reichsrathswähler

der Städte:

Baden, Mödling, Perchtoldsdorf, Gumpoldskirchen, Bruck a. d. Leitha, Hainburg und Schwechat.

Fiegl, der Anwalt des Peterspfennigs.

Am 5. März l. J. sollen die Völker Oesterreichs ihre Vertreter in den Landtag entsenden. Die Wahlen sind für das Schicksal des

Volkes wichtig; denn durch dieselben soll das Volk seinen Willen kund thun, ob es mit den bisherigen wirthschaftlichen und politischen Verhältnissen und Einrichtungen einverstanden ist oder nicht. Durch die Wahlen ist dem Volke Gelegenheit geboten, selbstbestimmend auf seine wirthschaftlichen und staatlichen Geschicke einen directen Einfluß auszuüben. Die Uebertragung eines Landtags- oder Reichsrathsmandates an einen Mitbürger bezeichnet das höchste Vertrauen, welches die Wählerschaft einem Manne entgegenbringen kann. Es ist daher doppelt nothwendig, daß sich die Herren Wähler den Mann auch genau ansehen und streng beurtheilen, dem sie die Vertretung der wichtigsten Interessen übergeben wollen.

Um das Reichsrathsmandat Ihrer Städtegruppe bewirbt sich auch Ihr bisheriger Reichsrathsabgeordneter Herr Professor Josef Fiegl.

Vor der Wahl dieses Herrn muß gewarnt werden. Er hat nicht die Fähigkeit, ein Reichsrathsmandat zu vertreten; er verdient auch nicht das hohe Vertrauen der Wähler.

Herr Professor Fiegl wurde seinerzeit auf Grund des deutschnationalen Programmes das von dem ehemaligen Reichsrathsabgeordneten Georg Ritter v. Schönerer entworfen und von diesem und seinen Freunden mit einem Opfermuthe ohne Gleichen vertreten und verbreitet wurde, in den Reichsrath entsendet. Er war jahrelang Mitglied der deutschnationalen Partei, sogar Obmann des Deutschnationalen Vereines in Wien und hatte also die beste Gelegenheit, die Ziele und Bestrebungen dieser Partei kennen zu lernen. Damals war ihm Alles recht, was in der Partei in nationaler und wirthschaftlicher Richtung angestrebt wird, denn er wußte, daß er sich nur dadurch auf die Oberfläche des politischen Lebens drängen könne, wenn er sich an die Rockschöße Schönerer's anhängt. Als seinem Freunde und Förderer Schönerer das Mißgeschick seiner bekannten Haft widerfuhr, nahm der undankbare Fiegl die Gelegenheit war, sich politisch zu häuten und Grundsätze zu verdächtigen, die er Jahre lang gut geheißen, auf welche hin er sich früher wählen ließ, die stets hochzuhalten und zu vertreten er sich mit Ehrenwort schriftlich verpflichtet hatte. Wer seine langjährigen Freunde in der Noth verläßt, aus Angstmeierei das verleugnet, worauf er lange Jahre geschworen hat, ist zum mindesten ein wankelmüthiger Mensch, ein schwankendes Rohr, wie das Evangelium sagt, das vom leisesten Winde hin- und hergetrieben wird. Als über Schönerer das Unglück seiner politischen Rechtlosigkeit hereinbrach, da fand Herr Professor Fiegl bald dies, bald jenes in der Partei auszusetzen, ja er stiftete Unfrieden unter den deutschnationalen Parteigenossen und brach Schönerer die Treue der Freundschaft und Gefolgschaft aus ganz persönlichen Gründen und zwar in erster Linie aus Aengstlichkeit für seine Person. Fiegl's unaufrichtiges Gebaren war daran Schuld, daß sich Herr v. Schönerer mit dem von ihm begründeten Verbande der Deutschnationalen im Abgeordnetenhause in Gegensatz stellen mußte. Trotzdem wollte die deutschnationale Partei den Frieden erhalten und verfuhr glimpflich mit Herrn Fiegl, bis er endlich abermals und wieder aus persönlichen Rücksichten es über sich brachte, seinen Genossen, den selbstlosen und opfermuthigen

Vertreter deutscher Volksinteressen, Herrn Reichsrathsabgeordneten Karl Türk, in öffentlicher Parlamentssitzung in einem hochwichtigen und kritischen Augenblicke nicht nur im Stiche zu lassen, sondern auch gerade wie die slavischen und judenliberalen Gegner im Bunde mit Plener, Rieger und den Clericalen ihm eins zu versetzen, obwohl Herr Abgeordneter Türk in seiner natürlichen Aufrichtigkeit bezüglich des Bündnisses mit Deutschland nichts anderes geäußert hatte, als was liberale Blätter und Redner, wie z. B. die „Deutsche Zeitung" und Herr v. Plener, schon lange vorher dargelegt hatten.

Da Herr Fiegl wiederholt in der deutschnationalen Partei Unfrieden gestiftet und die Parteigrundsätze muthlos verleugnete, wurde er aus dieser Partei ausgeschlossen. Daraufhin erging sich Herr Fiegl bei jeder Gelegenheit gegen seine ehemaligen Freunde und Genossen in hämischen nnd gehässigen Ergüssen, anstatt sein Mandat niederzulegen, wie es sich für einen Ehrenmann geziemt hätte.

Ist es nun schon eine eigenthümliche und bedenkliche Sache, daß ein Mann, dem die Begriffe und Pflichten deutscher Freundschaft und Bundesgenossenschaft nicht ganz klar sind, sich um ein politisches Mandat bewirbt, so muß im Hinblicke auf die bisherige Thätigkeit oder besser gesagt, Unthätigkeit des Herrn Reichsrathsabgeordneten Professor Fiegl geradezu vor seiner neuerlichen Wahl gewarnt werden. So lange Herr Fiegl noch in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen arbeitete, gelang es ihm durch die Rücksicht, welche seine deutschnationalen Collegen gegen ihn übten, seinen Namen auf den einen oder anderen Antrag zu setzen und das Wort zu ergreifen. Seit er aber allein steht, ist er in volle Unthätigkeit versunken; außer einigen höchst unnöthigen Zwischenrufen in die Reden anderer Abgeordneten ist seit Jahr und Tag von ihm kein Lebenszeichen zu bemerken. Er unterließ es auch seit seiner Reichsrathswahl vor fünf Jahren, seine Wähler über den Stand und die Wichtigkeit der Tagesfragen gehörig und öfter zu unterrichten und sich mit ihnen in bessere Verbindung zu setzen; kaum daß er es über sich bringt, ab und zu einen dürren, sogenannten Rechenschaftsbericht zu liefern. Schon vor seiner Ausschließung aus der deutschnationalen Partei hat er von seinen Genossen oft zu einer Wählerversammlung gedrängt werden müssen, erst nach der Ausschließung aus der deutschnationalen Partei bekam er Angst um sein Mandat und ließ sich einigemale in seinen Wahlstädten blicken, um bald wieder zu verschwinden. — Irgend eine politische oder wirthschaftliche Anregung im Wahlbezirke selbst hat er nicht gegeben. Er hat sich auch nicht um die politischen und wirthschaftlichen Bedürfnisse der einzelnen Wahlorte gekümmert oder irgend eine nützliche Einrichtung daselbst geschaffen. Trotzdem er doch seine über 2000 fl. betragenden Professorenbezüge von der städtischen Hauptcassa der Gemeinde Wien und als Abgeordneter während der Tagung des Abgeordnetenhauses täglich 10 fl. an Diäten bezieht, und von seinem Dienste als Schulmann gänzlich befreit ist, um sich ganz dem Wohle des Volkes widmen zu können, hat er so gut wie gar nichts gethan. Wir wollen nur ein Beispiel anführen für die Auffassung, welche Herr Fiegl von den Pflichten eines Abgeordneten hat.

Während der parlamentarischen Behandlung des Branntweinsteuersteuergesetzes, u. zw. bezüglich des § 2, lit. b. betreffend die Entschädigung an die galizischen Propinationsberechtigten in Betrage von vielen Millionen Gulden, giltig bis zum Jahre 1911, war Herr Abgeordneter Fiegl zu Beginn der Entscheidungssitzung noch anwesend. Er wußte, daß im Laufe dieser Sitzung die Abstimmung vorgenommen werden wird, und dennoch hat er bei der Abstimmung gefehlt. Als er von Bekannten darüber befragt wurde, war er naiv genug, sich damit zu entschuldigen, daß er in Baden ein privates Rendezvous mit einem Fräulein habe einhalten müssen!

Daß diese Abwesenheit des Herrn Abgeordneten Fiegl auf die Einflußnahme des Fürsten Liechtenstein zurückzuführen ist, der das Ministerium Taaffe vor einer Niederlage bewahren wollte, geht daraus hervor, daß während derselben Sitzung Fürst Liechtenstein sogar den Abgeordneten Türk förmlich ersuchte und bat, sich von der Abstimmung zu enthalten, da es sich um wenige Stimmen handeln werde und das Ministerium Taaffe vor einer entscheidenden Niederlage bewahrt werden solle. Mit ganz geringer Mehrheit wurde die Regierungsvorlage und die Millionenentschädigung an die Polen angenommen. Wäre die Abstimmung anders ausgefallen, würde voraussichtlich das Cabinet zu Fall gebracht oder die deutschfeindliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses gesprengt worden sein. Während sich gewissenhafte Abgeordnete, wie die Geschichte zeigt, bei der Entscheidung über so hochwichtige Volksinteressen in den schwersten Krankheitsfällen im Lehnstuhle in's Parlament tragen ließen, um nur wenigstens ihre Stimme abzugeben, hat der von Gesundheit strotzende Abgeordnete Fiegl gefehlt.

Es ist für Herrn Fiegl ein Leichtes, vor den Wählern, welche mit den Parlamentsschlichen zumeist nicht vertraut sind, zu sagen, er sei deutsch; wenn es aber im richtigen Augenblicke zum Handeln kommt, vergißt er sein schriftlich gegebenes Wort, vergißt die Pflicht gegen seine bewährten Freunde und denkt nur an sein eigenes Heil. Das deutsche Volk in Oesterreich muß sich als deutsch fühlen, d. h. national sein und nur einen muthigen selbstlosen Mann als seinen Vertreter entsenden. Ein Volk, das keinen Nationalstolz hat, wird von andern Völkern im Kampfe ums Dasein einfach aufgerieben. Ein Volk ohne Nationalgefühl wird immer der Handlanger für andere sein, auch wenn es noch so gebildet ist. Nur ein Volk, das sich seiner Bedeutung bewußt ist, das national ist, kann sich wirthschaftliche Vortheile erringen und auf die Dauer erhalten. Das sehen wir ja an den Tschechen, Polen und Magyaren, welche heute den Ton angeben. Diesen fällt es nicht ein zu sagen: „Ich bin liberal", oder „ich bin clerical"; sondern er sagt: „Ich bin ein Tscheche, bin ein Pole, ich bin ein Magyar", d. h. er ist national und darin liegt das Geheimnis, daß diese Völker, denen wir Ostmarkdeutsche Gesittung und Cultur überbrachten, jetzt mehr bedeuten als wir selbst.

Herr Fiegl war es auch, der sich, trotzdem fast ein Dutzend Geistliche im Parlamente sitzen, bemüßigt sah, anläßlich einer Rede

Kronawetters die Berechtigung der Einhebung des Peterspfennigs zu vertheidigen und einen Angriff auf diese clericale Geldsammlung als eine Verletzung der christlichen Gefühle zu bezeichnen.

Der Herr Abgeordnete Fiegl versteht es, den gegen ihn erhobenen Vorwürfen mit schönen und geschmeidigen Worten die Schärfe zu benehmen. Wenn er es wagen sollte, die hier aufgestellten Behauptungen für unwahr zu erklären, so geben wir die Adressen von deutschen Männern bekannt, bei denen sich Jedermann unter Einsendung dieser Flugschrift über die Wahrheit des hier Gesagten erkundigen kann. Diese sind: Herr Georg Schönerer, Gutsbesitzer, Schloß Rosenau bei Zwettl, Niederösterreich; Herr Karl Türk Reichsraths- und Landtagsabgeordneter in Wiese bei Jägerndorf, Oesterr. Schlesien; Carl Iro, Schriftleiter in Meidling; Baumeister Foller in Baden u. a. m. Wir könnten noch eine große Anzahl von Namen und Bürgen der Wahrheit hinzufügen, doch werden diese genügen. Wenn Herr Fiegl das Gegentheil von dem hier Gesagten behauptet, so sagt er nicht die Wahrheit. Speciell gegen die deutschnationale Partei, der er seine frühere Aufstellung als Reichsraths-Candidat und die große Unterstützung zur Erlangung des Mandates verdankt, ist er in ganz undeutscher Weise untreu geworden. Er hat dieselbe in ihrer Thätigkeit und entschiedenen Wirksamkeit für das Wohl des Volkes geschädigt. Ein Mann, der seine Gesinnung wechselt, wie man einen Ueberzieher an- und auszieht, ein Mann, der sein Wort bricht, ein Mann der seinen Dutzfreund, mit dem er manchen Händedruck in glücklichen Tagen gewechselt, im entscheidenden Augenblicke im Stiche läßt und ihm obendrein noch eins versetzt, ein Mann, der mit Gegnern des Deutschthums Liebesblicke wechselt und vertraute Gespräche führt, ein Mann, der im Parlamente kein steifes Genick, sondern nur ein weiches Rückgrat hat, kann nicht ein unabhängiger Vertreter eines deutschen Wahlbezirkes sein.

Die geehrten Herren Wähler mögen daher ihre Stimmen nicht dem der deutschnationalen Sache und unserem bewährten Führer Schönerer untreu gewordenen Professor Fiegl geben, der eigentlich von der clericalen Partei candidirt wird, und welcher wahrlich schon zu charakteristische Proben seiner politischen Untreue gegeben hat, sondern die strammen, selbstständigen Wähler des Badener-Brucker Städtewahlbezirkes mögen ihre treue Anhänglichkeit an die deutschnationale Partei und ihren Führer Schönerer dadurch bethätigen, daß sie am Wahltage Mann für Mann einstehen für unseren allbewährten Genossen

Josef Himmelbauer

Weißwaarenerzeuger und Gemeinderath der Stadt Wien.

Mit deutschem Gruße

Ein deutscher Michel.

Gesetz vom 20. Juni 1888, betreffend den Zoll von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, die Besteuerung des Branntwein's und der mit der Branntweinerzeugung verbundenen Preßhefeerzeugung. (R.-G.-Bl. vom 23. Juni 1888 Nr. 95.)

§ 2 b. Aus dem Erträgnisse der durch dieses Gesetz eingeführten Consumabgabe wird für den voraussichtlichen Entgang aus den Propinationseinnahmen an die Propinationsberechtigten (Private und Städte) in Galizien und in der Bukowina; für ersteres ein jährlicher Betrag von einer Million Gulden, bis inclusive des Jahres 1910, für letztere ein jährlicher Betrag von 100.000 fl. bis inclusive des Jahres 1911 verabfolgt. Die Verwendung dieser Summen zu besagtem Zwecke bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Aus Nr. 14 der „U. D. W." vom 16. September 1889:

Der Vorstand des Deutschnationalen Vereines sandte an Herrn Reichsraths-Abgeordneten Fiegl folgendes Schreiben:

Wien, 28. Juni 1889.

Sehr geehrter Herr!

Der Vorstand des Deutschnationalen Vereines in Wien hat in seiner Sitzung am 26. Juni 1889 einstimmig beschlossen, Ihren Namen aus der Liste der Mitglieder zu streichen. Es steht Euer Wohlgeboren laut § 5 der Satzungen gegen diesen Beschluß die Berufung an die Vereinsversammlung offen.

Die Gründe, von denen sich der Vorstand leiten ließ, sind in Kürze folgende:

Euer Wohlgeboren haben wiederholt die Eintracht in der Partei gestört. So z. B. haben Sie es abgelehnt und andere Mitglieder des Verbandes der Deutschnationalen im Abgeordnetenhause abgehalten, Herrn v. Schönerer am 20. December 1888, trotz vorhergegangener dringender Bitten und trotz der anfänglich abgegebenen Zusicherung Ihrerseits aus dem Kerker abzuholen. Hauptsächlich charakterisiert Ihr Vorgehen gegen unsere Parteileitung Ihr disciplinloses und zersetzendes Auftreten in der Wehrgesetzdebatte des Abgeordnetenhauses. Ferner erinnern wir an den von Euer Wohlgeboren beliebten Vorgang, den Deutschnationalen Verein, dem Sie noch angehörten, in einer anderen Vereins-Versammlung öffentlich anzugreifen.

Erschwerend wirkte noch die Erwägung, daß Ihre Handlungsweise in eine Zeit fiel, in der die heilige Sache, welche unser Verein vertritt, in schwere Noth und Bedrängnis gerathen war.

(Folgen die Unterschriften.)

Aus Nr. 12 der „U. D. W." vom 16. Juni 1889.

Versammlung des deutschen Bezirksvereines vom Mai 1889.

Professor Fiegl: Vielleicht bewege ich mich bezüglich einiger Einzelheiten des Programmes nicht auf dem Standpunkte, den viele

von Ihnen als den einzig richtigen ansehen. Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß, wenn man Politiker ist, man auch politisch sein soll, d. h., daß man auch der Klugheit einigen Raum geben soll.

Unverfälschte Deutsche Worte.

Nr. 21 Wien, 21. Oktober 1889.

Die Erklärung des Herrn Dr. Robert Pattai.

Besprechung am 13. Mai 1884.

Anwesend die Gefertigten;

Gegenstand: Besprechung der Wahl im VI. Wiener Bezirke.

Dr. Pattai erklärt im Falle seiner Wahl in den Reichsrath im Sinne des Linzer Programmes für die Lostrennung Galiziens und Dalmatiens zu sein und überhaupt in nationalen Fragen mit den Herren Abgeordneten Schönerer und Fürnkranz stimmen zu wollen, unbedingt in keinen der bestehenden Clubs einzutreten, keinen neuen Club bilden zu wollen, jedoch im Falle der Bildung eines auf Grund des obigen Programmes fußenden Clubes in denselben einzutreten.

Weiters erklärt Herr Pattai bezüglich der Wahlreform als ersten Schritt eine Vertretung der Arbeiter, womöglich aus Arbeiterkammern schaffen helfen zu wollen, ist überhaupt für Vertretung der Berufsclassen.

Im übrigen ergeben sich keine dem Linzer Programme unbedingt entgegenstehende Differenzen zwischen Herrn Pattai und den anwesenden Ausschußmitgliedern des Deutschnationalen Vereines.

Dr. Robert Pattai. Schönerer.
W. Ph. Hauck. Rudolf Wittmann.
Krautmann. Dr. Kautschitsch.
Masaidek.

Unverfälschte Deutsche Worte.

Nr. 19. Wien, 1. Oktober 1889.

Der deutschnationale Verein †.

Dem „Schulverein für Deutsche“ ist nun auch der „Deutschnationale Verein“ im Tode nachgefolgt. Auch er ist den Weg alles wahrhaft nationalen Lebens und Regens in der Ostmark gegangen — auch ihm hat man das Lebenslicht ausgeblasen.

Wir können nur staunen und allen strammen Gesinnungsgenossen den Ausspruch eines römischen Geschichtsschreibers um die Zeit der Geburt Christi über die Germanen ins Gedächtnis rufen: „Nur der Tod überwindet sie — nicht die Furcht, und ihre Mienen drohen noch im Tode!“ Unser Feldruf bleibt heut' und immerdar: **„Keine Furcht“!**

* * *

Auflösungs-Decret.

K. k. Polizei-Direction in Wien. — Nr. 67.628. III. / 8610 V. B.

Die hohe k. k. niederösterreichische Statthalterei hat mit dem Erlasse vom 16. September 1889, Zahl 41.963, Nachstehendes anher eröffnet:

Der politische Verein „Deutschnationaler Verein" in Wien, dessen Bestand von der k. k. Statthalterei zuletzt auf Grund der geänderten Statuten unter dem 17. Mai 1889, Z. 25255, bescheinigt wurde, hat laut der gepflogenen Erhebungen über in der Vereinssitzung vom 5. Juni 1889 einhellig gefaßten Beschluß des Vereinsvorstandes an sein Mitglied Reichsraths-Abgeordneten Carl Türk für sein Verhalten anläßlich der Wehrgesetzdebatte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. April 1889 ein Beglückwünschungs- und Zustimmungsschreiben gerichtet und dem Vereinsmitgliede, Reichsrathsabgeordneten Josef **Fiegl**, weil er der von sämmtlichen Parteien des hohen Abgeordnetenhauses als landesverrätherisch bezeichneten Aeußerung des Reichsrathsabgeordneten Türk entgegengetreten war, seine Mißbilligung schriftlich zum Ausdrucke gebracht.

Der Deutschnationale Verein hat hierauf weiter dem letztgenannten Reichsrathsabgeordneten Josef **Fiegl**, und dem Vereinsmitgliede Anton Schnarf, wegen ihrer ablehnenden Haltung in der angedeuteten Angelegenheit, den Austritt aus dem Vereine nahegelegt und endlich dieselben aus dem Mitgliederverzeichnisse gestrichen.

Hiedurch hat dieser Verein, so wie er es auch sonst durch sein Gesammtverhalten bekundete, sich offen auf einen der österreichisch-ungarischen Monarchie feindseligen, sohin unpatriotischen und staatsgefährlichen Standpunkt gestellt.

Ebenso hat dieser Verein durch zahlreiche Kundgebungen der Verbreitung des Antisemitismus in einer Weise den regsten Vorschub geleistet, welche geeignet ist, die Bevölkerung durch Verhetzung und Verschärfung der nationalen und confessionellen Gegensätze aufzureizen, ein Vorgehen, welches in letzter Linie auf die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung abzielt.

Der Deutschnationale Verein hat ferner auch unter dem 6. September 1889 an den Antisemitentag in Bochum ein Begrüßungsschreiben gerichtet, dadurch entgegen dem Inhalt des § 1 seiner Statuten seine Wirksamkeit auf ein außerhalb Oesterreichs befindliches Gebiet ausgedehnt und somit seinen statutenmäßigen Wirkungskreis überschritten.

Mit Rücksicht auf diese Umstände findet die k. k. Statthalterei sich veranlaßt, den Deutschnationalen Verein in Wien im Grunde des § 24 des Vereinsgesetzes vom 15. November 1867, R.-G.-Bl. Nr. 134 und im Hinblicke auf den § 6 dieses Gesetzes aufzulösen.

Hievon wird die geehrte Vereinsleitung, unter Offenhaltung der binnen 60 Tagen einzubringenden Berufung an das hohe k. k. Ministerium des Innern, mit dem Beifügen in Kenntnis gesetzt, daß jede Vereinsthätigkeit vom Tage der Zustellung dieses Decretes an einzustellen ist.

Wien, 21. September 1889. Kraus m. p.

* * *

§ 24. Jeder Verein kann aufgelöst werden, wenn von ihm Beschlüsse gefaßt oder Erlässe ausgefertigt werden, welche den Bestimmungen des § 20 dieses Gesetzes zuwiderlaufen, wenn er seinen statutenmäßigen Wirkungskreis überschreitet oder überhaupt den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes nicht mehr entspricht.

§ 20. Von keinem Vereine dürfen Beschlüsse gefaßt oder Erlässe ausgefertigt werden, welche dem Strafgesetze zuwiderlaufen, oder wodurch nach Inhalt oder Form der Verein in einem Zweige der Gesetzgebung oder Executivgewalt sich eine Autorität anmaßt.

§ 6. Wenn der Verein nach seinem Zwecke oder nach seiner Einrichtung gesetz- oder rechtswidrig oder staatsgefährlich ist, kann die Landesstelle dessen Bildung untersagen.

Im Namen Sr. Majestät des Kaisers!

Das k. k. Reichsgericht hat nach der am 14. Juli 1890 gepflogenen öffentlichen Verhandlung, bei welcher gegenwärtig waren als:

Vorsitzender:

Der Präsident des Reichsgerichtes, Dr. Josef Unger,

Stimmführer:

Konstantin Fürst Czartoryski, Dr. Vincenz R. v. Haslmayer-Graßeg, Dr. Anton Freiherr von Hye-Glunek, Georg Lienbacher, Dr. Friedrich Maßen, Dr. Anton Randa, Dr. Anton Rintelen, Dr. Franz Ritter v. Srom, Dr. Josef Stöger, Dr. Josef Suppan, Dr. Alfred Fürst zu Windisch-Graetz, Heinrich Wögerer,

Schriftführer:

Dr. Karl Hugelmann,

über die Beschwerde de praes. 5. Mai 1890, Z. 57, R.-G. des Karl Türk, Reichsrathsabgeordneter und des Karl Iro, Schriftleiter der „Unverfälschten Deutschen Worte", als gewesene Mitglieder des aufgelösten „Deutschnationalen Vereines" durch Dr. Vincenz v. Berger, Hof- und Gerichtsadvocaten in Wien, gegen das k. k. Ministerium des Innern wegen Verletzung des Vereinsrechtes, nach Anhörung des Herrn Dr. Vincenz v. Berger, Hof- und Gerichtsadvocaten in Wien, als Vertreters der Beschwerde und des Herrn Josef Saller, k. k. Sectionsrathes, als Vertreters des k. k. Ministeriums des Innern, zu Recht erkannt:

Durch die mit dem Erlasse der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 16. September 1889, Z. 41.963 verfügte und mit dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 22. März 1890, Z. 5374 bestätigte Auflösung des „Deutschnationalen Vereines" hat eine Verletzung des durch den Artikel 12 des St.-G.-G. vom 21. December 1867, Nr. 142, R.-G.-B. gewährleisteten politischen Rechtes, Vereine zu bilden, nicht stattgefunden.

Gründe:

Der Artikel 12 des St.-G.-G. vom 21. December 1867, R.-G.-B. Nr. 142 stellt den Grundsatz auf, daß die österreichischen Staatsbürger das Recht haben, sich zu versammeln, Vereine zu bilden; weiter bestimmt derselbe, daß die Ausübung dieser Rechte durch besondere Gesetze geregelt wird.

Das Recht, Vereine zu bilden, ist durch das Gesetz vom 15. November 1867, R.-G.-B. Nr. 134 geregelt. Nach § 6 dieses Gesetzes kann die Landesstelle die Bildung eines Vereines untersagen, wenn derselbe nach seinem Zwecke oder nach seiner Einrichtung gesetz- oder staatsgefährlich ist.

Nach § 24 des citirten Gesetzes kann jeder Verein aufgelöst werden, wenn von ihm Beschlüsse gefaßt oder Erlässe ausgefertigt werden, welche den Bestimmungen des § 20 dieses Gesetzes zuwiderlaufen, wenn er seinen statutenmäßigen Wirkungskreis überschreitet oder überhaupt den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes nicht mehr entspricht.

Es ist selbstverständlich, daß die Auflösung eines Vereines auch dann erfolgen kann, ja muß, wenn auf Seiten desselben solche Verhältnisse eintreten, welche nach § 6 des Gesetzes über das Vereinsrecht Grund gegeben hätten, seine Bildung zu untersagen, weil er in diesem Falle den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes überhaupt nicht mehr entspricht.

Uebergehend auf den vorliegenden Fall wird bemerkt, daß die k. k. n.-ö. Statthalterei mit dem Erlasse vom 16. September 1889, Z. 41.963 den „Deutschnationalen Verein“ in Wien auf Grund der Bestimmungen der §§ 24 und 6 des Gesetzes über das Vereinsrecht, aufzulösen und daß das k. k. Ministerium des Innern mit dem Erlasse vom 22. März 1890 Z. 5374 dem dagegen ergriffenen Recurse keine Folge zu geben befunden hat.

Durch die erwähnten Erlässe der Administrativbehörden erachten die Beschwerdeführer als ehemalige Mitglieder des aufgelösten „Deutschnationalen Vereines“ das im eingangs citirten Artikel 12 staatsgrundgesetzlich gewährleistete Recht für verletzt und erheben gegen dieselben die vorliegende Beschwerde. Es ist daher zu untersuchen, ob Thatsachen vorliegen, auf Grund deren die Auflösung des „Deutschnationalen Vereines“ als gesetzlich begründet sich darstellt.

In dieser Beziehung muß vor Allem hervorgehoben werden, daß, wie aus den stenographischen Protokollen über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrathes hervorgeht, der Reichsrathsabgeordnete Karl Türk, welcher auch Mitglied des in Rede stehenden Vereines war, in einer im Abgeordnetenhause am 10. April 1889 anläßlich der Debatte über das Wehrgesetz gehaltenen Rede Aeußerungen vorgebracht hat, welche darauf abzielen, die Bündnistreue der österr.-ungarischen Monarchie in Zweifel zu ziehen und daher geeignet erscheinen, das Ansehen des Staates zu beeinträchtigen und dessen Interessen zu gefährden.

Wenn nun in Berücksichtigung gezogen wird, daß der „Deutschnationale Verein“ auf Grund eines am 5. Juni 1889 einstimmig gefaßten Beschlusses des Vereinsvorstandes an Karl Türk für dessen

Verhalten anläßlich der Wehrgesetzdebatte im Abgeordnetenhause ein Beglückwünschungs- und Zustimmungsschreiben gerichtet und dagegen dem Reichsrathsabgeordneten Josef Fiegl gegenüber, weil derselbe sich ablehnend gegen obige Aeußerungen des Abgeordneten Türk ausgesprochen hatte, seine Mißbilligung schriftlich zum Ausdrucke gebracht hat, daß weiters der genannte Verein den Vereinsmitgliedern Josef Fiegl und Anton Schnarf wegen ihrer ablehnenden Haltung in der angedeuteten Angelegenheit den Austritt aus dem Vereine nahegelegt und endlich dieselben über den am 26. Juni 1889 einstimmig gefaßten Beschluß des Vereinsvorstandes aus dem Mitgliederverzeichnisse gestrichen hat, so muß zugegeben werden, daß der Verein durch diese Kundgebungen sich auf einen unpatriotischen, dem eigenen Staate feindseligen und daher staatsgefährlichen Standpunkt gestellt hat.

Es mußte daher, auch ohne auf die übrigen im Auflösungserlasse angeführten Gründe einzugehen, schon mit Rücksicht auf diese vom Vereine eingenommene Haltung die von den Administrativbehörden verfügte Auflösung desselben im Hinblicke auf die Bestimmungen der §§ 24 und 6 des Gesetzes über das Vereinsrecht gesetzlich begründet erkannt werden, weshalb der Beschwerde keine Folge gegeben wurde.

Wien, am 14. Juli 1890.

Das k. k. Reichsgericht:

Dr. Karl Hugelmann m. p. **Unger** m. p.

Stenographisches Protokoll.

Haus der Abgeordneten. X. Session. 333. Sitzung, am 10. April 1889.

Präsident: Wir gelangen zu § 49. Da hat sich zum Worte gemeldet, und zwar contra der Herr Abgeordnete Türk. (Gelächter.) Ich möchte denselben aber wiederholt darauf aufmerksam machen und ersuchen, nur über § 49 zu sprechen, und ertheile ihm das Wort.

Abgeordneter **Türk:** Ich lasse mich durch Ihr Lachen nicht abschrecken (Erneuertes Gelächter), weil ich aus Pflichtgefühl spreche. Sie haben leicht lachen, aber das Volk wird nicht lachen über Ihr Lachen. (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken.)

Wenn es sich darum handelt, wie hier im § 49, daß eine Strafe festgesetzt werde für einen Soldaten oder Recruten, der sich selbst verstümmelt hat, und sich aus Furcht vor dem militärischen Dienste eine Verletzung beifügt, so ist das doch auch der Rede werth und man wird wohl einige Worte darüber sprechen dürfen. Ich glaube, daß derjenige, der sich aus Furcht vor der militärischen Dienstleistung selbst verstümmelt oder verletzt, schon an sich schwer gestraft ist, und daß so übermäßig scharfe Strafbestimmungen, wie sie in diesen Paragraphen ausgesprochen sind, keineswegs zweckmäßig und nothwendig sind. Ich will aber bei dieser Gelegenheit bemerken, daß diejenigen, welche zu dieser Selbstverstümmelung greifen, gewöhnlich keine Deutschen, sondern daß es gewöhnlich semitische Jünglinge sind; in der großen Mehrzahl der Fälle kommen solche Selbstverstümmelungen eben bei diesem Volke vor.

In diesem Paragraphen heißt es zum Schlusse, daß, wo derartige Verstümmelungen in größerer Zahl vorkommen, der Minister für Landesvertheidigung die zur Abhilfe geeigneten, außerordentlichen Maßregeln im Verordnungswege, gegen Rechtfertigung vor dem nächsten Reichsrathe treffen kann. Ich bin selbstverständlich damit einverstanden, daß diese Bestimmungen wegfallen, und will bei dieser Gelegenheit noch auf die Anomalie hinweisen, welche darin liegt, daß wir heute für zehn Jahre die Höhe des Recrutencontingents bestimmen und daher unseren Nachfolgern vorgreifen, nachdem unser Mandat nur noch zwei Jahre dauert. Bei dieser Gelegenheit will ich — ich werde selbstverständlich auch gegen diesen Paragraphen stimmen — nur noch einen einzigen Punkt berühren und betonen.

Es wird in dieser ganzen Angelegenheit von allen Seiten immer das Bündniß mit Deutschland berührt, und da wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir unsere Pflicht nicht thun. Aber wenn man sieht, wie viel Saulusse auf der rechten Seite zu Paulussen auf einmal geworden sind, und wie sich die Czechen, Polen und Feudalherren für dieses Bündniß begeistern, so muß man unbedingt zu der Ueberzeugung kommen, daß das nicht Liebe, sondern Interesse, Egoismus ist, und ich will es hier aussprechen: Gott behüte Deutschland davor, daß es je darauf angewiesen sei, von Oesterreich Hilfe zu bekommen, es würde wahrscheinlich eine sehr laue oder gar keine Hilfe bekommen.

Diese Betonung des Bündnisses Oesterreichs mit Deutschland beruht auf Egoismus und Falschheit; damit schließe ich, und werde auch gegen den Paragraphen stimmmen. (Bravo! auf der äußersten Linken.)

Präsident: Wünscht noch jemand zu § 49 zu sprechen?

(Abgeordneter Dr. Edler v. Plener meldet sich.)

Der Herr Abgeordnete Dr. v. Plener hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Edler v. **Plener:** Wir sind mit dem Wegfall des letzten Absatzes bei § 49 einverstanden, allein nicht deshalb habe ich das Wort ergriffen, sondern weil ich wünsche, daß von autoritativer Seite, mindestens von Seite des Landesvertheidigungs-Ministers, einer solchen Aeußerung entgegentreten werde, wie wir sie soeben von dem Abgeordneten Türk gehört haben. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Herren benützen jede Gelegenheit, um Oesterreich, den Staat und sein Ansehen auf das allerempfindlichste im Auslande herabzusetzen. (Bravo! Bravo! links.) Diese Herren, welche bei jeder Gelegenheit Sympathien für Deutschland bezeigen, setzen das mit Deutschland verbündete Oesterreich, auf dessen Armee der deutsche Kaiser und der deutsche Reichskanzler den größten Werth legen, systematisch herunter, sie wollen Oesterreich in seinem Ansehen erniedrigen. (Beifall.) Der Abgeordnete Türk hat eben gesagt: „Gott beschütze Deutschland davor, daß es je von Oesterreich Hilfe verlange.“ Gerade die gegentheilige Auffassung herrscht in Berlin, und alle maßgebenden Staatsmänner und Generäle in Berlin wünschen, daß ein Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland bestehe, welches Deutschland unter gewissen Voraussetzungen in die Lage setzt, die österreichische Hilfe in Anspruch zu nehmen, und es

ist mehr als beklagenswerth, wenn ein sogenannter deutschnationaler Abgeordneter das deutsch-österreichische Bündniß hier in so verächtlicher Weise behandelt und zugleich jede Pflicht eines österreichischen Patrioten im österreichischen Abgeordnetenhause in solcher Weise verletzt. (Lebhafter Beifall.)

Ich würde daher wünschen, daß von der Regierung in dieser Debatte, welche vermöge der Bedeutung des Gegenstandes die Aufmerksamkeit politischer und militärischer Kreise in Deutschland erregt, derartigen Aeußerungen entgegengetreten, und zwar von der Regierung nachdrücklichst entgegengetreten werde.

In Deutschland legt man Werth auf das deutsch-österreichische Bündniß, weil man will, daß die große österreichische Armee unter Umständen an der Seite der deutschen Armee kämpfe. Wenn es daher einen Abgeordneten gibt, der die österreichische Armee herabsetzt, erniedrigt und herabwürdigt, dann dürfen solche Aeußerungen nicht unwidersprochen bleiben, und darum bitte ich die Regierung, derartige unpatriotische, die Armee herabsetzende Aeußerungen zurückzuweisen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Seine Excellenz der Herr Landesvertheidigungs-Minister, hat sich zum Worte gemeldet; ich ertheile ihm dasselbe.

Minister für Landesvertheidigung Graf **Welsersheimb:** Ich war wohl schon einmal in der Lage, dem Herrn Abgeordneten von der äußersten linken Seite dieses Hauses in Bezug auf seinen unpatriotischen Standpunkt eine Erwiderung zu geben.

Ich habe damals — es werden sich manche daran erinnern — gesagt, nichtswürdig ist das Volk, welches nicht alles setzt an seine Ehre! Ich habe es damals bedauert, daß in diesem hohen Hause sich eine Stimme finde, die systematisch das Selbstgefühl, die Selbstachtung, die wir uns, unserem Reiche und unserem Volke schuldig sind, heruntersetze. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hätte gedacht, daß dies dem betreffenden Herrn Abgeordneten hätte genügen können, denn auf solche Aeußerungen des weiten einzugehen, scheint mir wirklich gewissermaßen unter der eigenen Würde zu sein. (Lebhafter Beifall.) Es scheint mir auch nicht nothwendig, denn in diesem hohen Hause bedarf es des Beweises des Patriotismus wahrhaftig nicht mit Worten. (Lebhafter Beifall.) Ich war in der Lage, gerade anläßlich der Wehrgesetzdebatte nicht meine Anschauung allein, sondern jene Anschauung über die patriotische Haltung dieses hohen Hauses auszusprechen, die allgemein getheilt werden muß, und ich kann dieselbe heute nur wiederholen.

Es sind dies Beweise, die mehr sagen als Worte. Ich bin aber auch dem geehrten Vorredner nur dankbar, daß er einmal die Gelegenheit ergriffen hat, den Gesinnungen klaren Ausdruck zu geben, die gewiß von allen Seiten des hohen Hauses in dieser Beziehung getheilt werden. Gegenüber diesen kräftigen Worten habe ich vom Standpunkte der Regierung nicht mehr nothwendig, einzutreten. Ich kann mich ihnen nur anschließen, sie begrüßen und derart den Herrn Abgeordneten als abgethan erachten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Rieger hat sich zum Worte gemeldet; ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter Dr. **Rieger:** Es ist von unserer Seite wiederholt der Ueberzeugung Ausdruck gegeben worden, daß die verschiedenen Völker dieses Reiches in seinem Fortbestande und in seiner Kraft die Bedingungen ihrer Existenz erblicken. Diese Existenz zu schützen, ist der Beruf unserer Armee, und damit sie dieser Pflicht vollends nachkommen könne, sind wir jederzeit bereit gewesen, für diese Armee alle Opfer zu bringen. (Bravo! Bravo!) Ebenso haben wir es gebilligt, daß Oesterreich in einem friedlichen und freundschaftlichen Verhältnisse zu Deutschland sich befinde, weil wir darin eine Garantie des Friedens für ganz Europa erblicken. Wenn wir jenen Anschauungen, die dann und wann von extrem deutscher Seite hier zur Sprache kommen, nicht entschieden entgegentreten, so geschieht dies, weil wir uns in diesen Fragen möglichster Zurückhaltung befleißen, und zwar aus dem Grunde, damit man uns nicht vorwerfe, daß wir verdächtigen oder bloß aus nationaler Gehässigkeit diesen Ton anschlagen. (Zustimmung.)

Ich glaube übrigens, daß Aeußerungen, wie sie heute gefallen sind, sich von selbst richten (Lebhafter Beifall) und daß unser Patriotismus außer Zweifel bleibt, wo wir es nicht für nöthig halten, dagegen noch ausdrücklich aufzutreten. Wir werden auf diesem unseren Wege weitergehen und alles aufbieten, um dieses Völkerreich in voller Wehrkraft zu erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Ritter v. Jaworski hat sich das Wort erbeten; ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter Ritter v. **Jaworski:** Es ist zu bedauern, daß bei der gehobenen Stimmung des ganzen Hauses in dieser für Oesterreich so hochwichtigen Angelegenheit eine Dissonanz sich geäußert hat. Ich muß gegenüber demjenigen, was der Herr Abgeordnete Türk erwähnt hat, auch im Namen der Vertreter des Landes Galizien Einsprache erheben. Wenn der Herr Abgeordnete gesagt hat, daß die der Armee angehörigen Czechen und Polen im Falle eines Krieges nicht ihre Pflicht als österreichische Soldaten thun werden, so muß ich im Namen meiner Landsleute dagegen den entschiedensten Protest erheben. (Beifall. — Rufe: Verläumdung!)

Ich habe bereits bei der Generaldebatte über die Wehrvorlage den Standpunkt gekennzeichnet, von dem aus ich — und ich habe im Namen meiner Gesinnungsgenossen gesprochen — auch diese die Stellung Oesterreichs zum deutschen Bündnisse ansehen.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, glaube ich, daß die Worte, welche wir soeben gehört haben, nicht nur den beiden verbündeten Staaten, sondern auch den beiden Armeen dieser verbündeten Staaten im höchsten Grade abträglich sind.

Ich kann mich demnach nur auf das entschiedenste dagegen verwahren, daß, was meine Landsleute anlangt, dieselben nicht immer und jederzeit, eingedenk der hohen Pflicht, welche sie gegenüber Oesterreich zu erfüllen haben, ihre Pflicht erfüllen werden. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Es hat sich noch der Herr Abgeordnete Fürst Liechtenstein zum Worte gemeldet; ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter Fürst **Liechtenstein:** Die Zurückweisung, welche seitens der anderen Herren Vorredner dem Herrn Abgeordneten Türk zutheil geworden ist, ist eine solche, welche vollkommen genügen würde. Allein ich glaube, daß unsere Partei, die der Deutsch-Conservativen, diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen kann, ohne laut zu protestiren gegen die unpatriotischen Worte, welche wir soeben vernommen haben.

Meine Herren! Ich glaube, daß es keine Partei in Oesterreich gibt, keine namhafte Partei gewiß, welche solche Worte, wie wir sie soeben vernommen haben, anders als mit der tiefsten Entrüstung vernehmen könnte. (Bravo! Bravo!) Ich weise dieselben auf das entschiedenste zurück. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Engel.

Abgeordneter Dr. **Engel:** Wir haben unsere Stellung gegenüber dem Wehrgesetze in der Generaldebatte bereits gekennzeichnet. Sie ist im Ganzen dieselbe, wie sie soeben der verehrte Obmann des „Czesky-Club" Herr Dr. Rieger betonte. Wir bedauern auf das tiefste, daß es nicht gelang, in den auf die Einjährig-Freiwilligen bezughabenden Paragraphen diejenigen Aenderungen in das Gesetz aufgenommen zu sehen, welche wir beantragt haben. Wir anerkennen aber zugleich, daß die §§ 14 und 49, welche heute in Verhandlung stehen, keine Aenderung in peius, sondern in melius erfahren haben.

Da wir aber bereits in der Generaldebatte erklärten, daß für uns die Erreichung von Aenderungen in Bezug auf die Einjährig-Freiwilligen das maßgebende sei, sind wir nicht in der Lage, für das Gesetz zu stimmen.

Präsident: Das Wort hat nun Seine Excellenz der Herr Abgeordnete Graf Coronini.

Abgeordneter Graf **Coronini:** Die Verurtheilung, welche die Worte des Herrn Abgeordneten Türk von allen Seiten des hohen Hauses gefunden haben, würden mich eigentlich der Nothwendigkeit überheben, auch das Wort zu ergreifen; allein ich will darüber auch nicht den mindesten Zweifel aufkommen lassen, daß diese Worte uns ebenso empört und entrüstet haben, wie die anderen Seiten des hohen Hauses, in deren Namen gesprochen worden ist. Es ist dies auch ganz natürlich, denn unser oberstes Programm ist, die österreichische Fahne hochzuhalten. (Beifall.) Diesem Programme bleiben wir in diesem hohen Hause treu, wie es auch die Kinder jener Landschaften, die wir vertreten, in schweren Zeiten mit ihrem Blute besiegelt haben. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Es hat sich weiters Seine Excellenz der Herr Abgeordnete Graf Hohenwart zum Worte gemeldet; ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter Graf **Hohenwart:** Ich glaube zwar, es nicht nothwendig zu haben, den Standpunkt erst näher zu bezeichnen, den ich und meine Gesinnungsgenossen den Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Türk gegenüber einnehmen; ich halte es auch nicht für nothwendig, auf diese Aeußerungen speciell noch etwas zu erwidern, nachdem sofort von dem ersten Herrn Redner und von allen denjenigen, die ihm gefolgt sind, dem Herrn Abgeordneten Türk die gebührende Abfertigung zutheil geworden ist.

Wenn ich dessenungeachtet das Wort ergreife, so geschieht es nur deshalb, damit constatirt werde, daß in diesem Hause sich keine Fraction befindet (Beifall), die nicht durch die Worte des Herrn Abgeordneten Türk in die größte Entrüstung versetzt worden wäre. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich erkläre hier einfach, daß die Uebereinstimmung des Hauses in diesem Punkte eine vollständige ist und habe dem nichts weiter beizufügen (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Es hat sich noch der Herr Abgeordnete Dr. Steinwender zum Worte gemeldet; ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter **Dr. Steinwender:** Nachdem die Obmänner sämmtlicher Clubs es für nothwendig gefunden haben, eine wohl nur beiläufige Aeußerung des Herrn Abgeordneten Türk zum Gegenstande von Erklärungen zu machen, so kann ich für mich und meine Fraction auch nicht zurückbleiben, und ich erkläre, daß ich gerade vom deutschnationalen Standpunkte solche Aeußerungen bedauere. (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken.)

Präsident: Es hat sich der Herr Abgeordnete Fiegl zu einer thatsächlichen Berichtigung zum Worte gemeldet; ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter **Fiegl:** Hohes Haus! Einer der letzten Herren Redner hat eine Erklärung abgegeben, worin er die Meinung ausdrückte, daß eine von dieser Seite des Hauses gefallene Aeußerung im Namen des Verbandes, dem der betreffende Herr Abgeordnete angehört, gethan worden sei. Ich war während dieser Erklärung nicht anwesend, ich kann aber nur constatiren, daß diese Erklärung nicht im Namen des Verbandes der Deutsch-Nationalen abgegeben wurde, sondern eine persönliche Ansicht des Herrn Redners darstellt.

In Bezug auf den Patriotismus dürfen Sie uns keineswegs Vorwürfe machen. Ich war selbst im Jahre 1866 auf dem Schlachtfelde und habe meine patriotische Pflicht gegen den Staat erfüllt (Bravo! auf der äußersten Linken); so haben viele meiner Gesinnungsgenossen gehandelt, und ich verwahre mich daher gegen eine solche Verallgemeinerung, wie sie von den verschiedenen Seiten beliebt wurde. Diese Erklärung wollte ich abgeben, während es übrigens selbstverständlich ist, daß der Verband der Deutsch-Nationalen, wie ich wenigstens glaube, den principiellen Standpunkt einhalten wird, den er seinerzeit bei der Votirung des Wehrgesetzes eingenommen hat. (Bravo! auf der äußersten Linken.)

Präsident: Bevor ich nunmehr dem Herrn Abgeordneten Türk (Gelächter und Lärm) zu einer thatsächlichen Berichtigung das Wort ertheile, will ich auch meinerseits die Auslassungen des Herrn Abgeordneten Türk, welche die Entrüstung des hohen Hauses hervorgerufen haben, auf das entschiedenste mißbilligen und rügen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Türk.

Abgeordneter **Türk:** Ich habe zuerst gegenüber dem, was mir der Herr Abgeordnete v. Plener vorgeworfen hat, einfach zu bemerken, daß das eine Entstellung und Verdrehung meiner Worte ist. (Lebhafte Oho-Rufe links. — So ist es! auf der äußersten Linken.) Ich

habe die Armee nicht mit einem Gedanken, nicht mit einem Worte, nicht mit einer Silbe herabgesetzt. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten, mir aus dem stenographischen Protokolle vorzuzeigen (Sehr richtig! auf der äußersten Linken!), mit welchen Worten ich die Armee herabgesetzt habe. Ich habe einfach gesagt: „Gott beschütze Deutschland, daß es jemals auf die Hilfe Oesterreichs angewiesen sei. (Stürmischer Widerspruch und Rufe links: Ist das nicht genug?), sie würde ihm nur ungerne und lau gewährt werden." (Erneuerter stürmischer Widerspruch und Rufe: Mehr kann man nicht sagen!) Ich habe damit nicht die Armee, sondern die Politik gemeint. (So ist es! auf der äußersten Linken. — Erneuerter anhaltender Widerspruch. — Abgeordneter Kaiser: Wenn man angegriffen wird, muß man sich auch vertheidigen können! — Abgeordneter Fiegl: Hören Sie die Erklärung an! — Abgeordneter Dr. Kathrein: Was geschieht denn da, was ist denn das für ein Ton? — Abgeordneter Fiegl: Die Liberalen sollen ruhig sein!)

Ich bin hier persönlich angegriffen und es muß mir auch das Wort zur Vertheidigung gestattet sein. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Im Jahre 1813 hat Oesterreich an der Seite der deutschen Armeen gekämpft. Damals war Oesterreich ein deutscher Staat und deutsche und dynastische Interessen waren die Leitsterne seiner Politik. Heute ist Oesterreich kein deutscher Staat mehr, es sind auch nicht mehr die dynastischen Interessen die führenden, sondern die Interessen des Slaventhums, die Interessen der Czechen und Polen (Lebhafter Widerspruch rechts), und ob die einmal treue Bundesgenossen Deutschlands sein werden, will ich in Frage stellen.

Präsident (unterbrechend): Diese Berichtigung ist nicht thatsächlich. Wenn Sie nicht thatsächlich berichtigen, werde ich Ihnen das Wort entziehen.

Abgeordneter **Türk** (fortfahrend): Gegenüber dem Herrn Abgeordneten Jaworski habe ich dasselbe zu bemerken. Ich bitte den Herrn Abgeordneten das stenographische Protokoll nachzusehen — er möge es sich geben lassen, bevor ich es in die Hand bekomme — ob ich nur mit einer Silbe erwähnt oder angedeutet habe, daß seinerzeit die czechischen oder polnischen Soldaten, Officiere oder Armeeangehörigen ihre Pflicht nicht thun würden.

Es ist dies ganz selbstverständlich, und ich glaube es auch. Ich habe lediglich den Gang der heutigen Politik gemeint und nicht auf eine etwaige Untreue des Heeres anspielen wollen, oder das gar ausgesprochen. Der Herr Abgeordnete Jaworski ist also mit seiner Aeußerung ganz überflüssig gewesen.

Ich muß nun noch einmal auf den Abgeordneten Plener zurückkommen. Seine Auffassung des nationalen Gedankens führt mir sehr lebhaft einen Ausspruch Ernst Moriz Arndts ins Gedächtnis zurück. Ich will denselben nicht citiren, denn es würde dies vielleicht wieder einen Sturm der Entrüstung hervorrufen, und ich glaube es ist in der Richtung schon genug. Ich kann ihm aber diesen Ausspruch persönlich anführen oder schriftlich zukommen lassen, ich bin überhaupt bereit, ihm denselben mitzutheilen. Ich habe gesprochen.

Stenographisches Protokoll.

Haus der Abgeordneten X. Session 303. Sitzung am 8. März 1889.

Es sind in Europa rings um uns überall Nationalstaaten. Sehen wir nach Deutschland, nach Italien, nach Frankreich, nach Spanien oder Rußland, überall suchen sich die Völker ein eigenes selbständiges sicheres Haus zu gründen, darin sich möglichst wohnlich einzurichten und ihre nationalen und wirthschaftlichen Interessen nach ihren eigenen volksthümlichen Grundsätzen zu sichern. Wir Deutsche in Oesterreich aber haben kein eigenes Haus.

Wir wohnen gleichsam in dem „Hotel Austria" (Heiterkeit) nur so zur Miete. Das „Hotel Austria" ist die große Herberge für die unterstandslosen mitteleuropäischen Nationalitäten und unter diesen in dem „Hotel Austria" einlogirten Nationalitäten müssen wir Deutsche die theuerste Miete zahlen und bekommen die schlechtesten, die ungesunden, feuchten und zugigen Zimmer und eine schlechte Verpflegung.

— — — — — — — — — — — — — — —

Es ist das Selbstbestimmungsrecht, das Recht der nationalen Selbständigkeit, das diese italienischen Volksstämme der Lombardo-Venetianer dazu bewogen und ihnen vor allem andern diese Begeisterung eingegeben hat.

Nimmt man uns Deutschen dieses Recht der Selbstbestimmung, gefährdet man unsere nationale Sicherheit, dann hat man kein Recht, über eine Irredenta germanica sich zu beklagen und wir haben thatsächlich die Pflicht, eine solche Irredenta germanica zu bilden.

Stenographisches Protokoll.

Haus der Abgeordneten. X. Session 342. Sitzung am 8. Mai 1889.

Ich wehre mich auch nicht gegen die Vorwürfe, die mir gemacht wurden. Es mag wirklich wahr sein, ich gestehe es gerne zu, ich mag recht arm sein an demjenigen, was in diesem hohen Hause gewöhnlich unter den Begriff von Patriotismus subsumirt wird. Aber ich füge hinzu, ich habe mich immer als einen treuen Sohn meines Volkes gefühlt und ich glaube, das ist auch ein Patriotismus (Abgeordneter Vergani: Sehr richtig!), und das deutsche Volk in Oesterreich hat in der gegenwärtigen schwierigen Lage, in den gegenwärtigen bedrängten Zeiten alle Ursache, vor allem anderen diesen Patriotismus in erste Linie zu stellen und denselben am allermeisten und thatkräftigsten zu betonen. (Abgeordneter Vergani: Bravo!)

An diesem Patriotismus fehlt es mir nicht und diesen werde ich mir nicht nehmen lassen, nämlich den Patriotismus für mein eigenes deutsches Volk auf jede Gefahr hin, und damit ist es mir wenigstens genug, damit lasse ich mir genügen. (Bravo! auf der äußersten Linken.)

Oesterreichischer Reformer.

Nr. 127. Wien, am 20. October 1889.

Rede des Reichsrathsabgeordneten Dr. R. Pattai, gehalten am 14. October 1889 im politischen Bezirksvereine Mariahilf-Neubau.

— — — — — — — — — — — — — — —

Und nun bildet sich auf Grund der gesunden Erkenntniß der Bevölkerung eine neue Partei unter den Deutschen, welche dieses Joch des Liberalismus abschütteln will, die conservativ und daher auch monarchisch in ihren Grundlagen ist, aber vermöge der ihr aufgeprägten Alluren einen der Dynastie feindlichen Standpunkt einzunehmen scheint. Und nun fragen wir uns selbst, was soll denn die Regierung machen, wenn ein Theil der deutschen Vertreter judenliberal ist und daher in äußerster Consequenz seiner Bestrebungen auf eine Scheinmonarchie im Sinne des italienischen oder englischen Constitutionalismus abzielt, während der andere Theil zwar conservativ und monarchisch ist, aber nicht für diesen Monarchen! Ist es da nicht von selbst nothwendig, daß die Regierung ins Fahrwasser der slavischen Parteien getrieben wird und bei ihnen jene conservative Stütze sucht, die sie in der deutschen Bevölkerung zwar gleichfalls hätte, die aber durch das bodenlose Ungeschick ihrer Vertretung nicht zum Ausdrucke gelangt.

Daß aber speciell die deutschnationale Richtung heute, wenn auch nicht nach dem Sinne der Mehrzahl ihrer Anhänger, aber wohl durch den Willen einzelner Tonangeber sich mit den geschilderten antidynastischen Alluren umgibt, kann vernünftiger Weise nach den Enunciationen Türk's und nach demjenigen, was diesen nachfolgte, nicht mehr bestritten werden. Denn bekanntermaßen wurde Fiegl wegen jener ablehnenden Haltung aus dem deutschnationalen Vereine ausgeschlossen und Gemeinderath Professor Schnarf, weil er gewagt hatte, Fiegl zu vertheidigen (Heiterkeit) von demselben Geschicke erreicht. Hierdurch hat sich die Leitung der Partei mit Türk identificirt, von dem ich unlängst in einem Blatte sogar ein Schreiben abgedruckt las, wonach er auch den Ausschluß Fiegl's aus dem parlamentarischen Verband der Deutschnationalen fordert.

Unverfälschte deutsche Worte.

Nr. 8. Wien, 16. April 1889.

Der Deutschnationale Verein veröffentlicht folgendes Schreiben an den Herrn Reichsrathsabgeordneten Türk:

Hochgeehrter Herr!

Der Vorstand des Deutschnationalen Vereines hat in seiner Sitzung vom 14. d. M. einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Die Vereinsleitung drückt dem Herrn Reichsrathsabgeordneten Türk seine volle Zustimmung zu seiner mannhaften Haltung in der Wehrgesetzdebatte aus.

Andererseits muß sie bedauernd die Thatsache feststellen, daß das Verhalten des Herrn Reichsrathsabgeordneten Professor Fiegl durchaus nicht jenen Anforderungen entsprach, die der Deutschnationale Verein an einen Vertreter seiner Gesinnung stellen muß, und daß Herr Abgeordneter Fiegl dadurch die für uns so nothwendige Einmüthigkeit der Vorkämpfer unserer Sache im Parlamente gestört hat.

Wien, 14. April 1889.

Dr. Rudolf Much, Schriftführer.

F. Krautmann, Obmann-Stellvertreter.

Einladung zum Bezuge

der Zeitschrift

Unverfälschte Deutsche Worte.

(9. Jahrgang.)

Gegründet von

Georg Ritter von Schönerer.

Erscheint monatlich 2 Mal.

Preis ganzjährig 3 fl.

Versandtstelle: Wien IX., Porzellangasse 41.